

# STUDIEN

**SÖREN BECKER, LUDGER GAILING  
UND MATTHIAS NAUMANN**

## **NEUE ENERGIE- LANDSCHAFTEN – NEUE AKTEURS- LANDSCHAFTEN**

**EINE BESTANDSAUFNAHME  
IM LAND BRANDENBURG**

Die Autoren arbeiten im  
Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)  
Flakenstraße 28–31, 15537 Erkner, [www.irs-net.de](http://www.irs-net.de)

## **IMPRESSUM**

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig · ISSN 2194-2242  
V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122  
[m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
Redaktionsschluss: Februar 2012

Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

---

## INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung: Die regionale Dimension der Energiewende	5
2	Allgemeine Trends in der Energiewirtschaft und die Situation in Brandenburg	6
2.1	Technische Innovationen, ökologische Modernisierung und Dezentralisierung	6
2.2	Von Privatisierung und Liberalisierung zur Rekommunalisierung?	9
2.3	Zum Wandel der Energiepolitik	11
3	Die politische Ökonomie der Energiewirtschaft in Brandenburg	14
3.1	Klein gegen Groß? Unternehmensstrukturen in der Energieversorgung	14
3.2	Chancen? Strategien der Stadtwerke im liberalisierten Energiemarkt	22
3.3	Das machen jetzt wir! Ansätze zur Rekommunalisierung des Energiesektors	25
4	Regionale Planungen und Konzepte der Energiewende	34
4.1	Alles neu im Kreis? Energieregionen und regionale Energiekonzepte	34
4.2	Auch bei uns vor Ort? Lokale Energie- und Klimaschutzkonzepte	39
5	Energiewende und Zivilgesellschaft in Brandenburg	46
5.1	Geht es nicht anders? Konflikte um fossile Energieträger	46
5.2	Muss das sein? Zur Akzeptanz erneuerbarer Energien	49
5.3	Energieland in Bürgerhand! Bürgergenossenschaften und soziale Teilhabe an der Stromerzeugung	54
6	Fazit: Weitergehender Handlungs- und Forschungsbedarf für eine sozial und ökologisch gerechte Energiepolitik	56
6.1	Energie: ein regionales Gemeinschaftsgut	56
6.2	Energiewenden: Lokale und regionale Handlungsmöglichkeiten	57
	Literatur- und Quellenverzeichnis	58
	Abbildungsverzeichnis	67
	Tabellenverzeichnis	67



## 1 EINLEITUNG: DIE REGIONALE DIMENSION DER ENERGIEWENDE

Die deutsche Energiewirtschaft<sup>1</sup> ist bereits seit mehreren Jahren großen Veränderungen unterworfen. Der Anteil erneuerbarer Energieträger steigt, nicht zuletzt aufgrund gesetzlicher Vorgaben, stetig. Neue Standorte und Strukturen der Stromerzeugung stellen große Herausforderungen an bestehende Netzinfrastrukturen. Nach der Liberalisierung des Strommarktes sind die auf Gebietsmonopolen beruhenden Versorgungsstrukturen aufgebrochen und zahlreiche neue Anbieter wurden auf dem Markt aktiv. Gleichzeitig erleben wir eine Konzentration in der Energiewirtschaft, in der die früheren lokalen Monopole durch eine «Quadriga» bundesweit und international tätiger Energiekonzerne teilweise ersetzt werden. In jüngerer Zeit gibt es in vielen Städten jedoch wieder Tendenzen, die Privatisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen und die Energieversorgung wieder in kommunale Verantwortung zu überführen. Darüber hinaus stehen die vielerorts entwickelten lokalen und regionalen Energiekonzepte für politische Bestrebungen, den Umbau der deutschen Energieversorgung auch auf der Ebene von Regionen, Städten und Gemeinden zu planen und zu steuern. Nicht zuletzt sind zivilgesellschaftliche Akteure in vielfältiger Weise an der Energiewende beteiligt. Sie organisieren Proteste gegen die weitere Nutzung fossiler Energieträger oder nehmen als Bürgergenossenschaften nachhaltige Wege der Energieversorgung selbst in die Hand. Diese Dynamiken verdeutlichen eindrücklich, dass der Energiesektor nicht aus scheinbar neutralen technischen Einrichtungen und Unternehmen besteht, sondern Spiegel und Triebfeder gesamtgesellschaftlicher Veränderungen ist. Die neuen Entwicklungen in der Energiewirtschaft verlaufen dabei jedoch nicht räumlich gleichmäßig, sondern sind geprägt von und gleichsam prägend für regionale und lokale Unterschiede. Die konkreten Auswirkungen, Möglichkeiten und Konflikte der Energiewende müssen daher anhand der jeweils spezifischen Bedingungen von Regionen, Städten und Gemeinden untersucht werden. Hierfür möchte die vorliegende Studie mit einer Betrachtung neuer Energie- und Akteurslandschaften in Brandenburg einen Beitrag leisten.

Der regionale Wandel der bundesdeutschen Energiewirtschaft lässt sich am Beispiel des Landes Brandenburg besonders anschaulich nachvollziehen. Erstens ist Brandenburg mit einem hohen Anteil fossiler Energieträger an der Stromerzeugung immer noch Vertreter einer traditionellen Energielandschaft, gleichzeitig aber auch Vorreiter in der Nutzung erneuerbarer Energien. Die Brandenburger Energiewirtschaft zwischen Persistenz und Wandel ist damit durch ein breites Spektrum an Akteuren gekennzeichnet, die für sehr unterschiedliche Entwicklungspfade der Energieversorgung stehen. Die ausgeprägte Vielfalt an Akteuren führt damit zweitens auch zu einer Vielzahl an energiepolitischen Konflikten, etwa um die Frage um die Er-

richtung von Windkraft- oder Biogasanlagen. Drittens hat die Energiewirtschaft sowie deren Neuausrichtung eine große wirtschaftliche Bedeutung für das Land Brandenburg, das erhebliche Strukturprobleme zu bewältigen hat. Aus diesem Grund versprechen sich Städte und Gemeinden wirtschaftliche Impulse von der Entwicklung und Realisierung neuer eigenständiger Energiekonzepte.

Ziel der Studie «Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg» ist es, eine erste Übersicht der zentralen Akteure in der Brandenburger Energiewirtschaft zu erstellen. Dazu betrachten wir drei Gruppen von Akteuren, die diesen Wandel auf verschiedenen räumlichen Ebenen gestalten: Unternehmen der Energieversorgung, Vertreter von Politik und Planung sowie zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen. Die Studie erfasst erstens die politisch-ökonomischen Strukturen der Brandenburger Energiewirtschaft und untersucht die Rolle kommunaler Unternehmen im liberalisierten Energiemarkt. Zweitens werden regionale sowie lokale Energiekonzepte und Möglichkeiten deren Zusammenspiels analysiert. Drittens werden bei der Betrachtung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Energiesektor die zurzeit viel diskutierten Fragen von Akzeptanz und Teilhabe aufgeworfen. Am Ende der Studie stehen Thesen und Fragen zum weitergehenden Handlungs- und Forschungsbedarf für eine sozial und ökologisch gerechte Energiepolitik.

Die Studie beruht auf einer Auswertung bereits vorhandener Literatur und Daten zur Brandenburger Energiewirtschaft sowie auf eigenen Recherchen. Aufgrund des begrenzten zeitlichen Umfangs, der für die Studie zur Verfügung stand, und aufgrund der hohen Veränderungsdynamik im Energiesektor kann keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Stattdessen versteht sich die vorliegende Studie als ein erster Aufschlag für die Bestimmung einer sozial und ökologisch gerechten Energiepolitik, der auf Ergänzungen und Rückmeldungen angewiesen ist.

<sup>1</sup> Im Folgenden beschränken wir uns bei der Betrachtung des Energiesektors auf den Teilbereich der Stromversorgung. Die Gas- und Wärmeversorgung konnten im Rahmen dieser Studie nicht gesondert betrachtet werden.

## 2 ALLGEMEINE TRENDS IN DER ENERGIEWIRTSCHAFT UND DIE SITUATION IN BRANDENBURG

Die Versorgung einer Stadt oder Region mit elektrischer Energie ist eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der modernen Gesellschaft. Mit den Bereichen Elektrizitätserzeugung, -verteilung und -versorgung bildet sie ein komplexes technisches Infrastruktur- und Institutionensystem. Darüber hinaus bildet die Versorgung mit elektrischer Energie einen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge. Daher können Infrastruktursysteme nicht als «objektiv» feststehende Gegebenheiten verstanden werden, sondern sind gleichzeitig Ziel und Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse (Naumann/Moss 2012). Die Auseinandersetzung mit dem Thema Energie ist nicht von allgemeinen ökonomischen, politischen und ideologischen Gesellschaftsentwicklungen zu trennen und der Energiesektor muss als Spiegel wie als Triebfeder aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und Konflikte betrachtet werden.

Während die deutsche Energiewirtschaft über Jahrzehnte ein Synonym für «Beständigkeit und Behäbigkeit» (Naumann/Moss 2012: 11) in technischer wie institutioneller Hinsicht war, entfaltete sich durch eine gezielte Veränderung der politischen Regulation des Sektors und durch eine Vielzahl technischer Neuerungen eine tiefgreifende Dynamik, die Monstadt (2008: 188) als «technischen und institutionellen Strukturwandel der Energiewirtschaft» begreift. Diese Veränderungen führen ebenso zu einem Wandel der räumlichen Strukturen der Energieversorgung, zu neuen Strategien der verschiedenen Akteure im Energiesektor und zum Auftreten zahlreicher neuer Konflikte.

Im folgenden Kapitel wird ein allgemeiner Überblick über zentrale Entwicklungen in der bundesdeutschen Energiewirtschaft und deren Auswirkungen im Land Brandenburg gegeben. Für die Bereiche technischer Innovationen und ökologische Modernisierung (Kapitel 2.1), Liberalisierung, Privatisierung und Rekommunalisierung (Kapitel 2.2) und Energiepolitik (Kapitel 2.3) werden die Veränderungen nachgezeichnet und mit Beispielen aus Brandenburg illustriert.

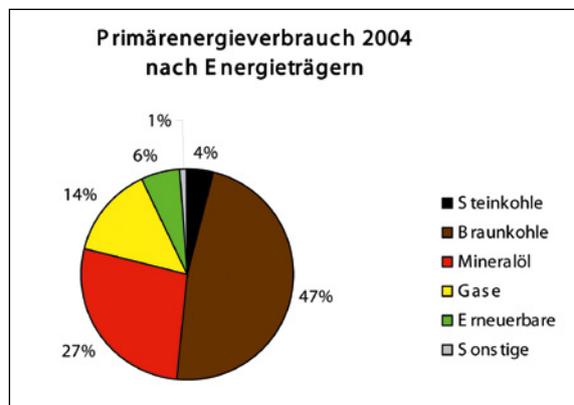
### 2.1 TECHNISCHE INNOVATIONEN, ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG UND DEZENTRALISIERUNG

Die Innovationen im Energiesektor waren und sind eng an sich verändernde ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen geknüpft. So rüttelte die zunehmende Knappheit fossiler Brennstoffe, die sich unter anderem in der Ölkrise 1973 äußerte, an der Wahrnehmung der scheinbar unendlichen Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen (Nölting et al. 2011: 20). Zusätzlich erzeugte der folgende Preisschock ein erhöhtes Kostenbewusstsein beim Verbraucher (Bontrup/Marquardt 2010: 22ff.). Darüber hinaus entwickelten sich Diskussionen um die wachsende Zerstörung natürlicher

cher Ressourcen und die Belastung der Umwelt durch traditionelle Industrie- und Energiesysteme (vgl. Vallée 2011). In der Folge entstanden neue Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken, Gas- und Dampf-Kraftwerke sowie Filtertechnologien bei fossilen Kraftwerken.

Eine zweite Wegmarke bedeuteten die Erkenntnisse über die durch Treibhausgase beschleunigte Erwärmung der Erdatmosphäre. Im Zuge der Diskussion um den Klimawandel wurden mit der Wind-, Solar- und geothermischen Energie Technologien weiterentwickelt, die nicht-fossile Energieträger als Stromerzeuger einsetzen und Strom ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen produzieren. Die gezielte politische Förderung dieser CO<sub>2</sub>-freien Energieträger durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschleunigte sowohl den Innovationsprozess als auch die Markteinführung dieser neuen Technologien (vgl. Monstadt 2008: 195f.). Gleiches gilt für die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung, für die in der Novelle des KWK-Gesetzes von 2008 ein Anteil von 25 Prozent vorgesehen ist (Bontrup/Marquardt 2010: 65).

Abbildung 1: Primärenergieverbrauch des Landes Brandenburg nach Energieträgern

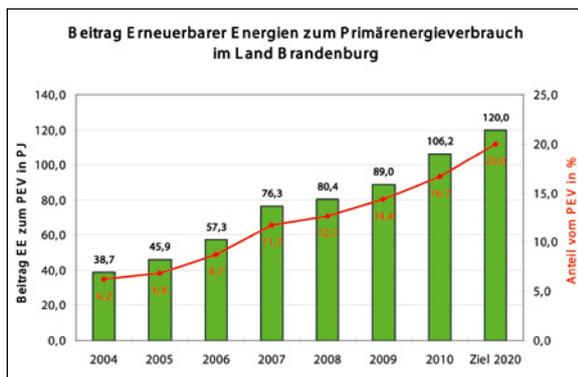


Quelle: Land Brandenburg 2006, S. 24

Sowohl die Europäische Union als auch die Bundesregierung entwickelten Strategien und Konzepte, den Ausstoß von Treibhausgasen und den Energieverbrauch insgesamt zu reduzieren. In Deutschland soll die gesamte Produktion von CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 gesenkt werden. Im gleichen Zeitraum soll der Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent des Bruttostromverbrauchs erhöht werden (Bundesregierung 2011). Zum Erreichen des Emissionsziels ist der Einsatz von Filterungs- und Abscheidungstechnologien bei der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern notwendig. Das Land Brandenburg hat sich in seinen Energiestrategien 2020 und 2030 ähnlich ehrgeizige Ziele gesteckt. Während bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion das gleiche

Ziel wie auf der Bundesebene ausgegeben wird, soll der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch des Bundeslandes auf 20 Prozent im Jahr 2020 und 35 Prozent im Jahr 2030 steigen (Land Brandenburg 2006, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012a). Dabei zeigt sich Brandenburg als ein Land mit zwei sehr unterschiedlichen Gesichtern. Während in der Lausitz eine lange Tradition der Braunkohleförderung und -verstromung weiterbesteht, wird in allen Teilen des Landes der Ausbau der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren vorangetrieben. Abbildung 1 verdeutlicht die große Bedeutung, den fossile Energieträger und insbesondere die Braunkohle am Energieverbrauch 2004 im Land Brandenburg hatten.

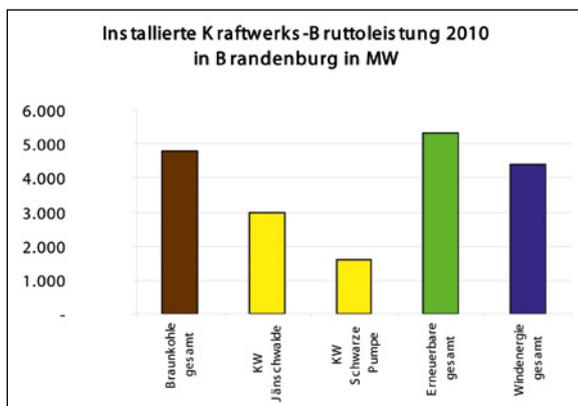
**Abbildung 2: Beitrag erneuerbarer Energien zum Primärenergieverbrauch im Land Brandenburg**



Quelle: Linke 2011

Während Energie aus Braunkohle fast die Hälfte des Energieverbrauchs ausmacht, tragen regenerative Energien nur mit 6 Prozent zum Primärenergieverbrauch bei. Seit dem Jahr 2004 konnte jedoch der Anteil regenerativer Energien am Primärenergieverbrauch fast verdreifacht werden (Abbildung 2).

**Abbildung 3: Stromerzeugung: Installierte Kraftwerksleistung von Braunkohle und Erneuerbaren Energien in Brandenburg 2010**



Quelle: Eigene Darstellung nach Webseite Statistik der Kohlewirtschaft e. V. und Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg 2011

Das Nebeneinander von Braunkohle als immer noch bedeutsamen fossilen und erneuerbaren Energieträgern lässt sich auch bei der Stromproduktion ablesen. Wie Abbildung 3 zeigt, liegt die installierte Leistung bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern 2010 bereits über der Gesamtleistung der Brandenburger Braunkohlekraftwerke. Die Abbildung verdeutlicht aber ebenso die unterschiedliche Struktur der Stromerzeugung aus den jeweiligen Energieträgern. Die beiden Lausitzer Großkraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe übertreffen zusammen die Leistung aller 2.952 Windkraftanlagen (2010), die im Bundesland installiert sind. Dabei hatten bereits die im Jahr 2010 installierten Windkraftanlagen des Landes das Potential, 40 Prozent des Nettostromverbrauchs im Land Brandenburg zu decken (Webseite Bundesverband Windenergie). Der Anstieg bei erneuerbaren Energien stärkt somit auch Brandenburgs Rolle als Stromexportland. Während der Gesamtanteil des Braunkohlestroms in den letzten Jahren sinkt, erhöhte sich der Exportanteil des in Brandenburg produzierten Stroms drastisch (s. Tabelle 1). Die Steigerung im Jahr 2007 korrespondiert dabei mit der Reduktion der aus Atomkraftwerken eingespeisten Energie (vgl. Linke 2011).

**Tabelle 1: Stromproduktion und Exportanteil in Brandenburg 2004–2008**

Jahr	Elektrizitätserzeugung im Land Brandenburg (in Mio. kWh)	Anteil des Stromexports (in %)
2004	38.309	62,6
2005	38.173	66,3
2006	36.899	66,0
2007	37.993	74,5
2008	37.415	74,3

Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2003–2011

Insgesamt kann bei der Stromerzeugung in Brandenburg von einer Situation gesprochen werden, in der ein Entwicklungspfad – auch auf Grund langer Laufzeiten von Braunkohlekraftwerken – weiterbesteht, während ein neuer Entwicklungspfad zunehmend an Bedeutung gewinnt. Während in der Lausitz das «industrielle» Infrastruktursystem fortbesteht, das aus zentralen Großkraftwerken und einem sternförmig auf diese ausgerichteten Netz besteht (Monstadt 2008: 192), legt sich im gesamten Bundesland eine neue «Schicht» der Stromerzeugung über das Bestehende. Die primären Energieträger dieser «post-industriellen Phase» sind schon aus vor-industriellen Zeiten bekannt (Brücher 2009, Wahl 2011). Diese alten neuen Energieträger sind dabei anders räumlich im Land verteilt. Die großen Braunkohlelagerstätten in der Lausitz sind nicht mehr die einzige große Lagerstätte eines Energieträgers im Land, sondern sonne-, wind- und biomassereiche Regionen kommen nun ebenfalls für die Errichtung von Kraftwerken in Frage. Es kommt zu einer «räumlichen Verlagerung der Standorte der Ressourcengewinnung» (Monstadt 2008: 202).

**Tabelle 2: Installierte Leistung erneuerbarer Energien im Land Brandenburg 2010**

Anlagenart	Anzahl	Elektrische Leistung (MW) bzw. Leistungspotential	Durchschnittliche Leistung pro Anlage (MW)
Photovoltaik	ca. 13.284	591,5	0,04
Windkraftanlagen	2.952	4.408,1	1,49
Wasserkraftanlagen	34	4,4	0,13
Biogasanlagen	190	120,0	0,63
Deponiegasanlagen	19	27,5	1,45
Klärgasanlagen	20	14,8	0,75
Biomasseheizkraftwerke	22	157,0	7,14
Summe	16.521	5316,0	0,32

Quelle: Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg 2011

Die neuen Standorte der Energieanlagen erfordern eine andere Topologie der Netzinfrastruktur. Sowohl Abbildung 3 als auch Tabelle 3 verdeutlichen, dass die durchschnittliche Leistung einer Anlage erneuerbarer Energieträger deutlich kleiner ist als die

eines industriellen Großkraftwerks. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch bei den erneuerbaren Energien mittlerweile Anlagen bestehen, die mehrere Megawatt Leistung einspeisen können (s. Tabelle 2).

**Tabelle 3: Ausgewählte Großstandorte erneuerbarer Energien im Land Brandenburg**

Energieträger	Ort mit Kreiszugehörigkeit	Leistung bzw. Potential (MW)
Biomasseheizkraftwerk	Heiligengrabe (OPR)	24,7
	Eberswalde (BAR)	20,0
	Königs Wusterhausen (LDS)	20,0
	Baruth (Mark) (TF)	18,6
	Beeskow (PM)	18,3
	Elsterwerda (EE)	12,6
Biogasanlagen	Nuthe-Urstromtal (TF)	9,1
	Wiesenburg (Mark) (PM)	6,6
	Putlitz (PR)	6,1
Deponiegasanlagen	Zossen 1 (TF)	5,0
	Zossen 2 (TF)	4,7
	Panketal (BAR)	5,0
	Ketzin (HVL)	5,0
Klärgasanlagen	Schönefeld (LDS)	4,3
Photovoltaik (Freianlagen)	Turnow-Preilack (SPN)	46,0
	Finsterwalde (EE)	76,9
	Schipkau (LOS)	53,0
	Eberswalde (BAR)	25,0
	Schorfheide (BAR)	24,0
Photovoltaik (Gebäudeanlagen)	Kloster Lehnin (PM)	37,3
	Brandenburg/Havel	20,9
Windenergie	Nauen (HVL)	129,0
	Karstädt (PR)	136,0
	Uckermark (UM)	106,0
	Jüterbog (TF)	103,0
	Pritzwalk (PR)	87,0
	Niederer Fläming (TF)	86,0
	Ketzin (HVL)	86,0

Quelle: Landesamt für Bauen und Verkehr 2011

Dabei sind die Kraftwerke selbst bei unterschiedlichen regionalen Ressourcenverteilungen (z. B. Wind und Sonne) (vgl. Brandenburgische Technische Universität Cottbus o. J.) relativ gleich über die Landesfläche verteilt. Es ist nicht auszuschließen, dass nach weiteren technischen Innovationen, vor allem im Bereich Sonnen- und Windenergie, auch im Bereich der erneuerbaren Energien Kraftwerksparks mit Leistungspotentialen entstehen, die denen eines industriellen Kraftwerks entsprechen. Trotzdem gilt zumindest beim derzeitigen Stand der technischen Entwicklung, dass ein genereller Trend zur Dezentralisierung der Stromproduktion besteht (vgl. Monstadt 2008: 201). Das bedeutet, dass sowohl die Übertragungsnetze im Höchstspannungsbereich als auch die regionalen Mittelspannungsnetze an die neue Geographie der Stromerzeugung angepasst werden müssen (vgl. Deutsche Energie-Agentur 2010 und Brandenburgische Technische Universität Cottbus o. J.). Gleichzeitig verschimmt auf kleinerer Maßstabsebene die Grenze zwischen der Produktion und dem Konsum von Strom. Durch die Möglichkeiten dezentraler Stromversorgung werden immer mehr Haushalte zu «Prosumenten» (Matthes 2005), die den Eigenbedarf an elektrischer Energie durch am Haus oder in der Nachbarschaft installierte Anlagen decken (Monstadt 2008, vgl. auch Naumann/Moss 2012).

### Zusammenfassung

- Vor dem Hintergrund eines wachsenden Bewusstseins gegenüber der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und im Hinblick auf den globalen Klimawandel wurden neue Technologien zur effizienteren Energienutzung und der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren durch Gesetze und Subventionen politisch gefördert.
- Im Land Brandenburg hat sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien massiv gesteigert. Dadurch bestehen im Land zwei sich überlagernde räumliche Systeme der Energieproduktion. Während in der Lausitz das industrielle Großsystem bestehend aus zentralen Großkraftwerken und auf diese sternförmig ausgerichteten Netzstrukturen weiterexistiert, legt sich durch den Ausbau der erneuerbaren Energien eine neue Geographie der Energieproduktion über die bereits vorhandene. Dies birgt große Herausforderungen im Bereich Stromnetzanpassung und -ausbau.

### 2.2 VON PRIVATISIERUNG UND LIBERALISIERUNG ZUR REKOMMUNALISIERUNG?

Neben diesen Entwicklungen, die sich vor allem auf die verwendeten Technologien und Energieträger sowie auf die räumliche Struktur der Stromproduktion ausgewirkt haben, wurde die Elektrizitätsbranche auch maßgeblich durch institutionelle Veränderungen geprägt. Einem neoliberalen Paradigmenwechsel folgend, sollte die bestehende Struktur räumlich abgegrenzter Versorgungsbereiche einzelner regionaler Anbieter durch

ein marktorientiertes System ersetzt werden, in dem mehr Wettbewerb wirtschaftliches Wachstum generieren und die Elektrizitätspreise damit sinken sollten (Bontrup/Marquardt 2010: 23f.). Bereits zuvor hat dieser Paradigmenwechsel hinsichtlich der Rolle des Staates in der Privatisierung zahlreicher öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen seinen Ausdruck gefunden (Harvey 1989, Bieling et al. 2008, Rügemer 2008).

Die Prozesse der Liberalisierung wurden durch Vorgaben auf europäischer Ebene initialisiert. Ausgangspunkt war dabei die Anwendung der EU-Binnenmarkttrichtlinie von 1996 auf den Stromsektor. Ein europäischer Binnenmarkt auch für Elektrizität sollte großen Anbietern ermöglichen, ihren Elektrizitätsanbieter frei zu wählen. Die Antwort der konservativ-liberalen Regierung, die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 1998, ging über diese Zielvorgaben noch hinaus. So wurde der Strommarkt vollständig geöffnet und sowohl Großkunden als auch private und gewerbliche Kleinkunden sollten ihren Stromanbieter frei wählen können (Bontrup/Marquardt 2010: 28). Es entstanden zahlreiche neue spezialisierte (Klein-)Anbieter, die mit speziellen Produkten – von Discount- bis Ökostrom – versuchten, neue Kunden zu gewinnen. Die Vervielfachung der Akteure auf dem Strommarkt führte tatsächlich zu einer Verstärkung des Wettbewerbs. Vor allem industrielle Großkunden wurden mit günstigen und speziellen Angeboten umworben. Für einen kurzen Zeitraum fielen die Preise für Elektrizität. Die Verringerung der Einnahmen zwang kleine und größere Anbieter, betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien mehr Gewicht zuzuweisen (Naumann/Moss 2012). Dieser Druck zu einer weitgehenden Kommerzialisierung verursachte eine Dynamik von Unternehmenszusammenschlüssen. Gleichzeitig erfasste der Trend von Privatisierungen öffentlicher Energieversorger zunehmend auch die lokalen Versorger. Anteile an lokalen und regionalen Energieversorgungsunternehmen wurden veräußert, häufig verbunden mit dem Ziel, die kommunalen Haushaltsdefizite zu verringern (Monstadt 2008: 196). Die Zahl öffentlich-rechtlicher Gesellschaften in der Elektrizitätsbranche sank von 283 Gesellschaften im Jahr 1998 auf 153 Gesellschaften im Jahr 2006. Insgesamt verringerte sich die Zahl der Energieversorgungsunternehmen in Deutschland um rund 20 Prozent auf knapp 1.000 Unternehmen (Bontrup/Marquardt 2010: 76).

Damit verfehlte die Liberalisierung des Strommarkts in Deutschland das europäische Ziel, die Konzentration in diesem Marktsegment zu verringern. Vielmehr bildete sich nach einer ersten Phase der Wettbewerbsdynamik eine neue Oligopolstruktur heraus – die so genannten Big-4-Konzerne. Durch Zusammenschlüsse und Privatisierungen entstanden mit der EnBW AG, der E.ON Energie AG, der RWE AG und Vattenfall Europe Großkonzerne, die sowohl auf den deutschen wie auch internationalen Märkten durch Übernahmen und Fusionen ihr Versorgungsgebiet erweitern. Diese vier Kon-

zerne konnten sowohl im Bereich Netzbetrieb als auch bei der Versorgung der Endkunden mit Elektrizität eine große Marktmacht aufbauen. So kamen sie im Jahr 2006 auf einen Marktanteil von knapp 47 Prozent bei der Stromversorgung (Bontrup/Marquardt 2010: 82). Bis zum Rückzug Vattenfalls im Jahr 2010 teilten sie zudem die Übertragungsnetze im Höchstspannungsbetrieb unter sich auf. Die Marktmacht der Big-4 in den Bereichen Versorgung und Netzbetrieb war auch dadurch entscheidend, da der Netzzugang in Deutschland nicht durch eine Regulierungsbehörde neutral geregelt wurde, sondern durch so genannte «Verbändevereinbarungen» den Unternehmen selbst überlassen wurde. Ein diskriminierungsfreier Netzzugang war dadurch nicht gegeben und so veränderte sich das Versorgungsmuster im Privatkundenbereich nur unerheblich (ebd.: 29). Die Big-4 bauten zudem durch Beteiligungen an Regionalversorgern und Stadtwerken ihre Marktposition strategisch aus. Dieser Prozess ist jedoch mittlerweile vor allem aus kartellrechtlichen Gründen weitgehend zum Erliegen gekommen (ebd.: 81). In diesem Umfeld versuchen die anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen durch spezialisierte Angebote, strategische Kooperationen und Einkaufsgemeinschaften ihre Marktposition zu behaupten.

Dieses Ergebnis der ersten Liberalisierungsphasen und die schleppende Umsetzung der Binnenmarktrichtlinie auf den Strommärkten einiger Mitgliedsstaaten veranlasste die Europäische Union im Jahr 2003 wieder aktiv zu werden. In der «EU-Beschleunigungsrichtlinie für Strom» wurde eine Öffnung der Strommärkte für alle Kunden, nicht nur industrielle Großkunden sowie die neutrale Regulierung des Netzzugangs durch eine nationale Behörde rechtlich vorgeschrieben. Eine weitere Neuerung waren verschärfte Regeln zur Entflechtung von Stromversorgung, -handel und Netzbetrieb («legal unbundling»). Die Umsetzung dieser Vorgaben in der erneuten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2005 verankerte die letzten beiden Punkte im deutschen Recht (Bontrup/Marquardt 2010: 31ff.). Die rechtliche Vorgabe eines diskriminierungsfreien Netzzugangs ermöglichte einen starken Anstieg bei der Zahl der Stromanbieter. Auf der einen Seite entstanden erneut neue spezialisierte Unternehmen und Marken, auf der anderen Seite konnten bestehende Unternehmen ihren Versorgungsbereich ausbauen. Die räumlichen Auswirkungen dieser Entwicklungen fasst Monstadt zusammen:

*«Insgesamt kommt es im Zuge der Liberalisierung zu einer deutlichen Lockerung der unternehmerischen Raumbezüge und zu einer räumlichen Durchdringung der bisher strikt voneinander getrennten Wirtschaftsräume, indem neue Kunden in den Versorgungsgebieten der Konkurrenz akquiriert werden» (Monstadt 2008: 203).*

Die früher räumlich klar umrissenen Versorgungsgebiete der Energieversorgungsunternehmen werden durch Wechselentscheidungen der Verbraucher zunehmend perforiert. Dies lässt sich auch für das Land Brandenburg nachvollziehen. In allen Brandenburger Städten mit mindestens 15.000 Einwohnern können nach eigenen Recherchen die Haushalte zwischen über 80 verschiedenen Anbietern und Tarifen wählen. Darunter sind Marken großer Anbieter wie «E wie einfach» (E.ON), spezialisierte Ökostromanbieter, Stadtwerke aus anderen Regionen Deutschlands und die traditionellen lokalen und regionalen Energieanbieter.

Trotz dieser Verschiebungen in der Landschaft der Energieversorgungsunternehmen ist den lokalen Versorgern, namentlich den Stadtwerken, weiterhin eine große Bedeutung beizumessen. Als lokal verankerte Akteure versammeln sie nicht nur lokales Wissen, sondern spielen eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Investor vor Ort. Darüber hinaus können sie auch einen Beitrag zur Entlastung kommunaler Haushalte erbringen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können sie zudem die demokratische Teilhabe und die Identitäts- und Profilbildung in den Städten positiv beeinflussen (Naumann/Moss 2012). Als lokale Versorger können sie außerdem von den Bemühungen um eine ökologische Umgestaltung und der Dezentralisierung der Energieversorgung profitieren (vgl. Libbe et al. 2011: 5). Vor diesem Hintergrund gibt es in Regionen, in denen die öffentliche Aufgabe der Stromversorgung durch Private gewährleistet wird, Ansätze zur Rekommunalisierung durch die Neugründung von Energieversorgungsunternehmen in städtischer Eigentümerschaft. Die Gründung der Hamburg Energie GmbH im Jahr 2009 gilt als eines der Vorbilder für die Bestrebungen von Kommunen, wieder selbst in der Energieversorgung tätig zu werden und dabei umweltpolitische Ziele zu verfolgen (vgl. Kammer/Naumann 2010). Aber auch in Brandenburg lassen sich Rekommunalisierungen beobachten (s. Kapitel 3.3).

**Tabelle 4: Folgen der Liberalisierung des Strommarkts**

1. Phase: 1997–2001/02	2. Phase: 2001/2002	3. Phase: ab 2007
Neue Stromanbieter Intensivierung des Wettbewerbs Strompreis- und Ergebnisverfall Erste Kostenoptimierungen bei EVUs Unternehmenszusammenschlüsse der großen Versorger und Stadtwerkeübernahmen	Konsolidierung der Elektrizitätsbranche – Herausbildung der Big-4 Anstieg Strompreise und Ertragslage der Betriebe Kaum Wettbewerb bei Privatkunden (Verbändevereinbarungen, kaum Wechsel); Vertriebsmargen für Neueinsteiger unattraktiv Weiterhin intensivierter Wettbewerb um Industriekunden Weitere Kostenoptimierung bei EVUs	Abschluss Umsetzung des «Legal Unbundling» Spürbarer Regulatoreffekt nach EnWG 2005 Niveau der Großhandelspreise macht Kraftwerksbauten wieder attraktiv Sowohl Chancen als auch Risiken für Stadtwerke: Innovative Geschäftsmodelle teilweise Tendenzen zu einer Rekommunalisierung

Quelle: Bontrup/Marquardt 2010: 70

**Zusammenfassung**

- Die Energiewirtschaft wurde in den letzten Jahren durch tiefgreifende institutionelle Veränderungen umgestaltet. Die einstmals durch Gebietsmonopole geprägte Struktur der Stromversorgung wurde in mehreren Liberalisierungsphasen aufgeweicht. Heute ist ein Großteil der Energieanbieter überregional aktiv.
- Die Liberalisierung der Energiemärkte verstärkte den Wettbewerb zwischen den Stromanbietern und führte über Privatisierungen, Beteiligungen und Fusionen zu einer bisher nicht dagewesenen Konzentration in diesem Marktsegment.
- Lokale Energieversorgungsunternehmen spielen in diesem Umfeld weiterhin sowohl als dezentrale Anbieter als auch als lokale Arbeitgeber und Steuerungsinstrument kommunaler Energie- und Klimapolitik eine wichtige Rolle. Diese Einschätzung führt bundesweit zu diversen Rekommunalisierungen.

**2.3 ZUM WANDEL DER ENERGIEPOLITIK**

In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits deutlich, dass die politische Steuerung der Transformationen des Energiesektors nicht allein der nationalstaatlichen Politikebene überlassen ist, sondern sich auch bei der Energiepolitik eine Mehrebenen-Struktur beobachten lässt. Gleichzeitig wurden Querverbindungen und Verknüpfungen zu anderen Politikfeldern wie der Klimaschutz- und Umweltpolitik sichtbar.

Die deutsche Energiewirtschaft war nach dem zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte durch ein stabiles System gekennzeichnet, dass insgesamt nur wenigen institutionellen Veränderungen unterworfen war. In den letzten 20 Jahren erlebten jedoch sowohl die Energiewirtschaft und deren politische Steuerung einen tiefgreifenden Wandel. Diese Veränderungen sind auf doppelte Weise verwoben. Zum einen wurden sowohl die Liberalisierung als auch die ökologische Modernisierung durch politische Vorgaben und Anreizsysteme bewusst vorangetrieben, zum anderen muss die Ener-

giepolitik auf neue wirtschaftliche Strukturen der Energieversorgung reagieren. Gleichzeitig lassen sich in der Energiepolitik, wie in anderen Politikfeldern, auch «systemferne» Megatrends beobachten – die Internationalisierung und die Regionalisierung des Politikfeldes (Lesage et al. 2010, Herrschel/Tallberg 2011)

Bis in die 1980er Jahre hinein war die bundesdeutsche Energiepolitik analog zu den Strukturen der Energiewirtschaft durch ein Steuerungsregime gekennzeichnet, in dem nationale regulatorische Vorgaben bestanden. Die subnationale Steuerung des Sektors erfolgte durch die häufig aufzufindende Überlagerung von Versorgungsgebieten der EVU und Gebietskörperschaften (Monstadt 2008: 209). Diese strukturelle Parallelität fand ihren Ausdruck in einer gewissen Nähe zwischen den Akteuren der Energiewirtschaft und denen der staatlichen Verwaltungen und Politik (Schluchter 2011). Wie die Energiewirtschaft selbst wurde das bisherige System der politischen Steuerung aufgebrochen und erfuhr selbst «radikale Veränderungen» (Monstadt 2008: 209).

Ausgangspunkt dieser Entwicklung war eine wachsende Anzahl von ökologischen und energiebezogenen Problemkomplexen, die sich durch rein nationalstaatliche Politik nicht mehr lösen ließen. Das prominenteste Beispiel in diesem Zusammenhang ist der globale Klimawandel: Hier wurde mit dem Kyoto-Protokoll ein internationales Regime zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen begründet. Ebenso wurde der Energiebereich nicht vom generellen Trend der Europäisierung wichtiger Politikfelder ausgenommen. So wurde die Liberalisierung des Energiesektors als wichtiges Element zur Schaffung einer europäischen Binnenmarktpolitik gesehen (s. Kap. 2.2, Bontrup/Marquardt 2010: 28). Das anfängliche Anliegen, die Energiemärkte zu harmonisieren, wurde dann durch weitere Richtlinien um deutlich regulativere Vorgaben der Europäischen Union ergänzt (Eising 2000, Monstadt 2008: 210). Wichtige Themenfelder der europäischen Energiepolitik waren hier neben der Marktöffnung und der Umsetzung des Kyoto-Protokolls durch einen europäi-

schen Emissionshandel die Öffnung des Netzzugangs, die Förderung von innovativen Technologien sowie das Thema der Energieeffizienz (Monstadt 2008: 210f.).

Dabei war die Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene im Bereich der Wettbewerbspolitik deutlich stärker ausgeprägt als in anderen mit der Energiepolitik verknüpften Themenbereichen (s. u., Monstadt 2008: 211). In der Wettbewerbspolitik jedoch wurde die Setzung der regulativen Standards an die europäische Ebene abgegeben, während eine Sanktionierung von Verstößen gegen wettbewerbsrechtliche Verstöße weiterhin von den Nationalstaaten betrieben wurde (ebd.). Die Nationalstaaten blieben außerdem «Knotenpunkte», «an denen Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse mit anderen Staaten und Marktteilnehmern zusammenlaufen» (Czada/Lütz 2003: 30). Monstadt (2008: 212) fasst die veränderte Rolle von Nationalstaaten im energiepolitischen Prozess wie folgt zusammen:

*«Sowohl in der Liberalisierungspolitik als auch bei der Regulierung anderer Belange bleiben die Nationalstaaten maßgebliche Entscheidungsträger der Energiepolitik. Allerdings verlieren sie ihre bisherige Autarkie in der Energiepolitik. Sie sind vermehrt in überstaatliche Zusammenhänge eingebunden und geben bestimmte Kompetenzen an europäische oder transnationale Institutionen ab.»*

Aber auch die subnationalen Politikebenen – Länder und Kommunen – mussten sich den letzten Jahrzehnten an die Veränderungen im Energiesektor anpassen. Für sie gingen der räumliche Wandel durch das Aufbrechen der alten Gebietsmonopole und der Rückzug aus der eigenen Wirtschaftstätigkeit im Zuge der beschriebenen Privatisierungsprozesse mit einem Verlust von energiepolitischen Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten einher (Monstadt 2007: 202–204). Zwar verblieben ihnen mit den raumplanerischen Instrumentarien noch weiterhin Elemente der «harten Steuerung», doch hatte die zunehmende Wettbewerbslogik sowohl

zwischen Städten und Regionen (vgl. Altrock 2011) als auch im Energiebereich weitreichende Folgen für die subnationale Energiepolitik. Es entwickelte sich eine Standortlogik, in deren Folge die Durchsetzbarkeit energiepolitischer Maßnahmen an den Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Energieunternehmen gemessen wurde (vgl. Monstadt 2008: 212). Regionale Kompetenzzentren für Energie und die Gründung beziehungsweise Förderung von Netzwerken innovativer Unternehmen und Akteure sind Ausdruck dieser Entwicklung. Gerade in strukturschwachen, ländlichen Gebieten wird in der Energiewende dabei ein großes Entwicklungspotential gesehen, das sich in Hoffnungen auf wirtschaftliche Prosperität und lokale Arbeitsplätze niederschlägt (Nölting et al. 2011: 18). Häufig wird in diesem Zusammenhang der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten herausgestellt (ebd.).

Die Anforderungen der Innovations- und Wirtschaftsförderung begünstigten dabei regionale und interkommunale Kooperationsprojekte (Monstadt 2008: 213f.). Diese wurden in regionalen Leitbildern und Energieregionen institutionalisiert. Ziel dieser Regionen ist «ein regionales Kompetenz- und Spezialisierungsprofil in der Rohstoff- und Energiegewinnung, in der Technologie und Innovationsproduktion etc. her auszubilden und zu kommunizieren» (Monstadt 2008: 214). Neben diesen Funktionen aus der Perspektive der jeweiligen Gebietskörperschaften, werden subnationale Konzepte zunehmend dazu instrumentalisiert, eine lokale und regionale Umsetzung von Zielen zu forcieren, die auf höheren Politikebenen definiert wurden. Die wichtigste Entwicklung hierbei sind regionale und kommunale Klimaschutzkonzepte, die gebunden an Förderprogramme mit klaren Vorgaben, unter anderem auch Monitoringfunktionen übernehmen. Regionale Energiekonzepte sind außerdem als ein Versuch von Kommunen und Landkreisen zu sehen, die Energieversorgung wieder stärker zu steuern und aktiv zu gestalten.

**Tabelle 5: Energiepolitik als Mehrebenenpolitik**

Politikebene	Energierrelevante Steuerungsinstrumente	Beispiele Energierrelevanter Politikfelder
Internationale Ebene	Internationale Klimaschutzregime	Emissionsreduktion
Europäische Ebene	Richtlinien und Verordnungen, Kartellrecht, Klimaschutzprogramme	Emissionsreduktion, Marktöffnung, Netzzugang, Förderung, Technologien und Innovationen, Energieeffizienz
Nationale Ebene	Umsetzung von Richtlinien und Konzepten in nationale Gesetze, nationale Regulation, Monitoring, Umweltpolitik, Verteilung von Fördermitteln	Emissionsreduktion, Netzzugänge, Technologien und Innovationen, Energieeffizienz
Subnationale Ebene (Länder und Kommunen)	Landes-, Flächennutzungs- und Bauplanung, regionale/lokale Leitbilder sowie Energie- und Klimaschutzkonzepte mit Monitoringfunktionen, Verteilung von Fördermitteln	Emissionsreduktion, Förderung der Standorte der Energiewirtschaft, regionale Netzwerke, Förderung von Technologien und Innovationen, Energieeffizienz

Quelle: Monstadt 2008: 209–215, eigene Darstellung

Energiepolitik ist aber nicht nur auf verschiedenen Ebenen des Politikbetriebes verankert, sondern auch ein Politikfeld, das wegen seiner großen gesellschaftlichen Bedeutung mit vielen anderen Feldern verwoben ist. Dabei kann es sowohl zu Synergien als auch zu Konflikten mit den Logiken anderer Politiksektoren kommen. Auffällig ist hier die enge Verzahnung mit den Zielen der Klimaschutzpolitik. Der Energiesektor wird als einer der zentralen Bereiche zur Erreichung der Ziele der Emissionsminderung gesehen. Diese Verknüpfung zieht sich durch alle Politikebenen und findet in einer wachsenden Zahl von integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepten ihren Ausdruck auf der kommunalen und regionalen Ebene. Dass Energiepolitik als Mittel von regionaler Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik gesehen wird, wurde bereits angesprochen (s. o.). Diese Verbindung hat zwei Dimensionen: Einerseits werden Unternehmen der Energiewirtschaft als wichtige ökonomische Akteure angesehen, andererseits wird die Bereitstellung von Infrastruktur durch diese Unternehmen als Mittel weiterer Unternehmensansiedlungen begriffen. Berührungspunkte zur Agrarpolitik bestehen einerseits in der häufig diskutierten Frage einer möglichen Verdrängung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen durch Energiekulturen und im Zusammenhang mit Flächenbereitstellungen für Wind- oder Solaranlagen (Jenssen 2010: 100–108). Zu Konflikten im Zuge der Umbrüche des Energiesektors kann es vor allem mit den Interessen des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes kommen. So setzen beispielsweise in einigen Fällen Naturschutz- und Vogelschutzgebiete

einer weiteren Ausdehnung von erneuerbaren Energien ihre Grenzen (vgl. Lienbacher/Gruber 2010).

**Zusammenfassung**

- Analog zu ökonomischen Umbrüchen im Energiesektor war die vormals nationalstaatlich geprägte Energiepolitik in den letzten Jahrzehnten einem bedeutenden Wandel unterworfen. Sowohl die Internationalisierung bzw. Europäisierung als auch die wachsende Bedeutung subnationaler Energiepolitik hat zu einer Verknüpfung des Politikfeldes mit verschiedenen Ebenen des politischen Systems geführt. Nationalstaaten bleiben dabei jedoch wichtige «Knotenakteure».
- Vor allem die subnationale Energiepolitik ist zunehmend von einer Wettbewerbslogik zwischen Städten und Regionen geprägt. Lokale und regionale Energiekonzepte zielen dabei auf die Darstellung von energiewirtschaftlichen Alleinstellungsmerkmalen, um Standortvorteile gegenüber anderen Gebieten herauszustellen. Vermittelt durch Fördermittel gewinnt jedoch auch der subnationale Klimaschutz zunehmend an Bedeutung.
- Die Energiepolitik weist zahlreiche Verknüpfungen zu anderen Politikfeldern auf. Während in den Bereichen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik Synergien gesehen werden, bestehen mit Politiksektoren, wie dem Natur- und Landschaftsschutz, durchaus Konflikte. Hervorzuheben ist die enge Verbindung mit der Agrarpolitik hinsichtlich von Flächennutzungen und der Biomasseerzeugung.

### 3 DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER ENERGIEWIRTSCHAFT IN BRANDENBURG

Der derzeitige Wandel des Energiesystems ist ein gesellschaftlicher Prozess, der seine Dynamik aus dem Zusammenwirken wirtschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure gewinnt. Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen allgemeinen Veränderungen lassen sich auch im Land Brandenburg beobachten. Als erster Komplex der empirischen Analyse neuer Energielandschaften und deren Akteure sollen hier die ökonomischen Strukturen der Energiewirtschaft im Land Brandenburg beleuchtet werden. Wir schauen auf eine Energielandschaft, die durch die Folgen von Liberalisierung und Privatisierung ebenso gekennzeichnet ist, wie durch die dynamische Entwicklung eines neuen auf erneuerbaren Ressourcen aufbauenden Energiesystems. Uns interessiert dabei besonders die Frage, welche in Brandenburg tätigen Wirtschaftsakteure den derzeitigen Prozess maßgeblich beeinflussen – privatwirtschaftliche oder staatliche Unternehmen. Dies im Blick, untersuchen wir die Aktivitäten großer Energiekonzerne in Brandenburg genauso wie die Anpassungsstrategien kommunaler Unternehmen.

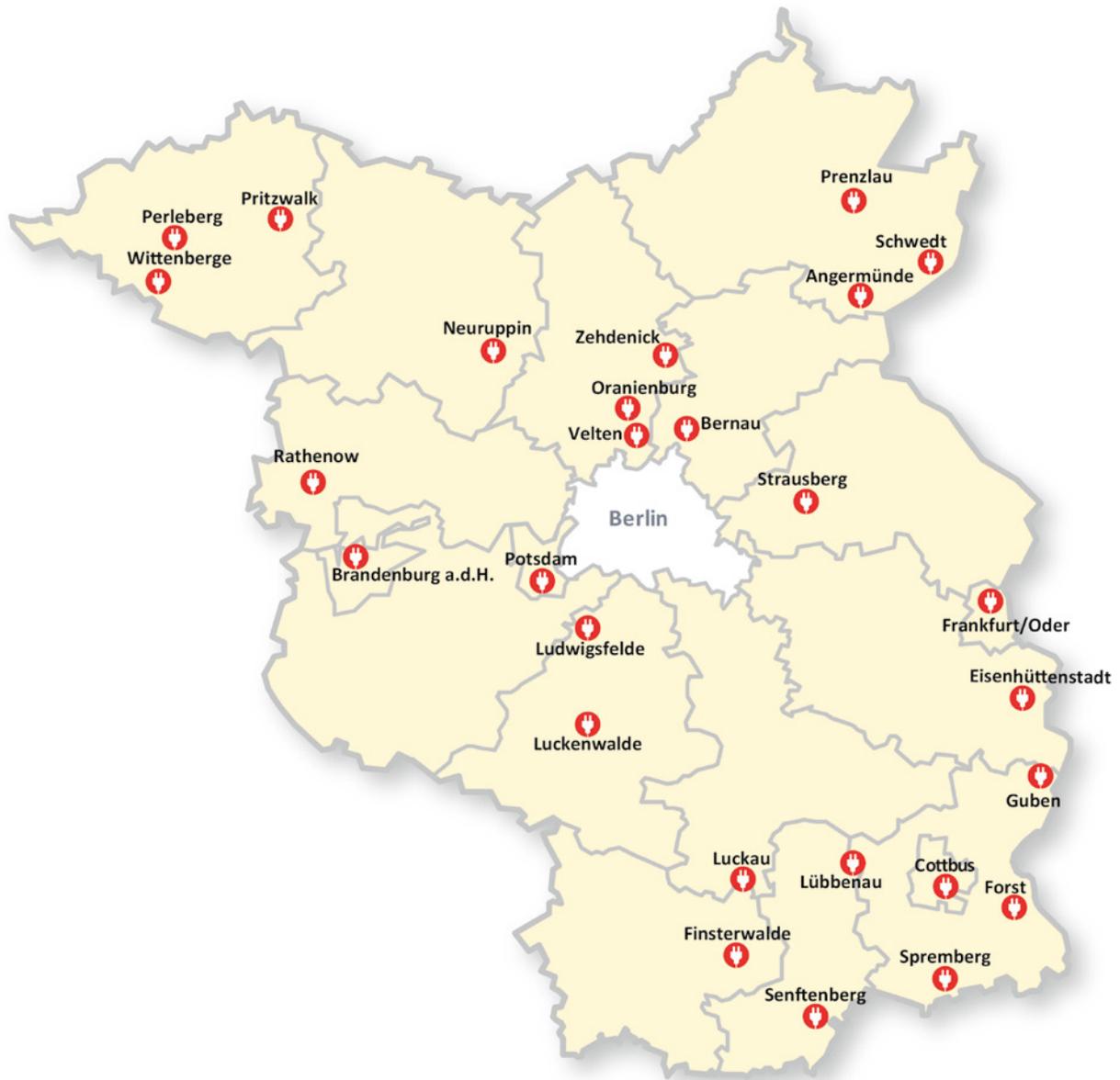
Die Frage des Einflusses auf die weitere Entwicklung der Energiewirtschaft materialisiert sich insbesondere in der Diskussion um die Rekommunalisierung der Energieversorgung. Die Aktualität des Themas durch derzeit ablaufende Konzessionsverträge hat auch in Brandenburg zu verschiedenen Entwicklungen in dieser Richtung geführt. Deswegen zeichnen wir im letzten Teil des Abschnitts die Entwicklung im Land an den uns bekannten Beispielen ausführlich nach. Zunächst sollen hierfür die wirtschaftlichen Strukturen der Brandenburger Energieversorgung grob umrissen werden (Kapitel 3.1), anschließend wird die Entwicklung lokaler EVU genauer beleuchtet (Kapitel 3.2) und schließlich aktuelle Beispiele der Rekommunalisierung betrachtet (Kapitel 3.3).

#### 3.1 KLEIN GEGEN GROSS? UNTERNEHMENSSTRUKTUREN IN DER ENERGIEVERSORGUNG

Die in Kapitel 2 dargestellten Entwicklungen der Liberalisierung des Strommarktes sowie die Privatisierung und Rekommunalisierung von Energieversorgungsunternehmen lassen sich auch für das Land Brandenburg nachvollziehen. Bereits in den 1990er Jahren begannen private Energiekonzerne, sich an bislang kommunalen Versorgungsunternehmen in Brandenburg zu beteiligen bzw. diese mehrheitlich zu übernehmen. Nach der Liberalisierung 1998 wurden zahlreiche neue Anbieter aus dem Bundesgebiet, aber auch aus dem Ausland im Brandenburger Energiemarkt aktiv. Die wirtschaftlichen Strukturen der Brandenburger Energiewirtschaft sind insgesamt durch eine große Vielfalt unterschiedlicher Unternehmensformen und Eigentümermodelle geprägt. Neben überregionalen bzw. internationalen Energiekonzernen gibt es sowohl regionale Versorgungsunternehmen wie auch lokale Energieversorger. Komplett in privatwirtschaftlichem Eigentum befindliche Unternehmen sind ebenso vertreten wie vollständig kommunale Unternehmen sowie Mischformen mit unterschiedlichen Mehrheitsanteilen.

Trotz ausgeprägter Privatisierungen und dem nach der Liberalisierung befürchteten «Sterben der Stadtwerke» bestehen in Brandenburg nach wie vor zahlreiche lokale Energieversorger. Insgesamt gibt es in Brandenburg 27 lokale Energieversorger, d. h. Versorgungsunternehmen, die vor allem auf der Ebene von Städten und Gemeinden agieren. Wie Abbildung 4 zeigt, sind lokale EVU in allen Teilen des Landes und in Groß- wie auch Klein- und Mittelstädten vertreten. Es lässt sich daher von einer Persistenz lokaler Energieversorger in Brandenburg sprechen, die auch im überregionalen bzw. teilweise internationalen Wettbewerb bestanden haben.

Abbildung 4: Lokale Energieversorgungsunternehmen in Brandenburg



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 5: Eigentumsverhältnisse lokaler Energieversorgungsunternehmen in Brandenburg



Quelle: eigene Darstellung

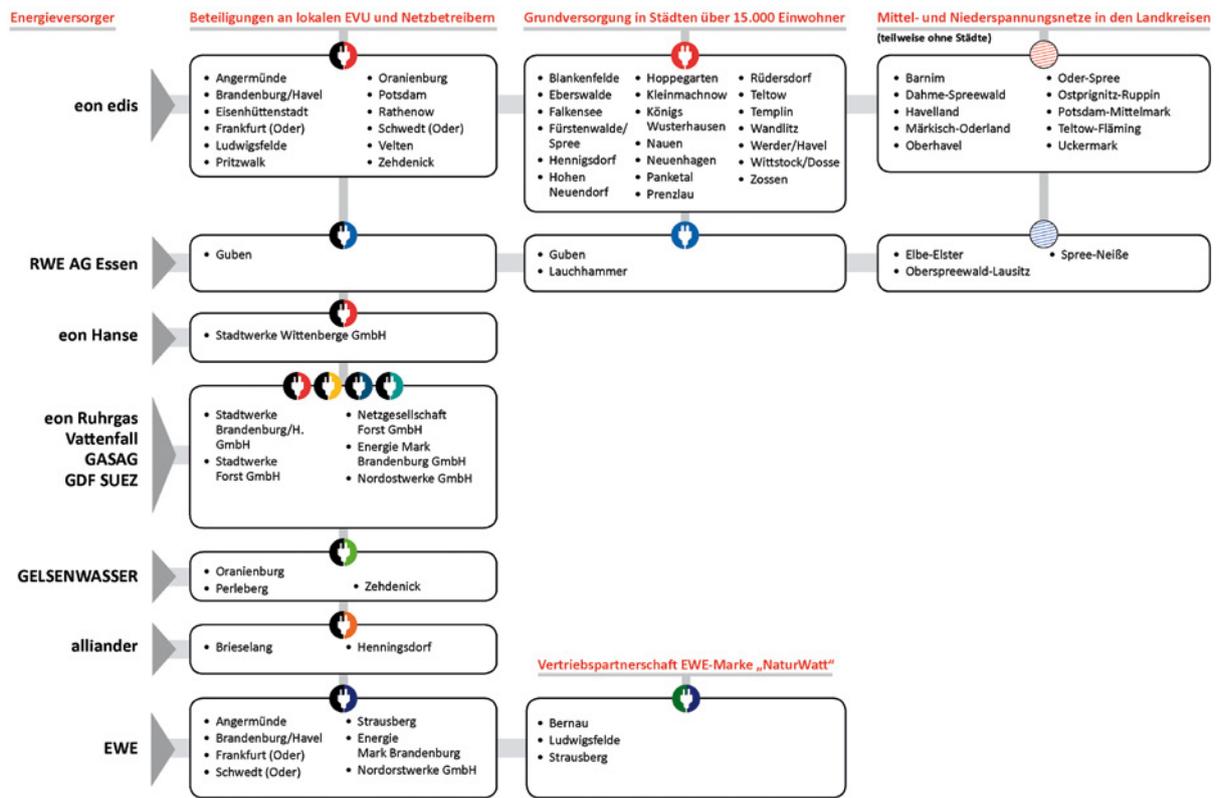
Die lokalen Energieversorgungsunternehmen können in Unternehmen in komplett kommunaler Eigentümerschaft, in Unternehmen mit privater Minderheitsbeteiligung und in Unternehmen mit privater Mehrheitsbeteiligung unterteilt werden. In Abbildung 5 ist zu erkennen, dass an rund drei von vier lokalen Energieversorgungsunternehmen Energiekonzerne und andere private Investoren beteiligt sind. Mit Ausnahme der Stadt Bernau trifft dies auf alle Stadtwerke im direkten Berliner Umland zu. Rein kommunale Lösungen scheinen eher in Klein- und Mittelstädten gewählt zu werden, während in den größeren Städten eine private Beteiligung wahrscheinlicher ist. Der Hintergrund dieser Entwicklung dürfte zum einen in den attraktiveren ökonomischen Kennzahlen der Stadtwerke in größe-

ren und wachsenden Städten liegen und ist zum anderen das Ergebnis politischer Entscheidungen. Während einige Kommunen sich bewusst gegen private Beteiligungen an ihren lokalen Energieversorgungsunternehmen entschieden haben (z. B. Finsterwalde und Prenzlau), begünstigte in anderen Städten des Landes die angespannte Haushaltssituation der Kommune die Veräußerung von Anteilen an ihren Energieversorgungsunternehmen (Monstadt 2008: 196, Libbe et al. 2011: 20). Die Häufung rein kommunaler Lösungen in den Randgebieten Brandenburgs darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass private Unternehmen wie der Regionalversorger E.ON edis im ländlichen Raum des Landes eine große Rolle bei der Energieproduktion spielen.

Die Dominanz der großen Energieversorgungsunternehmen beim – strategisch entscheidenden – Betrieb der Netze lässt sich auch in Brandenburg nachvollziehen. Abbildung 6 und 7 illustrieren die vielfältigen Beteiligungen von großen Energieversorgungsunternehmen wie E.ON, RWE und weiteren Unternehmen an den Mittel- und Niederspannungsnetzen und Versorgungsunternehmen in Brandenburg. Besonders im ländlichen Raum haben die Konzerne E.ON und RWE vertreten durch ihre Regionalversorger E.ON edis mit Sitz in Fürstenwalde und die envia Mitteldeutschland GmbH aus Chemnitz eine bedeutende Position inne. In den Landkreisen sind sie mit ihren Untergliederungen sowohl für den Netzbetrieb als auch als Grundversor-

ger tätig. Das betrifft mit Ausnahme der Prignitz und der Netze lokaler Versorgungsunternehmen alle Landkreise im Land Brandenburg. Dabei fällt eine Zweiteilung auf. Während die envia Mitteldeutschland GmbH nur in der Lausitz präsent ist, versorgt E.ON edis den Rest des Landes. Diese räumliche Ordnung entstand in der ersten Phase der Liberalisierung, als sich die aus den Energiekombinaten der DDR hervorgegangenen Regionalversorger unter dem Dach der beiden Konzerne zusammenschlossen (E.ON edis 2011). Vor allem E.ON edis verfügt über eine hohe Anzahl an Beteiligungen an lokalen Energieversorgungsunternehmen in den Kreisen, in denen sie auch als Netzbetreiber tätig ist.

**Abbildung 6: Private Beteiligungen an Brandenburger Netzbetreibern und Energieversorgungsunternehmen**



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 7: Betrieb von Stromnetzen und Beteiligungen an lokalen EVU in Brandenburg



Weniger eindeutig ist die Rolle des Konzerns Vattenfall. Während das Tochterunternehmen Vattenfall Europe durch den Betrieb von Tagebauen und Kraftwerken in der Lausitz beim Abbau von Rohstoffen und der Stromproduktion in Brandenburg eine wichtige Rolle spielt, hat sich der Konzern bis auf Minderheitsbeteiligungen in den Städten Brandenburg an der Havel und Forst (Lausitz) aus dem Netzbetrieb und der Versorgung zurückgezogen. Symptomatisch ist hierbei der Verkauf der 50 Hertz Transmissions GmbH, die die Übertragungsnetze in Ostdeutschland und Hamburg betreibt,

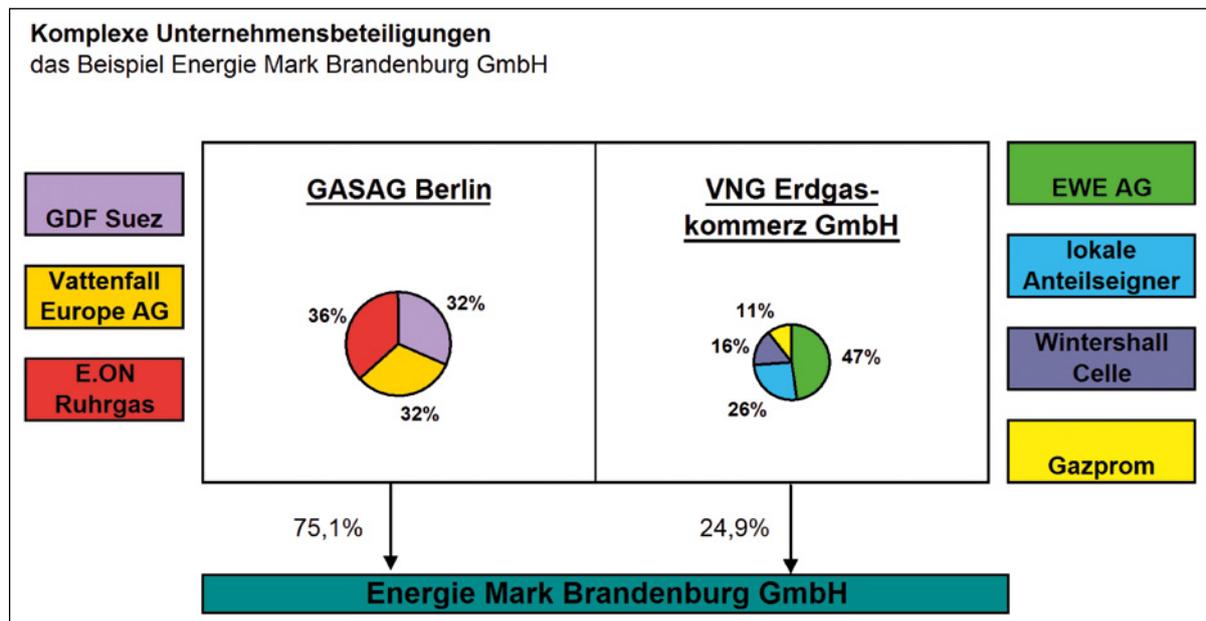
an den belgischen Netzbetreiber elia S.A. und den australischen Investment Fonds Industry Funds Management im Jahr 2010. Zu Beginn des gleichen Jahres trennte sich Vattenfall von seinen Anteilen am Schweriner Netzbetreiber und Energieversorger WEMAG, der in der Prignitz das Mittelspannungsnetz betreibt. Neben den beiden großen Unternehmen E.ON und RWE versuchen auch weitere überregionale Konzerne in Brandenburg Fuß zu fassen. So hält die Gelsenwasser AG Mehrheitsanteile am Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen Perleberg, an den

Stadtwerken Strausberg sowie an der Havelstrom Zehdenick GmbH. Neu auf dem Markt ist auch der staatliche niederländische Netzbetreiber Alliander, der in Brieselang, Hennigsdorf und weiteren Gemeinden des Landkreises Oberhavel aktiv ist.

Eine interessante Rolle spielt auch der ehemalige Gasversorger EMB Energie Mark Brandenburg. Dieses Unternehmen verdeutlicht beispielhaft die komple-

xen Verflechtungen, die in der Energiewirtschaft existieren (s. Abbildung 8). 1991 als regionale Tochter der Berliner GASAG für den Brandenburger Gasmarkt gegründet, ist das Unternehmen durch seine komplexe Struktur mittlerweile Vehikel verschiedenster Energiekonzerne (von der französischen GDF Suez, über E.ON, EWE und Vattenfall bis zur russischen Gazprom) für Beteiligungen im Brandenburger Strommarkt.

**Abbildung 8: Beteiligungsstruktur der Energie Mark Brandenburg GmbH – das Modell «komplexe Unternehmensbeteiligungen»**



Quelle: eigene Darstellung

Die komplexen Strukturen des Energiemarkts machen es schwierig, eine einfache Bilanz aus dem Verhältnis zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen Akteuren auf dem Strommarkt zu ziehen. Zum einen sind bei den großen Regionalversorgungsunternehmen die Kommunen im Netzgebiet als Gruppenminorität beteiligt, zum anderen existieren bei den teilprivatisierten Stadtwerken unterschiedliche Modelle der Unternehmensorganisation. Wolfgang Gerstlberger (2009) unterscheidet in seiner Studie zur Privatisierung von Stadtwerken nach dem Charakter der Investoren drei verschiedene Typen von Privatisierungen:

- Bei der «kommunalnahen Privatisierung» hält ein nationales oder regionales Energieversorgungsunternehmen Anteile von maximal 74,9 Prozent an einem Stadtwerk oder lokalen Energieversorgungsunternehmen, die Kommune hält mit mindestens 25,1 Prozent weiterhin eine Sperrminorität. Welche Bereiche diese Minorität betrifft, hängt wiederum maßgeblich von der Ausgestaltung der privat-öffentlichen Kooperation ab.
- Als «internationale Privatisierung» bezeichnet er eine privatwirtschaftliche Beteiligung wie in Typ I, nur mit der Beteiligung eines internationalen Energiekonzerns.

- Der dritte Typus bei Gerstlberger ist die «branchenfremde Privatisierung». Hier übernimmt ein Investor, der nicht aus dem Energiesektor kommt, Anteile an einem Stadtwerk oder lokalen EVU (vgl. Gerstlberger 2009).

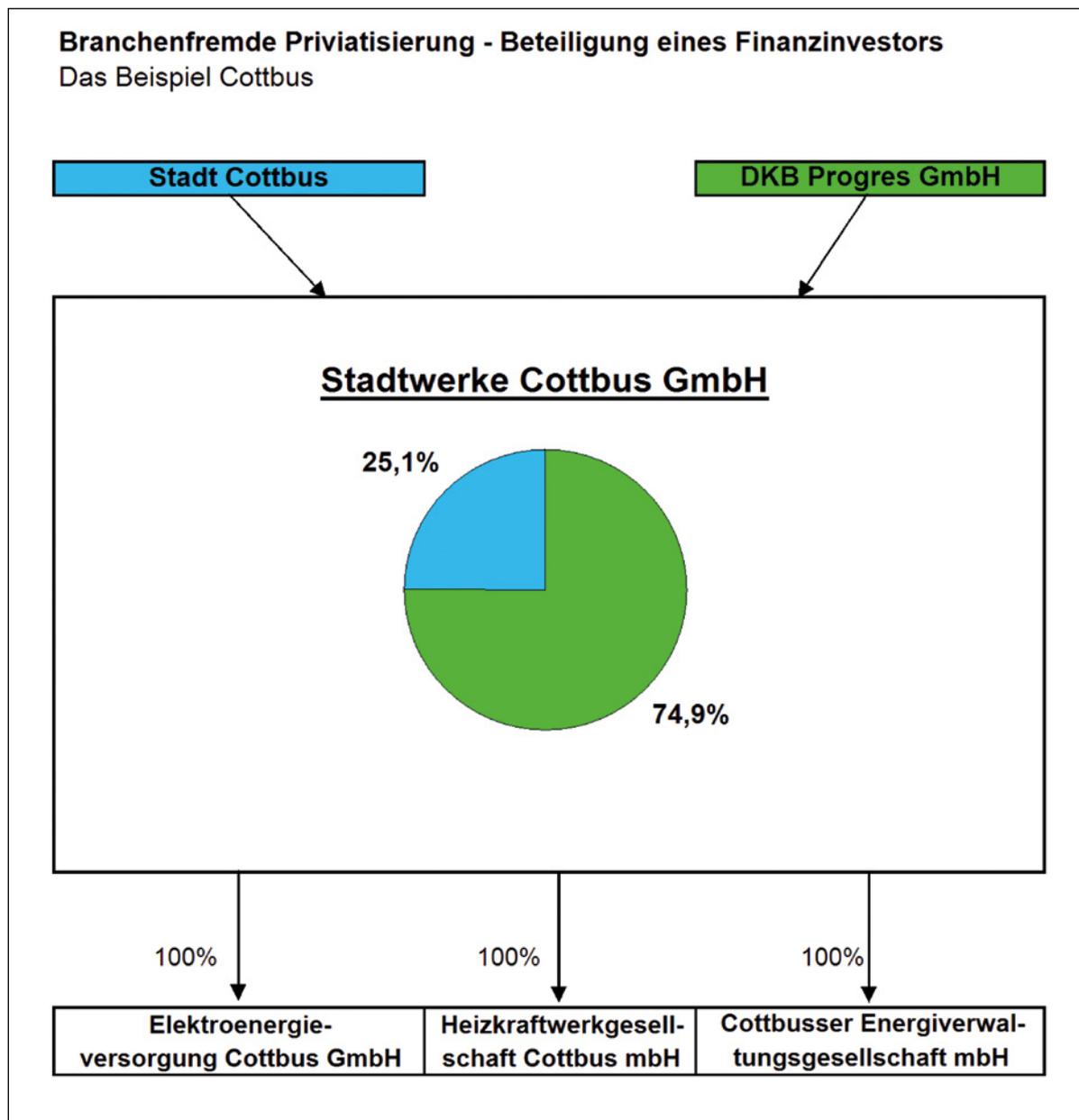
Jeder der drei von Gerstlberger entwickelten Typen kommt in Brandenburg vor, auch wenn Typ I in der Mehrzahl Brandenburgischer Städte anzutreffen ist. Einzige Vertreterin der dritten Gruppe – «branchenfremde Privatisierung» – ist die Stadt Cottbus. Hier hält der Finanzinvestor DKB Progres, ein Unternehmen, das mit der DKB Bank verbunden ist, 74,9 Prozent der Anteile an den Stadtwerken. Diese wiederum halten jeweils 100 Prozent der Anteile an den Tochterunternehmen, die nach den gesetzlichen Vorgaben der Entflechtung («legal unbundling») die einzelnen Sparten Netzbetrieb, Stromproduktion und Stromversorgung der Endkunden abdecken (s. Abbildung 9).

Mit Blick auf die anderen Städte im Land ist fraglich, ob eine Trennung zwischen Typ I und Typ II nach Gerstlberger aufrecht erhalten werden kann. Das hat zwei Gründe: zum einen ist der niederländische Staatskonzern Alliander der ausländische Investor mit den größten Einzelanteilen an lokalen EVU selbst ein Unternehmen, an dem viele Kommunen in den Niederlanden beteiligt

sind. Deswegen wird Alliander von den entsprechenden Gemeinden als «Partner, der ein kommunales Verständnis hat» wahrgenommen (Brieselangs Bürgermeister Wilhelm Garn in o. N. 2011a). Vor diesem Hintergrund

wirkt die Bezeichnung «kommunalnahe Privatisierung» irreführend. Zum anderen verspricht bei der hohen Fallzahl bei Typ I eine differenziertere Betrachtung nach der Branche der Investoren weitere Erkenntnisse.

**Abbildung 9: Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Cottbus – das Modell «Branchenferne Privatisierung»**



Quelle: eigene Darstellung

Relativ häufig bei Unternehmensbeteiligungen an lokalen Energieversorgungsunternehmen im Land Brandenburg ist ein Modell, in dem die privaten Anteile am Stadtwerk zwischen dem Regionalversorger im Bereich Elektrizität und dem regionalen Gasversorger aufgeteilt ist. Beim Strom ist das der Regionalversorger E.ON edis, im Gasbereich ist es die EMB Energie Mark Brandenburg im Westen des Landes und im Osten die EWE Oldenburg AG. Das Ostbrandenburgische Mo-

dell, das sich in den Orten Schwedt (Oder), Angermünde und Frankfurt (Oder) findet, zeigt diese Struktur in ihrer einfachen Form (s. Abbildung 10). Brandenburg an der Havel im Westen hingegen ist ein gutes Beispiel für die möglichen komplexen Beteiligungsstrukturen an einem Stadtwerk, in dem Energiekonzerne auf verschiedenen Ebenen verwoben sind (s. Abbildung 11). In beiden Fällen hält jedoch die Kommune weiterhin die Mehrheit der Anteile.

Abbildung 10: Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Frankfurt (Oder) – das Modell «einfache Beteiligungen»

Quelle: eigene Darstellung

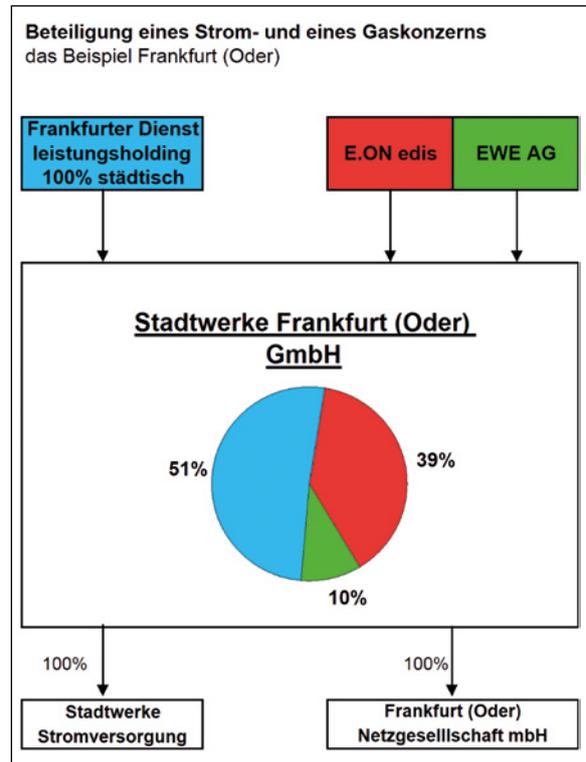
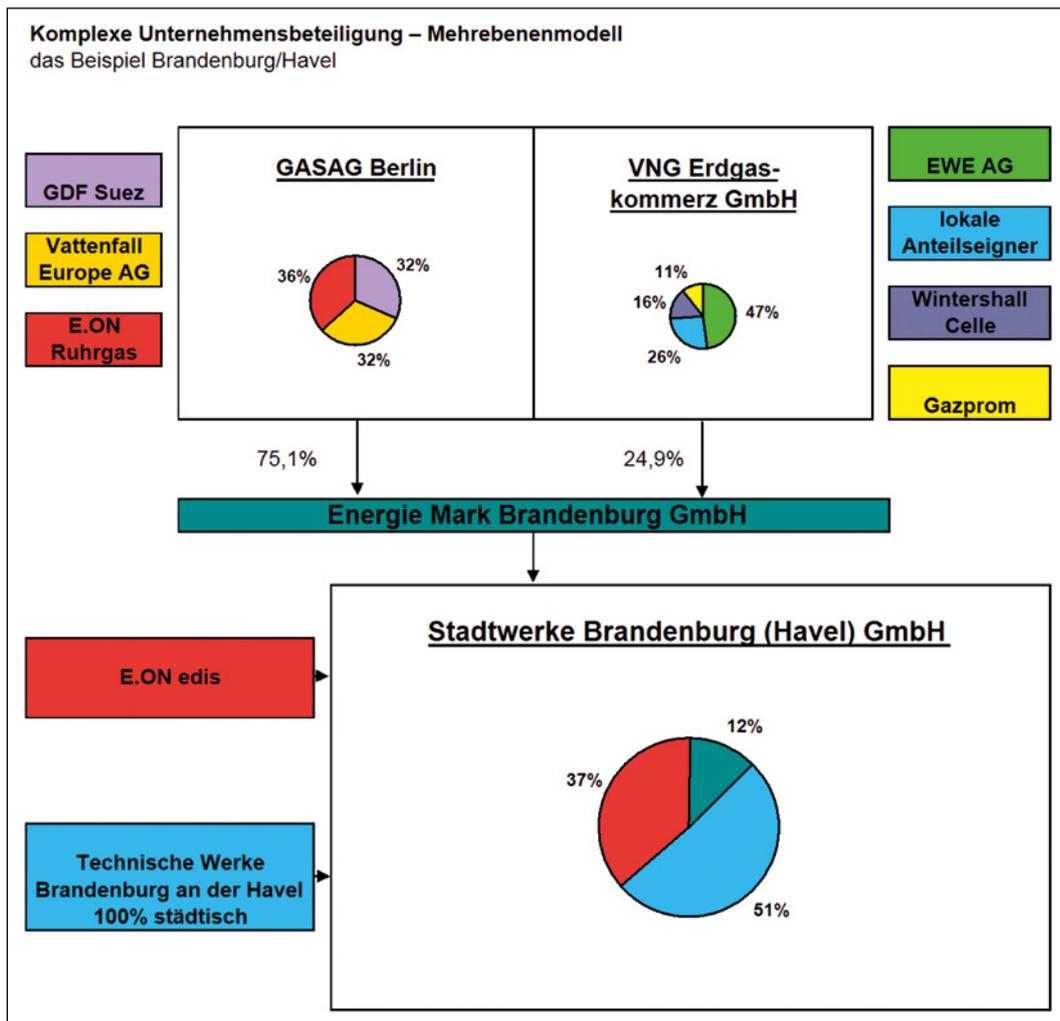


Abbildung 11: Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Brandenburg (Havel) – das Modell «komplexe Unternehmensbeteiligungen – Mehrebenenmodell»

Quelle: eigene Darstellung



Die rechtlichen Vorgaben zur Trennung der Sparten Netzbetrieb und Stromversorgung führen zu einem weiteren komplexen Modell, das sich zeitweise in Oranienburg abzeichnete. Hier wurden im Konzessionsverfahren des Jahres 2011 die Konzessionen für den Stromnetzbetrieb an eine neu zu gründende Netzgesellschaft vergeben, an der die Stadt und der regionale Netzbetreiber E.ON edis Netz GmbH beteiligt sind. Dieser Schritt war insofern brisant, weil die Vergabeentscheidung gegen die lokalen Stadtwerke fiel. Der Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass die kommunalen Anteile bei den Stadtwerken mit 35,1 Prozent deutlich geringer sind als in der neuen Betreibergesellschaft (75 Prozent). In diesem Fall hat die rechtlich notwendige Trennung der verschiedenen Sparten des Energiesektors der Kommune die Möglichkeit gegeben, die starke Alleinstellung eines privaten Investors vor Ort zu brechen und gleichzeitig die kommunalen Anteile im Stromgeschäft zu erhöhen. Mit Hilfe eines strategischen Partners sollen zudem Investitionen am Netz ermöglicht werden, welche die Stadt nicht aus einer Kraft stemmen könnte. Auch wenn der Oranienburger Fall eines Ausbaus kommunaler Beteiligungen in dieser Form bislang einen Einzelfall darstellt, ist grundsätzlich denkbar, dass dieses Modell in Zukunft häufiger angewendet wird. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Kommunen sich tatsächlich als stärkste Akteure in einer solchen Dreierkonstellation behaupten werden können. Häufig besteht ein Missverhältnis bei den finanziellen und personellen Ressourcen zwischen den Kommunen und großen überregionalen Unternehmen.

### Zusammenfassung

- Das Verhältnis zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen EVUs in Brandenburg ist auf Grund einer Vielzahl an Akteuren und Beteiligungsformen sehr heterogen und komplex. Vor allem in Klein- und Mittelstädten bestehen rein kommunale EVUs.
- Um den tatsächlichen Einfluss der kommunalen Akteure beurteilen zu können, muss der jeweils konkrete Charakter der Kooperation zwischen kommunalen und privaten Anteilseignern erfasst werden. Kommunale Minderheitsanteile bei Regionalversorgern und private Anteile bei mehrheitlich kommunalen Stadtwerken sind weit verbreitet.
- Die Veränderungen im rechtlichen Rahmen der Netzvergabe ermöglichen Städten und Gemeinden, institutionelle Veränderungen in der Energiewirtschaft in ihrem Gebiet vorzunehmen. Auch hier hängt es bei privat-öffentlichen Kooperationen von der jeweiligen vertraglichen Ausgestaltung ab, wie der Einfluss einer Kommune auf die Energieversorgung gesichert werden kann.

### 3.2 CHANCEN? STRATEGIEN DER STADTWERKE IM LIBERALISIERTEN ENERGIEMARKT

Trotz anfänglicher Befürchtungen, der Liberalisierungsprozess im Energiesektor würde zu einem massenhaften «Sterben der Stadtwerke» (u. a. in Wagner/Kristof 2001, Wildhagen/Patzkowski 2010, Bontrup/Marquardt 2010) führen, konnten sich auch in Brandenburg lokale Energieversorgungsunternehmen am Markt behaupten. Auch wenn die historisch gewachsenen und klar abgegrenzten Versorgungsgebiete der Vergangenheit angehören, haben lokale Energieversorgungsunternehmen in ihren Kommunen weiterhin einen großen Marktanteil. Dies war möglich, weil die lokalen Brandenburger Energieversorger sich sowohl der neuen Marktsituation als auch den Herausforderungen einer Ökologisierung der Energieversorgung offensiv stellten. Dieses Kapitel gibt einen kurzen Überblick darüber, wie sich die lokalen EVU Brandenburgs an die beschriebenen Trends der ökologischen Modernisierung und der Liberalisierung anpassten. Dabei wird der Blick auf interne Anpassungen, technische Innovationen, innovative Geschäftsmodelle und neue räumliche Bezüge gelenkt.

Die Öffnung der Energiemärkte in Folge des Energiedienstleistungsgesetzes von 1998 stellte für die Stadtwerke einen Schock dar. Zwar konnten die lokalen EVU durch die Verhandlungslösung beim Netzzugang noch mitbestimmen, welche Anbieter ihren Strom in ihre lokalen Netze einspeisen dürfen (Held 2003), doch führte die Liberalisierung in den ersten Jahren zu einem deutlichen Preisverfall in der Stromversorgung. Gleichzeitig bauten die großen privatwirtschaftlichen Stromkonzerne durch neue Tätigkeitsfelder und Beteiligungen ihre Marktmacht sukzessive aus (s. Kap 2.2). Die Reaktion der Stadtwerke war eine weitgehende Kommerzialisierung: «Sie transformieren sich vom ehemaligen Gebietsmonopolisten zu Marktakteuren» (Bontrup/Marquardt 2010: 354). Im Zuge dieser Umorientierung richteten die Stadtwerke ihre Unternehmenstätigkeiten zunehmend an betriebswirtschaftlichen Kennziffern und am Ziel der Effizienz aus (ebd., Monstadt 2008: 197, Moss/Naumann 2012). Die Strategien der lokalen und kommunalen EVU glichen sich immer weiter denen privater Energiekonzerne an: «Um zu überleben, passen sich die kommunalen Unternehmen den veränderten Rahmenbedingungen an und werden damit in ihren Strukturen und Funktionen privaten Unternehmen immer ähnlicher» (Gottschalk 2003: 203). Durch Effizienzsteigerungen erhöhte Erträge wurden dabei weder an die Endkunden noch an die Arbeitnehmer weitergegeben, sondern verblieben «als ‚betriebswirtschaftlicher‘ Erfolg» im Unternehmen (Bontrup/Marquardt 2010: 355). Die Transformation kommunaler

naler EVU verstärkt das Konfliktverhältnis zwischen der betriebswirtschaftlichen Logik auch in kommunalen EVU und ihrer «Instrumentalfunktion für Erfüllung öffentlicher Ziele» (Edeling 2008: 160). Dieses Spannungsverhältnis besteht weiterhin fort.

Der zweite Bereich, in dem sich lokale Energieversorgungsunternehmen an die neuen Rahmenbedingungen anpassen konnten, umfasst die Stromerzeugung und die verwendeten Technologien. Auch wenn die lokale Energieversorgung im Rahmen der Konzepte einer dezentralen Versorgung als «maßgeblich zum Erreichen der energiepolitischen Ziele» der Bundesregierung angesehen wird (Libbe et al. 2011: 6), sind Stadtwerke und lokale EVU nur eine Gruppe unter den Akteuren der Brandenburger Energielandschaft, die die ökologische Modernisierung der Energieversorgung vorantreiben. Sie konkurrieren dabei mit den Großproduzenten fossiler Energien und einer Vielzahl von privaten Investoren im Bereich Wind- und Solarenergie. Als lokale Stromerzeuger umfassten die technologischen Innovationen der kommunalen EVU vor allem drei Bereiche: Den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungstechnologien, die Verwendung von industriellen oder Klärgasen für die Energieproduktion und die Errichtung von Anlagen für die Nutzung erneuerbarer Energieträger. Lokale Energieversorgungsunternehmen sind häufig nicht nur in einer Sparte des Energiesektors tätig, sondern beliefern ihre Kunden oft sowohl mit Strom wie auch mit Wärme. In diesem Zusammenhang errichteten viele Stadtwerke in den 1990er Jahren und verstärkt nach Beginn der Förderung durch das KWK-Gesetz und dessen Vorgängergesetz seit dem Jahr 2000 Blockheizkraftwerke, die gekoppelt Strom und Wärme herstellen (Jansen et al. 2007). Diese Technik wird in Brandenburg bei verschiedenen lokalen EVU angewendet (s. Tabelle 6). Die Stadtwerke sind damit ein wichtiger Eckpfeiler zum Erreichen der politischen Zielvorgabe, den im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz von 2002 vorgesehenen Anteil von 25 Prozent KWK-Strom zu erreichen.

Während die KWK-Technologie die Nutzung verschiedener Energieträger ermöglicht, verwenden einige lokale EVU Abgase aus industriellen oder Aufbereitungsprozessen als Brennstoff. In Eisenhüttenstadt wird in Kooperation mit dem dort ansässigen Stahlkonzern ArcelorMittal ein Hüttengaskraftwerk betrieben, das die Abgase der Stahlproduktion zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet. Diese Anlage existiert seit der Entstehung des Komplexes in den 1950er Jahren. Eine neuere Entwicklung ist die Nutzung der Gase, die bei der Abwasserklärung entstehen. Klärgaskraftwerke werden derzeit in Brandenburg von den Stadtwerken in Neuruppin, Prenzlau und Spremberg betrieben.

**Tabelle 6: KWK und Erneuerbare-Energie-Anlagen der Brandenburger Stadtwerke**

Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung	Brandenburg (Havel) Cottbus Lübbenau Ludwigsfelde Neuruppin Oranienburg (Brennstoffzellenkraftwerk) Potsdam Senftenberg Spremberg
Industrie- und Klärgaswerke	Eisenhüttenstadt (Hüttengas) Neuruppin (Klärgas) Prenzlau (Klärgas) Spremberg (Klärgas)
Biomasseheizkraftwerke	Spremberg
Geothermie	Prenzlau
Photovoltaikanlagen	Prenzlau Rathenow Spremberg Zehdenick
Wasserkraft	Cottbus

Quelle: eigene Recherche

Drittens bauen die Brandenburger Stadtwerke auch eigene Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien aus. Dabei fällt auf, dass die kommunalen EVU beim derzeitig rasanten Wachstum dieses Bereichs nur einen kleinen Anteil haben. Einer der Gründe ist, dass die lokalen EVU vor Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für den Aufbau dieses Anlagentypus nicht förderberechtigt waren (Altrock 2007: 305, Bontrup/Marquardt 2010: 372). Damit war die erste Phase des Aufbaus erneuerbarer Energien auf private Unternehmen und Haushalte beschränkt. Insofern ist der derzeitige Ausbau seitens der Stadtwerke auch als ein nachholender Entwicklungsprozess zu sehen. Tabelle 6 gibt Beispiele für Anlagen auf der Basis von Biomasse, Geothermie, Photovoltaik und Wasserkraft. Auch wenn die Kapazitäten in diesem Bereich ausgebaut werden, sind die lokalen EVU in Bezug auf den Übergang zu erneuerbaren Energien in Brandenburg in einer widersprüchlichen Situation: obwohl sie häufig als Träger eines dezentralen und nachhaltigen Umbaus der Energielandschaft dargestellt werden, ist ein Großteil der Erneuerbare-Energie-Anlagen in Brandenburg in rein privater Hand. Die Stadtwerke können zwar Strom aus diesen Anlagen in ihr Netz einspeisen und in ihren Strommix integrieren, doch häufig existieren kommunale Blockheizkraftwerke und private Groß-

anlagen für erneuerbare Energien auf engem Raum nebeneinander. So wurde das Solarcluster in Luckenwalde ohne Beteiligung des kommunalen Versorgers aufgebaut und auch der große Solarpark in der Stadt Brandenburg (Havel) ist nicht in den Kraftwerkspark der Stadtwerke eingebunden, sondern wird durch eine Hamburger Investmentfirma und den Internetkonzern Google betrieben (Erneuerbare Energien 2011). Auch der für Brandenburg sehr wichtige Bereich der Windenergie (vgl. Kap. 2.1) wurde bis auf wenige Ausnahmen ohne direkte kommunale Beteiligungen entwickelt. Die hohen Investitionskosten im Solarbereich und Restriktionen bei der Windenergieplanung scheinen diesen Status Quo festzuschreiben. Während Hans-Joachim Reck, Vorsitzender des Verbandes der kommunalen Unternehmen, «eine neue Ära der Stadtwerke ausruft» (zitiert in: Balser/Bauchmüller 2011) und dabei Großinvestitionen in Offshore-Windparks und Solargroßprojekte im Ausland (vgl. Wildhagen/Patzkowski 2010) im Hinterkopf hat, ist für die Mehrzahl der Brandenburger Stadtwerke die Errichtung von lokalen Biomasse- und fossilen KWK-Kraftwerken die wahrscheinlichere Entwicklung.

Im Zuge der Liberalisierung des Energiemarkts haben die lokalen Energieversorgungsunternehmen nicht nur das Management und ihre internen Unternehmensprozesse angepasst, sondern sowohl im Einkauf als auch im Vertrieb neue Geschäftsmodelle etabliert. In beiden Bereichen spielen Kooperationen von kommunalen EVU eine zunehmend wichtigere Rolle, beim Vertrieb wird zudem der lokale und regionale Bezug betont. Kooperationen werden als wichtiges Instrument gesehen, um gegenüber den größeren EVU Größennachteile auszugleichen. Gerade da in vielen Städten die Möglichkeiten zur Eigenproduktion von Strom nicht vorhanden sind, oder sich noch im Aufbau befinden, können durch interkommunale Kooperationen beim Einkauf von Strom von regionalen und überregionalen Versorgern günstigere Preise erreicht werden (vgl. Bontrup/Marquardt 2010: 363). Ein Brandenburger Beispiel hierfür ist die Einkaufsgemeinschaft der Stadtwerke Brandenburg (Havel), Luckenwalde und Oranienburg. Die Stadtwerke Ludwigsfelde gingen einen besonderen Weg, um günstigere Preise beim Energieeinkauf zu erzielen. Hier etablierte man mit den Haushaltskunden auf freiwilliger Basis einen «Strompool». 35 Prozent der Kunden kauften sich in diesen Pool ein und konnten dadurch günstigeren Strom erwerben. Trotz dieser Ansätze stehen Stadtwerke in Brandenburg in einem doppelten Abhängigkeitsverhältnis zu größeren Energieversorgungsunternehmen. Zum einen halten die großen Versorger häufig Anteile an den Unternehmen (s. Kap. 3.1), zum anderen haben diese als «Vorversorger» mit elektrischer Energie eine weitgehende Marktmacht, die sich bestimmend auf Preise und die Zusammensetzung des eingekauften Stroms auswirkt (vgl. Bontrup/Marquardt 2010: 363). So bringt der Aufbau von Eigenproduktionskapazitäten nicht nur Fortschritte bei der Umsetzung des

politischen Ziels einer dezentralen Energieversorgung, sondern kann auch die Handlungsmöglichkeiten lokaler EVU vergrößern. Denn nur die Eigenproduktion von Strom kann das lokale EVU davon befreien, Strom bei den Regionalversorgern oder anderen Anbietern einzukaufen. Lokale Stromproduktion wird dabei zu einem Alleinstellungsmerkmal im liberalisierten Strommarkt (vgl. Berlo 2008).

Wegen der beschriebenen Abhängigkeiten und auf Grund des ungleichen Wettbewerbs können lokale EVU mitunter auf der Ebene der Preise nicht mit den großen Energiekonzernen und bundesweiten Billiganbietern im Strombereich konkurrieren. Daher liegt es nahe, lokale und regionale Bezüge beim Verkauf ihrer Energieprodukte als Alleinstellungsmerkmale herauszustellen. Dazu der Verband kommunaler Unternehmen:

*«Nach Einschätzung des VKU, können Stadtwerke erfolgreich im Markt bestehen, wenn sie nicht versuchen, sich auf einen Preiskampf in den Vertriebsprodukten einzulassen, sondern mit ihren lokalen Möglichkeiten, wie Kundenservice und -nähe zu punkten» (Verband kommunaler Unternehmen 2010b: 2).*

So überrascht es nicht, dass einige Brandenburger Stadtwerke ihren Eigenmarken gezielt eine Bezeichnung mit lokalem Bezug geben (s. Tabelle 7). Andere Möglichkeiten, das lokale Profil von Stadtwerken zu schärfen, sind Kooperationen mit lokalen und regionalen Unternehmen – zum Beispiel mit einem Rabatt- und Gutschein-System für Dienstleistungen regionaler Unternehmen und Freizeitangebote wie in Brandenburg (Havel) und Potsdam – oder das Sponsoring in den Bereichen Sport, Kultur und Großevents.

**Tabelle 7: Auswahl von Eigenmarken Brandenburger Stadtwerke mit lokalem Bezug**

Stadtwerke Bernau	Bernaustrom
Stadt- und Überlandwerke Luckau-Lübbenau	Spreewaldstrom
Stadtwerke Ludwigsfelde	Ludwigstrom
Stadtwerke Neuruppin	Ruppinstrom
Stadtwerke Senftenberg	Lausitzstrom
Havelstrom Zehdenick	Havelstrom

Quelle: eigene Recherche

Aber auch beim Vertrieb existieren horizontale Kooperationen zwischen den Brandenburger Stadtwerken. Wichtigste Institution hierbei ist die Local Energy GmbH mit Sitz in Potsdam. Das Unternehmen wurde 1999 als Dachmarke der Stromangebote mehrerer Stadtwerke in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Derzeit zählen 16 Stadtwerke und Regionalversorger zu diesem Netzwerk und halten Anteile am Unternehmen. In der Zeit seines Bestehens hat sich die Gesellschaft von einer reinen Marke zu einem Dienstleistungs- und Serviceunternehmen

für seine Anteilseigner entwickelt. So gehören Beratungsleistungen im Bereich erneuerbarer Energien, Klimaschutz, Netzoptimierung und Elektromobilität zu dessen Leistungsangebot. Aus der Local Energy GmbH wurde außerdem die Nordostwerke GmbH als Ökostromanbieter ausgegründet. Beim Blick auf die Brandenburger Partner des Unternehmens (s. Tabelle 8) hingegen fällt auf, dass keine rein kommunalen Stadtwerke, sondern nur Unternehmen mit privaten Anteilseignern im Netzwerk vertreten sind. Der grundsätzlichen Frage, ob private Beteiligungen an Stadtwerken die Möglichkeiten der Kooperation erhöhen können, kann hier jedoch nicht weiter nachgegangen werden.

**Tabelle 8: Brandenburger Anteilseigner der Local Energy GmbH**

Energie Mark Brandenburg	Stadtwerke Frankfurt (Oder)
Energie und Wasser Potsdam	Stadtwerke Ludwigsfelde
Elektrizitätsversorgungsgesellschaft	Stadtwerke Pritzwalk
Velten	Stadtwerke Schwedt (Oder)
Städtische Betriebswerke Luckenwalde	Stadtwerke Brandenburg an der Havel

Quelle: eigene Recherche

Trotz der Bemühungen um Kooperationen von Stadtwerken darf nicht übersehen werden, dass sich im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes auch die Konkurrenz zwischen den Stadtwerken erhöht hat. Maßgeblicher Grund für diese Entwicklung ist die Strategie, das eigene Stromangebot nicht nur im lokalen Versorgungsgebiet, sondern auch über dessen Grenzen hinaus anzubieten. Knapp die Hälfte der lokalen EVU Brandenburgs bietet seinen Strom auch regional oder im gesamten Bundesland an. Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel haben zu diesem Zweck die Marke «enerline» gegründet. Die lokalen EVU Brandenburgs sind damit nicht nur Betroffene, sondern auch prägende Akteure der in Kapitel 2.2 beschriebenen räumlichen Rekonfiguration des Energiesektors. Sie sind ihrem Hauptgeschäft zwar weiterhin lokal verankert, dehnen ihre Tätigkeitsbereiche jedoch durch die Erweiterung ihres Angebotsgebiets und mittels horizontaler Kooperationen aus.

### Zusammenfassung

- Die Liberalisierung des Energiesektors und weitreichende Privatisierungen lösten auch für gänzlich oder teilweise kommunale EVU einen Anpassungsdruck aus. Diesem wurde durch eine Kommerzialisierung im Sinne einer Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen begegnet. Demzufolge besteht innerhalb von kommunalen

EVU ein Spannungsverhältnis zwischen der unternehmerischen Logik und der Verpflichtung gegenüber politischen Zielen der Daseinsvorsorge und ökologischen Modernisierung.

- Auch wenn die lokalen EVU Brandenburgs ihre Kraftwerke modernisierten und zahlreiche Anlagen mit erneuerbaren Energien aufgebaut haben, sind sie an den Brandenburger Großprojekten in diesem Bereich nicht beteiligt. Häufig bestehen kommunale Kleinanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft zu privaten Großprojekten.
- Um gegenüber großen Anbietern auf dem Energiemarkt zu bestehen, wenden Stadtwerke eine widersprüchliche räumliche Strategie an. Einerseits versuchen sie ihr lokales Profil zu schärfen, andererseits weiten sie durch die regionale und überregionale Belieferung von Kunden mit Strom und durch horizontale Kooperationen ihr Geschäftsgebiet deutlich aus.

### 3.3 DAS MACHEN JETZT WIR! ANSÄTZE ZUR REKOMMUNALISIERUNG DES ENERGIESEKTORS

Entgegen der anfänglichen Euphorie, dass mit der Einführung von modernen Managementkonzepten und der Übertragung öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen eine bessere und günstigere Versorgung mit elektrischer Energie möglich sei (Libbe et al. 2011: 4), hat sich die Privatisierung von Stadtwerken vielfach nicht in besserem Service und sozial verträglicher Preispolitik niedergeschlagen. Ein wachsender Chor aus Privatisierungskritikern argumentierte damit, dass durch Privatisierungen Gewinne privatisiert werden, während die Verluste aus nicht privatisierungsfähigen Betrieben bei den Kommunen bleiben (Edeling 2008: 154, vgl. auch Naumann 2011). Es entstand die Wahrnehmung, dass Städte aus kurzfristigen Interessen wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge abgegeben haben (u. a. Gerstlberger 2009). Im Gegenzug konnten die großen Energiekonzerne durch viele Beteiligungen an kommunalen Unternehmen ihre regionale Marktmacht stärken (ebd.: 5, vgl. auch Kap 3.1).

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich eine Debatte um die Vorteile kommunaler Unternehmen der Daseinsvorsorge, die sowohl von Verbänden wie dem Deutschen Städtetag und dem Verband Kommunaler Unternehmen geführt (Verband kommunaler Unternehmen 2010a, 2010b) als auch in der Wissenschaft aufgegriffen wurde (Gerstlberger 2009, Libbe et al. 2011, Kammer/Naumann 2010). Dabei werden Einnahmen für die Kommunalhaushalte aufgrund der Erträge kommunaler Unternehmen genauso angeführt wie die Möglichkeit eines stärkeren kommunalen Einflusses auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und einer größeren demokratischen Legitimation von lokalen Versorgungsunternehmen (Verband kommunaler Unternehmen 2010a, Naumann/Moss 2012). Während Privatisierungen auf räumliche Disparitäten tendenziell verstärkend wirken

(Moss et al. 2008), werden die regionalpolitischen Vorteile kommunaler Unternehmen betont. Diese spielen als lokale Arbeitgeber, Investoren und Sponsoren eine wichtige strukturpolitische Rolle (Verband kommunaler Unternehmen 2010a) und bieten zudem die Möglichkeit, dass Gewinne nicht abfließen, sondern in lokalen oder regionalen Wirtschaftskreisläufen re-investiert werden (Herter 2008, für das Beispiel Hamburg Kammer/Naumann 2010, S. 13). Gelingt es lokale oder regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen, bringt dies positive ökonomische Effekte und Innovationsvorteile für die gesamte Region (vgl. Jänicke 2008, Nölting et al. 2011).

Diese Diskussion materialisiert sich bundesweit zunehmend in lokalpolitischen Bemühungen, vormals privatisierte Unternehmen zu «rekommunalisieren.» Dieses Kapitel enthält eine Übersicht über einige Fälle von Rekommunalisierungsbestrebungen. Dafür haben wir in Anlehnung an den Verband kommunaler Unternehmen (2011a) eine Typologie entwickelt, anhand derer wir die unterschiedlichen Formen und Möglichkeiten von Rekommunalisierungen sowie einige ausgewählte Beispiele in Brandenburg erörtern. Dabei gehen wir auf Akteurskonstellationen in der Kommunalpolitik, ökonomische Interessenkonflikte und das Verhältnis zur Zivilgesellschaft ein.

Unter Rekommunalisierung verstehen wir die Bestrebungen, vormals ausgelagerte Dienstleistungen, Anlagen und Einrichtungen in kommunale Trägerschaft zurückzuführen (vgl. Naumann 2011: 70). Das bedeutet einen «Trend weg von materieller Privatisierung hin zur Eigenwahrnehmung durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen» (Libbe et al. 2011: 4). Prominente Beispiele hierfür sind der Rückkauf der privaten Anteile der Dresdner Stadtwerke durch die Landeshauptstadt Dresden (Landeshauptstadt Dresden 2009), die Neugründung der Hamburg Energie (Kammer/Naumann 2010), sowie die Übernahme der Abfallentsorgung durch einen großen Teil der nordrhein-westfälischen Kommunen (Engartner 2009). Diese aktuellen Entwicklungen sind in historische Pendelbewegungen zwischen der kommunalen und privaten Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und städtischen Infrastrukturen einzuordnen (Röber 2009, Ambrosius 2003). Die Häufung von Rekommunalisierungsbestrebungen in den letzten Jahren rechtfertigt jedoch vor diesem Hintergrund von einem «belastbaren Trend» zu sprechen (Naumann 2011: 70).

Der Trend hin zu einer Rekommunalisierung hat auch den Brandenburger Energiesektor erfasst. Einige Städte gründen eigene Energieversorgungs- oder Netzbetriebsunternehmen oder erwerben Anteile an

zuvor veräußerten Unternehmen zurück. Aktuell sind die Rahmenbedingungen für solche Rekommunalisierungsprozesse sehr günstig. Zum einen sind die Zinsraten für kommunale Kredite auf einem historisch niedrigen Niveau, wodurch sich die großen Investitionen, die eine Rekommunalisierung erfordert, schneller amortisieren können. Zum anderen läuft in diesen Jahren eine große Zahl an Konzessionsverträgen für die Nutzung der Elektrizitätsnetze aus. Das gibt Kommunen die Möglichkeit, den Netzbetrieb wieder in eigene Hände zu nehmen (Libbe et al. 2011: 7; Aden 2010). Dabei handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle jedoch nur um Teil-Rekommunalisierungen. Das heißt, dass entweder die kommunalen Anteile bei weiterer Beteiligung von privaten Investoren erhöht werden oder nur ein Teilbereich, zum Beispiel der Netzbetrieb, übernommen wird.

Tabelle 9 enthält eine Typologie von Formen der Rekommunalisierung in Brandenburg und ordnet den einzelnen Formen jeweils aktuelle Beispiele zu. Die räumliche Verteilung der untersuchten Rekommunalisierungen zeigt Abbildung 12. Dabei wird eine Häufung von Fällen im direkten Berliner Umland deutlich. In vielen Beispielen ist aufgrund der langen Dauer von Rekommunalisierungsprozessen jedoch noch offen, ob eine Rekommunalisierung überhaupt stattfinden und für welche Variante man sich entscheiden wird. Im Folgenden sollen die verschiedenen Formen von Rekommunalisierungen erläutert werden.

**Tabelle 9: Formen von Rekommunalisierungen in Brandenburg**

Formen von Rekommunalisierungen in Brandenburg
Integration eines neuen Netzes in bestehende kommunale Netzstrukturen (Bernau, Luckau, Schwedt (Oder))
Integration eines neuen EVU in bereits bestehende Stadtwerke (Eisenhüttenstadt, Guben, Prenzlau)
Neugründung eines kommunalen EVU (geplant: Kleinmachnow, Wandlitz, gescheitert: Schöneiche, Teltow)
Neugründung eines Netzbetreibers durch Übernahme von Netzkonzessionen (Hennigsdorf, Kyritz, Oranienburg, gescheitert: Blankenfelde)
Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen (Oranienburg, Wittenberge, geplant: Dallgow-Döberitz/Wustermark/Brieselang)

Quellen: Verband kommunaler Unternehmen 2010a, Libbe et al. 2011

Abbildung 12: Rekommunalisierungen in der Brandenburger Energiewirtschaft



Quelle: eigene Darstellung

### Integration eines neuen Netzes in bestehende Netzstrukturen

In diesem Fall der Rekommunalisierung handelt es sich um eine topographische Erweiterung eines bereits bestehenden Versorgungsgebietes. Das bedeutet, dass verschiedene Bereiche, die bisher an die Netze des kommunalen EVU grenzten, nun in diese aufgenommen werden. In der Regel ist der neu übernommene Netzabschnitt deutlich kleiner als das bereits bestehende Netzgebiet. Bereits vorhandene Unternehmensstrukturen wie etwa für die Wartung und Verwaltung können dann das neu hinzugewonnene Netzgebiet mit betreuen. Dadurch sinken die Stückkosten pro Kilometer beim Betrieb eines Netzes, es entstehen positive Skaleneffekte. Die Kosten für die Betreiber erscheinen überschaubar, sie bestehen in der Übernahme der Net-

ze und den zukünftig an die Gemeinde zu entrichtenden Konzessionsabgaben (Verband kommunaler Unternehmen 2010a: 26).

In den aktuellen Konzessionsverhandlungen war es häufig der Fall, dass kommunale EVU ihre Netzgebiete an die Größe der Verwaltungseinheiten nach den verschiedenen Eingemeindungsphasen der letzten Jahre anpassen wollten. Die Ausgangssituation lässt sich wie folgt beschreiben: Während die Netzinfrastruktur der Kernstadt – in der Regel nach den Grenzen der letzten Konzessionsverhandlungen 1991 – durch das lokale EVU betrieben werden, ist in den Ortsteilen, die mittlerweile zum Stadtgebiet gehören, der Regionalversorger für den Netzbetrieb verantwortlich. Bei den Konzessionsverhandlungen um die häufig durch Suburbanisierungsprozesse demographisch stabi-

len Ortsteile, entspinnt sich folgende Interessenlage: Während die Vertreter der kommunalen Seite die beschriebenen Synergieeffekte einer Netzübernahme erreichen wollen und die Netzversorgung «auf die gesamte Gemeinde» ausdehnen wollen, befürchten die Regionalversorger den Verlust eines attraktiven Netzbereichs. Ihnen würde ein Areal erhöhter Bevölkerungsdichte und damit Anschlussdichte verloren gehen, die relativen Kosten pro Anschluss für den Betrieb des Restnetzes würden steigen.

### **Brandenburger Fallbeispiele für die Integration eines neuen Netzes in bestehende Netzstrukturen**

Ein aktuelles Beispiel für diesen Konflikt sind die Konzessionsverhandlungen um den Ortsteil Schönau der Stadt Bernau. Der Konflikt war dadurch besonders brisant, weil der Regionalversorger E.ON edis in diesem Ortsteil ein Kundenzentrum betreibt. Da das Unternehmen mit der Schließung dieser Filiale – und damit mit dem Abbau der Arbeitsplätze und dem Verlust von Gewerbesteuerereinnahmen – drohte, wuchs aus der Konzessionsentscheidung ein Konflikt, in dem die Interessen der Kernstadt Bernau denen eines einzelnen Ortsteils gegenüberstanden (Gallrein 2011). Während den Akteuren der Kernstadt (Stadtverwaltung und Stadtwerke) eine Ausweitung des Netzbereichs und dadurch Möglichkeiten der zentralen Steuerung wichtig waren, ging es den Vertretern des Ortsteils Schönau um die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wahrung seiner Rolle als Energiestandort. Dadurch verlief die Konfliktlinie quer durch die Fraktionen im Stadtrat. Mehr als die Zugehörigkeit zu einer gewissen Fraktion schien die Verbundenheit der einzelnen Abgeordneten mit den Stadtwerken oder dem Ortsteil eine Rolle bei der Entscheidung im Stadtrat gespielt zu haben. Die Abstimmung ging dann jedoch mit 25 zu 10 Abgeordneten deutlich für die Vergabe der Konzessionen an die Stadtwerke aus (Rakitin 2011). Auch in Schwedt (Oder) wurden die aktuellen Konzessionsverhandlungen für eine Erweiterung des kommunalen Netzes genutzt. Ein älteres Beispiel für die Ausdehnung eines Netzbereichs ist die Übernahme der Netzinfrastrukturen in der Stadt Lübbenau durch die Stadt- und Überlandwerke Luckau-Lübbenau im Jahr 1999.

### **Integration eines neuen EVU in bereits bestehende Stadtwerke**

Handelt es sich im ersten Typ der Rekommunalisierung um eine topographische Erweiterung der bisherigen Unternehmensaktivität, so kann dieser zweite Typ als sektorale Erweiterung der Betätigung von Stadtwerken verstanden werden. Ein bereits existierendes Stadtwerk, das beispielsweise bereits als Energieversorger in den Bereichen Erdgas oder Fernwärme tätig ist, erweitert sein Tätigkeitsfeld um den Betrieb von Stromnetzen und die Versorgung mit elektrischer Energie. In dieser Variante können Synergiepotentiale genutzt werden, weil zum Beispiel die bestehenden Unternehmenseinheiten für technische Verwaltung

und Kundenservice auch im Strombereich genutzt werden können. Durch das Abdecken mehrerer Geschäftsfelder besteht die Möglichkeit, im Verbund eines Stadtwerks mit den gewinnbringenden Bereichen der Energieversorgung kostenintensive Aktivitäten mitzufinanzieren. Werden auch die Stromnetze durch die Stadtwerke übernommen, lässt sich die Anpassung der Netzinfrastruktur an neue dezentrale Kraftwerke und Einspeisungen leichter planen. Als Netzbetreiber verfügt das EVU dann über detaillierte Informationen über Einspeisungen und Verbrauch im Netzgebiet. Das ermöglicht eine Orientierung an der Nachfrage der Kunden und den klima- und energiepolitischen Vorgaben ausgerichtete Umgestaltung der lokalen Netzinfrastruktur (Taschner 2011). Die Durchleitung des Stroms anderer Anbieter sichert zudem eine Rendite, die über finanzwirtschaftlichen Renditeerwartungen und deutlich über den Einnahmen durch die bisherigen Konzessionsgebühren liegt (Weissmüller 2009). Wird bei der Steuerung des Unternehmens nicht nur auf betriebswirtschaftliche Kenngrößen, sondern auch auf umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitische Vorgaben gesetzt, kann das lokale EVU auch als Steuerungsinstrument fungieren:

*«Die Gründung kommunalwirtschaftlicher Energieversorgungsunternehmen eröffnet Kommunen die Chance, lokale bzw. regional volkswirtschaftlich relevante Infrastrukturen auszubauen und damit noch stärkeren oder zusätzlichen Einfluss auf die Gemeinde- und Stadtentwicklung auszuüben. Beispiele hierfür sind: Implementierung von Klimakonzepten, Verwirklichung einer nachhaltigkeitsgerechten Energieversorgung, Ausweisen von Wärmevorranggebieten, Ausbau Breitband[verbindungen], insbesondere für die Firmenneuanwerbung im Gewerbe- und Industriegebiet»* (Verband kommunaler Unternehmen 2010b: 1).

Trotz der größeren Kundennähe und seiner lokalen Verwurzelung steht das lokale EVU mit dem Regionalversorger und weiteren EVU weiterhin in einem starken Wettbewerb. Das neue lokale EVU ist nicht automatisch Grundversorger im eigenen Gebiet, sondern es kann diesen Status nur erreichen, wenn es zu einem dreijährigen Stichtag die meisten Kunden im Stromnetz gewonnen hat. Es ist daher notwendig, dass das Unternehmen zügig neue Kunden im Stadtgebiet gewinnt (Verband kommunaler Unternehmen 2010a: 16).

Brandenburger Beispiele für eine Rekommunalisierung diesen Typus sind die Städte Eisenhüttenstadt, Guben und Prenzlau. Es ist auffällig, dass alle Städte, in denen dieser Rekommunalisierungstyp zu beobachten war, im äußeren Entwicklungsraum des Bundeslandes liegen. Dies ist in der größeren Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins rein kommunaler Stadtwerke in diesen Regionen zu begründen (s. Kap. 3.1). Dort muss die Stadt nicht mit einem Investor über eine mögliche Erweiterung des Aufgabenspektrums verhandeln, sondern kann mit dem Stadtwerk als Partner die politische Entscheidung zur Rekommunalisierung direkt umsetzen.

### **Brandenburger Fallbeispiele für die Integration eines neuen EVU in bereits bestehende Stadtwerke**

Die Stadt Guben ist dabei der aktuellste Fall. Hier entschied die Stadtverordnetenversammlung am 07. Dezember 2011, die Konzessionen für den Betrieb des Stromnetzes an die Energieversorgung Guben GmbH (EVG) zu geben. Dieses Unternehmen, das jedoch nur zu 55 Prozent in kommunaler Hand ist, versorgte bisher das Stadtgebiet mit Erdgas und Fernwärme. In die Stromversorgung einzusteigen, bedeutet für die EVG eine wichtige Diversifizierung des Angebots, auch vor dem Hintergrund, dass der Fernwärmebereich durch die Prozesse des Stadtumbaus stark betroffen ist und sowohl sinkende Erträge als auch steigende Aufwendungen zu verkraften hat. Nach der Ausschreibung der Konzessionsverträge bekundeten außer der EVG noch die Gelsenwasser AG und der Regionalversorger enviaM Interesse am Netzbetrieb in der Stadt. Im Laufe des Verfahrens zogen jedoch die Mitbewerber ihre Interessensbekundungen zurück. Die EVG blieb als einziger Wettbewerber bestehen. Dort übernimmt die EVG nun die Stromnetze ab dem 1. Januar 2013. Obwohl damit die 20-jährige Konzession an die enviaM und deren Vorgängerin, die Energieversorgung Spree-Schwarze Elster AG Cottbus (ESSAG), endet, bleibt sie am Netzbetrieb in Guben durch ihre Beteiligung an der EVG beteiligt (o. N. 2011b).

Die Stadt Prenzlau in der Uckermark ist der bisher einzige aktuelle Fall in Brandenburg, in dem ein komplett kommunales Stadtwerk den Netzbetrieb und die Stromversorgung in einer Stadt übernommen hat. Die Stadtwerke Prenzlau haben zum 1. Januar 2011 den Netzbetrieb in der Kernstadt und umliegenden Orten übernommen und waren bereits vorher als Anbieter in den Strommarkt eingestiegen. Die Planungen für diesen Prozess hatten einen langen Vorlauf, bereits 2003 lehnte die Stadt eine vorzeitige Verlängerung der Konzessionsverträge mit dem Regionalversorger E.ON edis ab. Anfang des Jahres 2008 gingen die Stadtwerke Prenzlau mit ihrer Eigenmarke Uckerstrom auf den Markt. Im selben Jahr, aber erst danach, liefen die Verhandlungen über die Konzessionsverträge. Hier entschied der Stadtrat einstimmig für eine Vergabe an die Stadtwerke (Jahnke 2010). Der Vertrieb von Strom ist auch für die Stadtwerke Prenzlau eine wichtige Erweiterung, die dem Unternehmen zusätzliche Gewinne sichert. Dabei verlief der Markteintritt als EVU recht erfolgreich. Nach eigenen Angaben konnten zwischen Januar 2008 und August 2011 rund 7.500 Neukunden gewonnen werden (Stadtwerke Prenzlau 2011: 4). Weiterhin ist das Profil der Stadtwerke Prenzlau im Strombereich bemerkenswert. Das Unternehmen betont stark sein umweltpolitisches Engagement und betreibt seit mehreren Jahren verschiedene Pilotanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien, darunter eine Wärmepumpe, eine Klärgasanlage und mehrere Photovoltaikanlagen. Weiterhin ist ein unterirdischer Wärmespeicher geplant. Damit konnten die Stadtwerke

Prenzlau zum Ruf der Stadt als bedeutender Standort für erneuerbare Energien entscheidend beitragen. Als Stromproduzent aus erneuerbaren Energien zeigen die Stadtwerke Prenzlau auch, wie ein kommunales Unternehmen zur konkreten Umsetzung klima- und energiepolitischer Ziele fördern kann (vgl. Kap. 4).

### **Neugründung eines kommunalen EVU**

Diese Variante einer Rekommunalisierung des Stromsektors beschreibt die Neugründung von Stadtwerken oder eines ähnlichen Unternehmens. Das neu gegründete EVU kann dabei sowohl als Netzbetreiber als auch als Energieversorger und Stromproduzent tätig werden. Im Vergleich zu einer Integration in bereits bestehende Strukturen müssen bei dieser Form der Rekommunalisierung jedoch höhere Hürden überwunden werden. Es fehlt nicht nur die Möglichkeit von Querfinanzierungen über verschiedene Geschäftsfelder hinweg und die Ausnutzung von Synergien mit bereits bestehenden Unternehmensteilen (s. o.), die ein solches Vorgehen leichter finanziell legitimieren können. Einem gänzlich neuen Stadtwerk fehlt auch die Erfahrung in der Energiewirtschaft. Essentielles Know-how und Fachkräfte müssten von außen «importiert» werden. Ferner müsste eine gänzlich neue Organisation geschaffen werden. Das erhöht sowohl den planerischen als auch den finanziellen Aufwand. Dementsprechend ist eine breite politische und demokratische Legitimation eines solchen Projekts ebenso wichtig wie eine ausreichende Vorlaufzeit.

Diskussionen über die Neugründung von Stadtwerken in Brandenburg sind aus den Gemeinden Schöneiche, Wandlitz und Kleinmachnow/Teltow sowie aus der Gemeinde Prötzel im Landkreis Märkisch-Oderland bekannt. Bis auf Letztere liegen alle Gemeinden im «Speckgürtel» Berlins und profitieren stark von der Nähe zur Hauptstadt. Dies weist auf die Notwendigkeit eines finanzstarken Kommunalhaushalts für die Realisierung einer EVU-Neugründung hin. Die Wahrscheinlichkeit einen solchen Plan in einer strukturschwachen Region oder in einer Kommune, die möglicherweise unter Finanzaufsicht steht, zu verwirklichen, ist ungleich geringer. Trotzdem wurde im ländlichen Prötzel eine Rekommunalisierung durch den Gemeinderat beschlossen, um die Schuldenlast der Gemeinde zu senken. In den anderen genannten Gemeinden ist mit der Ausnahme Kleinmachnows die Gründung eines kommunalen EVU vorerst in weite Ferne gerückt.

### **Brandenburger Fallbeispiele für die Neugründung eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens**

Die Besonderheit am Fall Wandlitz ist, dass die Initiative für den Rekommunalisierungsprozess vor allem durch die Zivilgesellschaft vorangetrieben wird. Die lokale Initiative «Wandlitz erneuerbar» argumentiert mit der derzeit schon existierenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf dem Stadtgebiet. Der Gewinn dieser Anlagen werde derzeit jedoch von «pffiffi-

gen Unternehmen» privatisiert (Schultz 2011). Das Ziel der Initiative, die Stromproduktion in kommunaler Trägerschaft zu organisieren, spielte jedoch dort während der Verhandlungen über die Netzkonzessionen mit dem Regionalversorger E.ON edis bisher keine Rolle. Allerdings finden die Argumente Wiederhall in den Planungen zu einem lokalen Energiekonzept für die Stadt Wandlitz, das Rekommunalisierungen als politisches Ziel aufgreifen könnte (Köhler 2011).

Der Prozess zur Gründung eines kommunalen EVU war in der Gemeinde Schöneiche bereits einen Schritt weiter. Nach einer Machbarkeitsstudie und dem Auslaufen des Konzessionsvertrages konnte jedoch keine Mehrheit im Stadtrat für die Idee gewonnen werden. Die Interessenkoalition aus Politikern der Linkspartei und der Grünen erreichte jedoch nur einen Patt in der Abstimmung. Wichtigste Gegenargumente in der Stadtratsdebatte waren dabei das Wegfallen der Konzessionsabgaben und die nötigen Investitionen im Stromnetz des Ortsgebiets. In Konsequenz konnte jedoch ein für die Stadt günstigerer Konzessionsvertrag mit E.ON edis verhandelt werden. Dieser sieht ein Sonderkündigungsrecht der Gemeinde nach zehn Jahren vor. Ein kürzerer Zeitraum wurde jedoch durch den Regionalversorger blockiert (Eggers 2011).

Eine interessante Konstellation hat sich auch in der Diskussion um die Gründung von Regionalwerken in den Orten Kleinmachnow, Stahnsdorf und Teltow entwickelt. Sowohl Teltow als auch Kleinmachnow haben zur Umsetzung der bundes- und landespolitischen Klimaziele Integrierte Energie-Klimaschutzkonzepte im Stadtrat verabschiedet (Gemeinde Kleinmachnow 2010, Stadt Teltow/Ingenieurbüro für neue Energien 2009). Auch wenn im Umland der drei Kommunen bereits viele Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bestehen, ist das Verhältnis zwischen Gesamtverbrauch und EEG-Produktion in den Gemeindegebieten deutlich schlechter (Gemeinde Kleinmachnow 2010). Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion um die Gründung eines regionalen EVU eng mit der Produktion von klimafreundlichem Strom in erneuerbaren Anlagen verknüpft. Allerdings zeigt sich an diesem Beispiel, wie unterschiedliche Prioritätensetzungen zwischen verschiedenen Kommunen zu einem Hindernis für interkommunale Kooperationsprojekte im Bereich Rekommunalisierung werden können. In diesem Verfahren war die Stadt Kleinmachnow die treibende Kraft. Noch bevor der Stadtrat in Teltow eine Grundsatzentscheidung zu diesem Thema gefasst hatte, verabschiedeten die Kleinmachnower Stadtverordneten ein Interessenbekundungsverfahren zur Gründung einer Strom- und Gasnetzbetreiber-gesellschaft. Diese Entwicklung wurde in den Kontext gestellt, als nächsten Schritt ein regionales Stadtwerk zu errichten (Reichelt 2010). Die regionale Lösung wäre für die Gemeinde Kleinmachnow auch von Vorteil, weil so erneuerbarer Strom direkt aus den in den Nachbarstädten ausgewiesenen Windparks eingespeist werden könnte – in Kleinmachnow selbst sind keine solche Anlagen

geplant (Stich 2010). Stahnsdorf war zu diesem Zeitpunkt bereits nur ein perspektivischer Partner, da die Gemeinde schon den Konzessionsvertrag mit E.ON edis verlängert hatte. In Teltow hingegen behielten die Skeptiker gegenüber dem Vorhaben im Stadtrat die Mehrheit. Wieder lässt sich die Frage der Zustimmung zu einem solchen Vorhaben nicht an der Parteizugehörigkeit der Abgeordneten festmachen. Während in Kleinmachnow die SPD unter der Führung des Bürgermeisters Grubert den Prozess vorantrieb, stellten sich die Teltower Parteimitglieder gegen den Plan eines Interessenbekundungsverfahrens (Stich 2011). Wichtige Argumente für eine Wiedervergabe der Konzessionsverträge an E.ON edis waren die hohen Anfangsinvestitionen zur Gründung von Stadtwerken und zum Kauf des Netzes, die anstehenden Modernisierungskosten im Netzbetrieb und das mangelnde Fachwissen im Vergleich zum Regionalversorger (ebd.). Gegner der Rekommunalisierung argumentierten zudem mit dem derzeit ausgeglichenen Haushalt der Stadt, der nach einer Rekommunalisierung nicht mehr bestehen würde. Eine weitere Rolle spielten die Gewerbesteuer-einnahmen und die Arbeitsplätze im Kundenzentrum des Regionalversorgers in der Stadt (Reichelt 2011a). Im Ergebnis setzte sich eine Interessenkoalition aus CDU, SPD, FDP und Bürgerinitiative in Teltow gegen die Fraktionen der Linken und der Grünen durch. Im Juli 2011 vergab die Stadt Teltow die Konzession an den Regionalversorger. Es wurde jedoch ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt, falls der Konzern sein Regionalzentrum in der Stadt schließen sollte (Ludwig 2011). Die Kommune Kleinmachnow hält jedoch offiziell weiter am Vorhaben einer Stadtwerkegründung fest (Reichelt 2011b). Allerdings konnte der Zeitplan, bis zum Herbst 2011 konkrete Angebote für eine Betreiber-gesellschaft vorliegen zu haben, noch nicht umgesetzt werden. Somit ist die Gründung der Stadtwerke Kleinmachnow vorerst weiter nur ein mittel- bis langfristiges Projekt.

Im Gegensatz zu den bisher genannten Kommunen, in denen Pläne für die Gründung eines lokalen Energieversorgungsunternehmens liegt die Gemeinde Prötzel nicht im Berliner Randgebiet sondern im ländlichen Oberbarnim. Ein weiterer wichtiger Unterschied ist die mangelnde Finanzkraft der Gemeinde. So ist der Ort durch einen gescheiterten Plan, das örtliche Schloss mit einem Investor zusammen in ein Wellnesshotel zu verwandeln, mit knapp 2 Millionen Euro verschuldet. Auch die Gemeinde, die etwas über 1.000 Einwohner hat, steht unter Finanzaufsicht. Trotzdem entschied sich der Stadtrat im November 2011 für die Gründung der rein kommunalen Prötzeler Energieentwicklungsgesellschaft, die als Stromproduzent, aber auch als Versorger fungieren soll. Mit privaten Partnern zusammen soll der bereits bestehende kleine Windpark stark ausgebaut werden. Da es einen Bebauungsplan gibt, der eine Erlaubnis der Gemeinde für jedes Windkraftprojekt auf ihrem Territorium vorsieht, müssen Investoren mit der gegründeten Gesellschaft kooperieren

(Osang 2011). Von den Einnahmen aus dem Stromverkauf erhofft sich die Gemeinde, ihre Schulden abzubauen und langfristig mit der Gesellschaft die Stromversorgung im Ort zu gewährleisten (o. N. 2011d). Eine große Hürde für das Projekt ist jedoch, dass die Gemeinde keine Ausgaben für die Entwicklungsgesellschaft tätigen kann und damit die Frage, ob dieses Modell Erfolg haben wird, noch nicht beantwortet werden kann.

### **Neugründung eines Netzbetreibers durch Übernahme von Netzkonzessionen**

Bei dieser Form der Rekommunalisierung verzichtet die Stadt auf die Gründung von Stadtwerken oder einer anderen Form eines kommunalen EVU und beschränkt sich auf die Gründung einer Netzbetreibergesellschaft und den Rückkauf des Stromnetzes. In diesem Typ ist die Beteiligung von privatwirtschaftlichen Partnern sehr verbreitet. Das lässt sich wie folgt erklären: Die Städte streben einerseits nach Einfluss auf das Stromnetz in ihrem Verwaltungsgebiet. Auf der anderen Seite fehlt häufig sowohl die sofort verfügbare Finanzkraft als auch das technologische Wissen, um die Netze im Alleingang zu erwerben, zu betreiben und auch zu modernisieren. Wird ein privates Unternehmen einbezogen, kann – sofern die Stadt die Mehrheit an der Betreibergesellschaft hält – trotzdem wesentlicher politischer Einfluss bei wichtigen netzpolitischen Entscheidungen ausgeübt werden. Der Übertragungspreis wird geteilt und die Stadt kann das Wissen des Unternehmens für die Netzmodernisierung und Instandhaltung nutzen. Der klare Nachteil dieser Variante ist, dass die Durchleitungsgebühren zwischen den Anteilseignern geteilt werden und damit die Gewinne für die Kommune entsprechend geringer ausfallen.

In Brandenburg haben sich die Städte Hennigsdorf, Oranienburg und Kyritz für diesen Weg entschieden. In Blankenfelde ist dieser Versuch hingegen gescheitert. Dort wurde in einem kurzen Verfahren auf zwei Sitzungen des Hauptausschusses der Stadt einstimmig eine Verlängerung der Konzessionsverträge mit E.ON edis beschlossen. Zivilgesellschaftliche Diskussionen über den Rückkauf der Netze oder die Gründung einer Energiegenossenschaft wurden dabei in der Debatte nicht berücksichtigt (Klaerwerk 2011).

### **Brandenburger Fallbeispiele für die Neugründung eines Netzbetreibers durch Übernahme von Netzkonzessionen**

In Hennigsdorf gründeten die Stadtwerke mit dem niederländischen Netzbetreiber Alliander zusammen die Netzbetrieb Hennigsdorf GmbH. Beide Unternehmen halten je eine Hälfte der Anteile der neuen Gesellschaft. Die Stadt erhofft sich dadurch insbesondere, von den Erfahrungen des Unternehmens mit der dezentralen Einspeisung von Energie und dessen Patenten im Bereich «smart grids» zu profitieren. Das Netzgebiet der neuen Gesellschaft soll in den laufenden Konzessionsverhandlungen auch auf andere Städte und Gemein-

den ausgedehnt werden. Während dieses Vorhaben im Sommer 2011 bereits im Mühlenbecker Land Erfolg hatte, laufen die Bewerbungen für den Netzbetrieb in Birkenwerder und Hohen Neuendorf noch (Becker 2011). Mit der Kooperation zwischen den Stadtwerken Hennigsdorf und der Alliander entstand damit ein neuer regionaler Player in der Brandenburger Energieversorgung.

Mit dem Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen kann ein anderes regional bedeutsames Versorgungsunternehmen seinen Einflussbereich erweitern. Nach einer Empfehlung des Haupt- und des Finanzausschusses in Kyritz wird der Stadtrat wahrscheinlich im Februar 2012 einer Vergabe der Konzessionen an das Kooperationsunternehmen der Stadt Perleberg, des Kreises Prignitz und der Gelsenwasser AG (s. Kap. 3.1) zustimmen. Obwohl der bisherige Netzbetreiber E.ON edis die gleiche Konzessionsabgabe wie die PVU geboten haben soll, sieht die Bürgermeisterin der Stadt, Nora Görke, «ihre Wünsche und Vorgaben, die die kommunalfreundliche Ausgestaltung der Konzessionsverträge betreffen» bei der PVU besser erfüllt (zitiert in Knopf 2012). Vor allem die weitergehenden Informationsangebote der PVU waren vor dem Hintergrund einer möglichen späteren Netzübernahme durch die Stadt ausschlaggebend. Allerdings wird wegen der hohen wirtschaftlichen Risiken doch nicht wie geplant sofort eine eigene Netzgesellschaft gegründet. Damit wurde eine mögliche Rekommunalisierung auch in Kyritz in die Zukunft verschoben.

Auch die in Oranienburg inzwischen zurückgenommene Vergabe der Konzessionen an eine neue Netzbetriebgesellschaft in Kooperation mit E.ON edis ist in diesen Typus von Rekommunalisierungen einzuordnen (s. Kap. 3.1, s. u.).

### **Erhöhung des kommunalen Geschäftsanteils in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen**

Der letzte in Brandenburg zu beobachtende Typus von Rekommunalisierungen ist die Erhöhung des kommunalen Geschäftsanteils in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Das bedeutet, dass die Kommune oder der kommunale Betrieb vormals privatisierte Anteile am lokalen EVU oder der Netzbetreibergesellschaft wieder zurückkauft. Das kann entweder nach vertraglichen Vorgaben, wie zeitlich festgelegten Rückkaufoptionen, oder nach Verhandlungen zwischen den Anteilseignern und der Stadt geschehen. Der Vorteil dieser Variante ist neben einer Erhöhung der Stimmrechte auch eine erhöhte zukünftige Gewinnausschüttung. Dabei handelt es sich je nach dem verhandelten Rückkaufpreis um eine mittel- bis langfristige Investition.

In Brandenburg kam es zu dieser Form der Rekommunalisierung in Wittenberge. In Oranienburg wird derzeit ein Rückkauf der Anteile der Gelsenwasser AG an den Stadtwerken diskutiert und in den drei Gemeinden Dallgow-Döberitz, Brieselang und Wustermark ist

die Möglichkeit im Konzessionsvertrag mit Alliander vorgesehen. Mit Ausnahme Wittenberges liegen auch bei diesem Rekommunalisierungstyp alle drei Gemeinden im direkten Berliner Umland.

### **Brandenburger Fallbeispiele für die Erhöhung des kommunalen Geschäftsanteils in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen**

In den Prozess in Wittenberge war die Kommunalpolitik nur indirekt eingebunden. Hier kam die Rekommunalisierung durch den Rückzug Vattenfalls aus dem Schweriner Regionalversorger WEMAG (Westmecklenburgische Energieversorgung AG) zustande. Diesem wurden im Jahr 2000 jene 22 Prozent der Anteile an den Stadtwerken der Elbestadt übertragen, die vorher den Hamburger Elektrizitätswerken gehörten. Bei der WEMAG war Vattenfall mit ca. 80 Prozent der Anteile Mehrheitseigner. Im Zuge der Einschränkung seiner Aktivitäten im deutschen Energiemarkt in den Jahren 2009/10 trennte sich der Konzern jedoch von seinen Anteilen. Diese wurden an die ebenfalls kommunale Thüga-Gruppe und ein Konsortium von Kommunen im Netzgebiet übertragen – unter diesen auch Wittenberge (WEMAG 2010). In diesem Fall zeigt sich eine weitere interessante Facette von Rekommunalisierungsprozessen. Es handelt sich nicht um ein rein lokales Phänomen, sondern wird von einer Kooperation mehrerer Kommunen und Stadtwerke getragen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass zwar der Einfluss der großen Energiekonzerne auf die Stadtwerke Wittenberge gesunken ist, aber in Bezug auf den 22-prozentigen Geschäftsanteil der WEMAG eine Abstimmung mit den anderen kommunalen Geschäftspartnern notwendig ist.

In Oranienburg hingegen war die Kommune direkt am Rekommunalisierungsprozess beteiligt. Mitte der 2000er Jahre hatte die Stadt die Mehrheitsanteile an ihren Stadtwerken an eine Tochter der Gelsenwasser AG veräußert, um mit den Einnahmen ein Wellness- und Freizeitzentrum erhalten zu können. Das bedeute jedoch sowohl einen Rückgang der Einnahmen aus dem Betrieb der Stadtwerke als auch verminderte Chancen, politisch auf die Energieversorgung in der Stadt Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund versuchte die Stadt durch die Konzessionsvergabe an eine mit E.ON edis gemeinsam gegründete Netzgesellschaft ihren Einfluss zumindest beim Netzbetrieb wieder zu erhöhen. Dieses Modell schwächte jedoch die Stadtwerke. Es wurde vor einer «Zerschlagung der Stadtwerke» gewarnt und viele Arbeitsplätze im ehemals kommunalen Unternehmen waren in Gefahr (Hohenhaus 2011). Zur Rettung der Stadtwerke und um eine Situation zu vermeiden, dass die Stadt sich bei energiepolitischen Aktivitäten mit zwei großen Energieunternehmen auseinandersetzen muss, wurde ein anderer Weg eingeschlagen: es wurde der Rückkauf von Anteile von der Gelsenwasser AG diskutiert. In der Folge standen unterschiedliche Optionen im Raum. Dabei wurde im Stadtrat darüber gestritten, ob die Anteile der Stadt

von 24,9 auf 51 Prozent erhöht werden oder die Anteile komplett zurück erworben werden sollten. Befürworter einer teilweisen Rekommunalisierung argumentierten damit, dass die Stadt auch mit dieser organisatorischen Lösung den vollen politischen Einfluss auf das Unternehmen zurück bekommen würde, gleichzeitig könnte das Know-how des privatwirtschaftlichen Partners weiter genutzt werden. Der geringere Kaufpreis würde dabei eine größere Verschuldung der Stadt verhindern und geplante soziale sowie Bauprojekte ohne Kreditaufnahmen ermöglichen. Die Abgeordneten, die sich für einen kompletten Rückkauf stark machten, betonten dagegen die erhöhten kommunalen Einnahmen und das wegen hoher kommunaler Rücklagen günstige Zeitfenster (Brennecke 2011a). Verglichen mit den anderen betrachteten Rekommunalisierungsprozessen erscheint die parteipolitische Verteilung der beiden Lager untypisch. Die komplette «Re-Oranienburgisierung» wurde vom SPD-Bürgermeister Laesicke gegen seine eigene Fraktion verteidigt. Unterstützt wurde er dabei aus einem Bündnis aus CDU, FDP, Freien Wählern und der Linken. Die Grünen hingegen sprachen sich für eine teilweise Rekommunalisierung aus. Bei den Entscheidungen in Hauptausschuss und Stadtrat im November 2011 fand dabei die «komplette» Lösung eine Mehrheit. Daraufhin baute die Gelsenwasser AG zeitlichen Druck auf. Sie machte der Stadt ein bis zum 25. Januar 2012 befristetes Rückkaufangebot für rund 25 Millionen Euro. Um die notwendigen Gelder im gegebenen kurzen Zeitfenster verfügbar zu machen, musste der Stadtrat noch einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 verabschieden und einen kurzfristigen Kredit aufnehmen. Aber auch diese Hürde konnte in Oranienburg genommen werden. Mit 17 zu 13 Stimmen entschied sich der Stadtrat kurz vor der Weihnachtspause für den Nachtragshaushalt, der den Rückkauf aller Unternehmensanteile ermöglicht. Die Transaktion wird zu Beginn des Jahres 2013 vollzogen. Im Zuge dieser Entscheidung soll auch die Konzessionsvergabe für das Stromnetz mit E.ON edis neu verhandelt werden. Angestrebt ist eine Lösung, nach der die Netze der Kernstadt bei den Stadtwerken verbleiben, während E.ON edis weiterhin das Netz in den eingemeindeten Ortsteilen betreibt (Brennecke 2011a, 2011b). Oranienburg ist damit der zweite Fall einer kompletten Rekommunalisierung in Brandenburg.

### **Zusammenfassung**

– In Brandenburg gab es in den letzten Jahren verschiedene Bemühungen um eine Rekommunalisierung des Energiesektors. Diese reichen von Übernahmen einzelner Netzabschnitte durch lokale EVU bis zu Plänen einer Neugründung von Stadtwerken. Dabei handelt es sich jedoch nur in sehr wenigen Fällen um komplette Rekommunalisierungen ohne die Beteiligung privater Partner. Gemeinden nutzen die Kooperation mit privatwirtschaftlichen Akteuren, um die finanziellen Belastungen gering zu halten und von der fachlichen Ex-

pertise der Unternehmen zu profitieren. Welches Machtverhältnis zwischen kommunalen und privaten Akteuren in einer solchen Kooperation entsteht, hängt maßgeblich von deren vertraglicher Ausgestaltung ab.

- Die verschiedenen Rekommunalisierungen weisen einen unterschiedlichen Grad an Komplexität auf. Dieser hat jedoch einen maßgeblichen Einfluss auf die Erfolgsaussichten der Prozesse. An den Beispielen hat sich gezeigt, dass das vorherige Vorhandensein von Institutionen im Energiebereich, zum Beispiel bei der Integration von Netzen oder

des Stromsegments in bereits bestehende Stadtwerke, die Wahrscheinlichkeit für einen erfolgreichen Abschluss der Rekommunalisierung erhöht.

- Neben der Komplexität des Prozesses und dem Vorhandensein von Institutionen spielen die zeitliche Planung, die Haushaltssituation einer Kommune und der politische Wille, die Rekommunalisierung durchzusetzen, eine entscheidende Rolle. Je komplexer die geplante Rekommunalisierung, desto mehr zeitlicher Vorlauf, finanzielle Ressourcen und politische Legitimation sind für eine erfolgreiche Rekommunalisierung notwendig.

## 4 REGIONALE PLANUNGEN UND KONZEPTE DER ENERGIEWENDE

Wie in Kapitel 2.3 beschrieben, spielen nicht nur die nationalstaatliche und europäische Ebene eine entscheidende Rolle bei der Energiepolitik, sondern auch Regionen und Kommunen werden sowohl als Orte der praktischen Umsetzung der Energiewende als auch als zentrale Akteure bei der Umgestaltung des derzeitigen Energiesystems verstanden. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die derzeit bestehenden regionalen und lokalen Energiekonzepte im Land Brandenburg und zeichnet anhand von Beispielen sowohl deren Inhalte als auch deren zunehmende räumliche Verbreitung nach. Eine klare Trennung zwischen regionalen und kommunalen Konzepten erweist sich dabei als schwierig, da es durchaus auch Ansätze interkommunaler Zusammenarbeit gibt. Diese werden jedoch in diesem Kapitel wegen ihrer häufigen Fokussierung auf die städtische Ebene der kooperierenden Kommunen zu den lokalen Ansätzen gezählt. Der Abschnitt zu regionalen Konzepten behandelt daher ausschließlich die Ansätze auf der Ebene der Landkreise und Planungsregionen. Die enge Verzahnung zwischen Energie- und Klimapolitik wird dabei auf beiden Ebenen deutlich.

### 4.1 ALLES NEU IM KREIS? ENERGIEREGIONEN UND REGIONALE ENERGIEKONZEPTE

Im Zuge einer regionalen Profilbildung bezeichnet sich Brandenburg selbst als «Energiewelt» und übernahm damit den Titel des ehemaligen «Energiebezirks Cottbus» aus der DDR-Zeit (vgl. Linse et al. 2011: 99). Heute prägen sowohl das traditionelle auf dem Energieträger Braunkohle beruhende Energiesystem als auch das sich stetig entwickelnde neue System der dezentralen Energieversorgung aus erneuerbaren Trägern die Energielandschaft Brandenburgs (vgl. Kap. 2.1). Spätestens seit der Jahrtausendwende spiegelte sich die Bedeutung des Themenfeldes «Energie» in landesweiten Konzeptionen wieder (s. Abbildung 13). Derzeit wird die dritte Energiestrategie des Landes erarbeitet (vgl. A.T. Kearney 2011, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012a). Diese legt die Ziele bis zum Jahr 2030 unter anderem in folgenden Bereichen fest: Senkung des Energieverbrauchs, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, Ausbau von Netzen und Speichertechnologien, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit, Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Unterstützung von Forschung und Wissenschaft, Informationspolitik sowie Wertschöpfung und Beschäftigung (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012b). Diese Bemühungen auf der politischen Ebene wurden in den letzten Jahren durch Fachbeiträge und raumplanerische Grundlagen- und Umsetzungskonzepte unterstützt. Geht es in den politischen Konzepten vor allem um die Formulierung allgemeiner Ziele, liefern die anderen herangezogenen

Expertisen konkrete Vorschläge für Maßnahmen und Umsetzungsvorschriften zur Gestaltung der Energiewende im Land Brandenburg. Um diese Vorgaben im Land flächendeckend umzusetzen, sind im Jahr 2011 die Regionalen Planungsgemeinschaften des Landes beauftragt worden, eigene Energiekonzepte zu erstellen (s. u.). Diese Umsetzung der energiepolitischen Aktivitäten des Landes werden durch die Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB), der Wirtschaftsfördergesellschaft des Landes, und die Brandenburgische Energie-Technologie-Initiative koordiniert (Webseite Zukunftsagentur Brandenburg, Webseite Brandenburgische Energie-Technologie-Initiative).

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten auf Landesebene entwickelten viele Regionale Planungsgemeinschaften, Landkreise und Kommunen eigene Konzepte. Bei den meisten dieser Konzepte auf Kreisebene lassen sich sehr gut die zwei Ebenen einer standortbezogenen Energiekonzeption nachvollziehen. Während nach Innen versucht wurde, regionale Wertschöpfung und Beschäftigung durch erneuerbare Energien zu fördern und entsprechende Kompetenzen in Netzwerken zu bündeln, wurde nach Außen versucht, ein spezifisches regionales Profil zu kommunizieren, Alleinstellungsmerkmale zu produzieren und dadurch externe Investoren in die Regionen zu ziehen (vgl. Monstadt 2008, Kap. 2.3). Wichtig war dabei auch der Gedanke, die regional vorhandenen Ressourcen und Potentiale für erneuerbare Energien zu nutzen und auszubauen. Diese regionalen Konzepte unterscheiden sich jedoch nicht nur durch eine differierende regionale Schwerpunktsetzung, sondern auch nach den gewählten Steuerungsformen und den räumlichen Ebenen ihrer Verankerung.

Energiepolitische Prozesse auf regionaler Ebene wurden in zwölf der vierzehn Flächenkreise im Land Brandenburg entwickelt. Vor allem in den Jahren 2009 und 2010 entstanden viele dieser Konzepte und Aktivitäten. Ausgenommen von dieser Entwicklung blieben lediglich die Kreise Oberhavel und Oder-Spree. Nicht in allen Prozessen waren die Landkreise die räumliche Ebene, auf denen Aktivitäten stattfanden. So waren es im Süden und Westen des Landes die Regionalen Planungsgemeinschaften Havelland-Fläming und Lausitz-Spreewald, die entsprechende Prozesse initiierten. Eine monokausale Erklärung für diese Entwicklung liegt nicht auf der Hand. Energie- und Klimaschutzkonzepte entstanden zwar in Kreisen, die ein hohes Potential an erneuerbaren Energien – vor allem Windenergie – aufweisen, wie in der Uckermark und Potsdam-Mittelmark. Doch scheint das Entstehen solcher Konzepte und Planungen auf der Ebene der Landkreise stark von der politischen Schwerpunktsetzung und der Wahrnehmung der jeweiligen politischen Notwendigkeit abzuhängen. Da Energiekonzeptionen nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben der Kreise

gehören, haben der politische Wille und die finanziellen Möglichkeiten, Gelder für einen solchen Prozess zu beantragen und zu bewilligen, ebenso einen großen Einfluss. Im Folgenden sollen mit den Initiativen

der Landkreise Barnim und Uckermark, der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald und des Landkreises Märkisch-Oderland drei Beispiele solcher regionalen Konzepte vorgestellt werden.

Abbildung 13: Übersicht über regionale Energiekonzepte in Brandenburg



Quelle: eigene Darstellung

Eine Vorreiterrolle im Land hatten dabei die beiden Landkreise Barnim und Uckermark im Nordosten des Landes inne. Ausgehend von den beiden Kreisen entstand hier eine Kooperation, die gleichzeitig die Planungsregion Barnim-Uckermark umfasste. Mit der Regionalen Planungsstelle wurde eng zusammengearbeitet. Allerdings weist das Ende dieser Zusammenarbeit im Jahr 2008 auch auf die Schwierigkeiten einer

solchen Kooperation hin. Um die Jahrtausendwende hatten sich die beiden Landkreise in der Initiative «BARUM111» zusammengeschlossen. Deren langfristiges Ziel war es, bis zum Jahr 2060 111 Prozent der selbst benötigten Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen. Bis 2020 sollten 33 Prozent erreicht werden (BARUM111/B.A.U.M. Consult 2004). Neben diesen energiepolitischen Zielen wird den Beschäfti-

gungseffekten der Energiewende eine hohe Priorität eingeräumt. Der Anteil der Branche der erneuerbaren Energien sollte auf 40 Prozent der Arbeitsplätze und regionalen Wertschöpfung gesteigert werden (ebd.: 2004: 5). Hauptstandbeine dieser Strategie sollten Windenergie und Biomasse sein. Das im Jahr 2004 veröffentlichte Gesamtkonzept enthält neben den Zielformulierungen, eine Potentialeinschätzung der verschiedenen Energieträger und einen Katalog zu ergreifender Maßnahmen. Diese reichen von regionalen Datensammlungen, über den Aufbau eines Informations- und Wissenschaftszentrums und einer regionalen Bioenergie-wertschöpfungskette, bis zur Förderung von Anlagen der Solar- und Windenergie. Auch kommunales Energiemanagement und ein «Energie-Check für Gewerbebetriebe» werden erwähnt. Zur Umsetzung des Konzepts sollten ein Verein und eine GmbH gegründet werden (ebd.). Mit dem zuvor durch die Planungsgemeinschaft unter Mitwirkung der beiden Landkreise herausgegebenen «Regionalatlas Erneuerbare Energien» (Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim 2002) lag bereits eine zusammenfassende Analyse der Potentiale verschiedener erneuerbarer Energieträger vor. Mit der Gründung der Clusterinitiative Energieregion Nord Ost Brandenburg (ENOB) wurde zudem ein Netzwerk von circa 130 Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft gegründet, das den Aufbau einer regionalen Wertschöpfungskette zum Thema Bioenergie umsetzen sollte (Fischer et al. 2011: 10).

Im Jahr 2008 kam es zum Ende der Kooperation zwischen den beiden Landkreisen, als der Kreistag Barnim im Alleingang die eigene Energie-Initiative «ERNEUER:BAR» beschloss. Der Hintergrund dieser Entscheidung war politischer Natur. Wichtige Entscheidungsträger auf Landes- und Kreisebene präferierten eine kreisinterne Lösung, da der wirtschaftlich und infrastrukturell besser entwickelte Landkreis Barnim die eigenen CO<sub>2</sub>-Ziele leichter ohne den schwächeren Partner Uckermark erreichen könne (ebd.: 11). Kernziele des Barnimer Projekts sind, die Energieziele der Bundesregierung für das Jahr 2020 bereits im Jahr 2011 zu erreichen und den eigenen Energiebedarf bis 2020 zur Hälfte aus erneuerbaren Energien zu decken. Für die nötigen Investitionen werden jährlich 100.000 Euro durch den Kreis bereitgestellt (Kreistag Landkreis Barnim 2008). Als Grundlage des Projekts wurde ein «Stoffstrommanagement Master Plan» durch die Fachhochschule Trier erarbeitet. In diesem wurde ein Einsparpotential von 55 Prozent beim Energieverbrauch errechnet. Dieses soll durch Verhaltensänderungen, Investitionen und Synergieeffekte wie Nahwärmeversorgung und Energieverbände erreicht werden. Der verbleibende Energiebedarf soll dann aus erneuerbaren Energien gedeckt werden (Institut für angewandtes Stoffstrommanagement 2008). Die nötigen Investitionen, Förderungen für die Ansiedlung innovativer Unternehmen und das eingerichtete Regionalbüro werden zusätzlich aus einem Projekt des Bundesum-

weltministeriums gefördert. Projekte, die bisher im Rahmen der Null-Emissionsstrategie gefördert wurden sind z. B. das Null-Emissions-Kreishaus in Eberswalde und das Holzenergie-Beratungszentrum E.I.C.H.E. e. V. Zu den geförderten Unternehmen gehören unter anderem die Holzwerkstoffe Eberswalde GmbH und die Firma GRACE, ein Produzent für Elektrofahrräder, sowie diverse Photovoltaikanlagen (Fischer et al. 2011).

Ein weiteres prominentes Beispiel einer regionalen Energie-Initiative ist die Energieregion Lausitz-Spreewald. Sie umfasst die vier Landkreise Dahme-Spree, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Neiße sowie die kreisfreie Stadt Cottbus. In dieser Region, die sehr durch die Tradition des Braunkohleabbaus geprägt ist, lassen sich sehr gut die Vor- und Nachteile einer Koordination des regionalen Prozesses durch eine GmbH nachzeichnen. Als Ausgangspunkt der Entwicklung der Energieregion Lausitz-Spreewald wird der Beschluss der Vertreter der gleichnamigen Planungsregion gesehen, sich selbst als «Innovative Energieregion Lausitz-Spreewald» zu etablieren (Linse et al. 2011: 100). Bereits vorher wurde im Rahmen der Diskussion um das Leitbild der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg Energie als regionales Schwerpunktthema festgestellt (Maluszczyk 2007). Die Region verfolgte damit zwei Zielsetzungen. Nach Außen sollte ein wahrnehmbares Label für die Planungsregion im Süden Brandenburgs geschaffen werden, mit dem Energieforum Lausitz-Spreewald sollten hingegen Schlüsselakteure der Region untereinander vernetzt und Projekte angestoßen werden. Weitere Ziele waren eine bessere Kommunikation regionaler Initiativen mit höheren Planungsebenen, die Umsetzung der energiepolitischen Beschlüsse der Landes- und Bundesregierung sowie der Aufbau eines Energiekompetenzzentrums (Maluszczyk 2007). Wichtige Aktivitäten der ersten Jahre waren die Erstellung eines Energieatlas wie in der BARUM-Region (Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald o. J.), eine Vernetzung mit der rumänischen Region Centru im Zuge des KLIMZUG-Projekts «Klimawandel in den Regionen zukunftsfähig gestalten» des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie der Wettbewerb «Lausitz-Spreewald sucht den Zukunftsort» (Linse et al. 2011: 100).

Als Reaktion auf die nachlassende Dynamik bei der Konzeption neuer Projekte in der Region wurde 2009 die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH als neues Austausch- und Steuerungsinstrument geschaffen. Gesellschafter des Unternehmens sind die fünf Kreise der Planungsregion. In den Aufgaben der GmbH wird der Ansatz einer Bündelung nach innen und einer Vermarktung nach außen weitergeführt. Die wesentlichen nicht-planerischen Aktivitäten im Energiebereich wurden in die Verantwortung dieser neuen Rechtsform gelegt. Oberstes Organ der GmbH ist das Regionalforum, das sich aus Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und verschiedenen Verbänden zusammensetzt. Dieses Forum soll ein Ort des Austausches sein, «um Vorhaben für die Region zu bewerten, Im-

pulse für die weitere Entwicklung der Region zu geben und sich über den Stand der initiierten Projekte zu informieren» (Webseite Energieregion Lausitz-Spreewald). Die Landräte der teilnehmenden Landkreise sowie der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus bilden den Rat der Energieregion. Hier werden grundlegende Fragen der regionalen Entwicklung beraten und im Konsensprinzip entschieden. Die inhaltliche Arbeit der Energieregion Lausitz-Spreewald findet in fünf Fachforen zu den Themen «Infrastruktur», «Wirtschaft», «Tourismus und neue Landschaften», «Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Bildung» sowie «Klimaschutz und ländliche Entwicklung» statt. Die Vielfalt der genannten Themenbereiche macht bereits deutlich, dass es sich bei den thematischen Schwerpunkten der Energieregion Lausitz-Spreewald nicht nur um Energiefragen im engeren Sinn handelt. Tatsächlich wurde sich auch mit dem Ausbau der Bahnstrecke zwischen Cottbus und Berlin sowie mit einem Destinationsmanagementkonzept im Tourismusbereich beschäftigt. Schwerpunktthemen im engeren Energiebereich sind unter anderem die Pläne für ein Bioenergiezentrum im Hafen Königs Wusterhausen, an dem viel Biomasse umgeschlagen wird, die Planungen für Kompetenzzentren für Geoenergie und CO<sub>2</sub>-Technologien sowie Hybridkraftwerke und Energiespeichersysteme, und ein Projekt zur besseren wirtschaftlichen Nutzung der Energietrassen der Region sowie zur Energieproduktion aus Abwasser (Linse et al. 2011: 103–106).

In den Foren der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH ist ein breites Spektrum an Akteuren eingebunden. Dieses reicht von Mitarbeitern der Ministerien der Landesregierung in Potsdam über Wirtschafts- und Bauernverbände, Unternehmen, Regional- und Landesplaner, bis hin zu Vertretern der Hochschulen der Region. Damit konnte ein breites Akteursnetzwerk etabliert werden. Weiterhin ist die GmbH in der Außenpräsentation beispielsweise auf Messen sehr aktiv. Trotzdem gibt es auch Kritik an der Koordination durch das Unternehmen. Durch die Konzentration des Netzwerks auf Kreise und höhere Verwaltungsebenen sowie Akteure aus der Privatwirtschaft ist der Einfluss der Kommunen geschwächt. Aus diesem Grund weigerte sich der Landkreis Elbe-Elster zu Beginn des Prozesses, an der Energieregion teilzunehmen (Böttcher/Kompalla 2009). Kritisiert wird ebenfalls der große Einfluss der Vattenfall Europe Mining & Generation, die in der Lausitz Braunkohletagebaue und -kraftwerke betreibt, und einer der wichtigsten finanziellen Unterstützer des Projekts ist. Zudem scheint die Partizipation in den Foren der Energieregion stark an formelle Legitimation und das Vertreterprinzip gekoppelt. Damit findet sich keine der Bürgerinitiativen, die sich mit energiebezogenen Konflikten in der Region beschäftigt, unter den dauerhaften Teilnehmern der Foren der GmbH.

Durch die große Themenvielfalt bei der Arbeit in den Foren blieb bisher auch die Projektstätigkeit der GmbH hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Vor allem fehlen koordiniertes Vorgehen und Leuchtturm-

projekte (Linse et al. 2011: 108). Während die Außenpräsentation einer der Handlungsschwerpunkte des Unternehmens ist, wurde innerhalb der Region nur wenig in die Vermarktung der eigenen Aktivitäten investiert (ebd.: 107). Ein Kritikpunkt grundsätzlicher Art wird von Akteuren aus dem Spreewald hervorgebracht. Diese sehen sich wegen der naturräumlichen und touristischen Charakteristika ihrer Teilregion durch das Motto «Energieregion» nicht repräsentiert und schätzen eine Außenvermarktung unter dieser Überschrift als kontraproduktiv für ihre Interessen ein (ebd.: 108).

Ein im Vergleich dazu thematisch stark fokussiertes Projekt ist die Bioenergieregion «Märkisch-Oderland geht den Holzweg». Die Region besteht aus dem gleichnamigen Landkreis und ist 2009 im Rahmen des Wettbewerbs «Bioenergieregionen» des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz entstanden. Sie ist eine von 25 Bioenergieregionen in Deutschland. Dem Motto «Holzweg» entsprechend, ist das zentrale Thema der regionalen Initiative die Nutzung von Holz und dessen Verarbeitungsformen als Energieträger. Auch wenn der Fokus der Energieregion vor allem auf der Gewinnung von Wärme liegt, handelt es sich um ein gelungenes Beispiel einer auf Nachhaltigkeit und regionaler Verankerung beruhenden Energienutzung. Das Projekt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Produktionsstufen von Energieholz erfasst und mit wissenschaftlicher Reflexion und technologischen Modellanlagen kombiniert. Das Projekt fasst seinen Ansatz selbst wie folgt zusammen:

*«Der Landkreis Märkisch-Oderland geht den «Holzweg». In den nächsten Jahren werden in der Region Wertschöpfungsketten zur nachhaltigen Nutzung von einheimischem Holz als Energieträger aufgebaut. So werden Erdgas und Öl durch eine erneuerbare, zukunftssichere Energiequelle ersetzt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert und zugleich neue Arbeitsplätze geschaffen. Märkisch-Oderland wird zu einem Wissenszentrum für die effiziente und nachhaltige Nutzung von Holz als Energiequelle und kann mit seinen technologischen Errungenschaften, insbesondere aber auch mit seinen Netzwerkstrukturen zur Modellregion für die ganze Bundesrepublik werden» (Energiebüro Märkisch-Oderland 2009: 1).*

Bereits vor der Teilnahme am Wettbewerb haben sich Unternehmen, Land- und Forstwirte, Ingenieurbüros, Installateure, Umweltverbände sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen des Landkreises im Netzwerk «Biofestbrennstoffhof Märkisch-Oderland» zusammengeschlossen (ebd.: 6). Das hatte den Vorteil, dass viele der Akteure der Region einander bereits kannten und die Gründung eines Netzwerks nicht den Schwerpunkt der Projektarbeit darstellte. Die freien Kapazitäten konnten direkt in die Projekte der Energieregion gelenkt werden. Dieses Netzwerk koordiniert zusammen mit dem eigens eingerichteten Energiebüro Märkisch-Oderland die Projekte der Energieregion.

Um die regionale Wertschöpfung transparent zu machen, wurde im Jahr 2010 an einem Regional-Label gearbeitet (Kniesburg et al. 2011: 30–33). Die regionale Wertschöpfung wiederum soll Beschäftigungseffekte vor allem für Geringqualifizierte sowie für Ingenieure und Handwerker bewirken. In diesem Prozess wurde eng mit dem im Landkreis angesiedelten Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) sowie mit den Hochschulen in Wildau und Eberswalde zusammengearbeitet. Durch letztere wurden experimentelle Kurzumtriebsplantagen – Pflanzungen extrem schnell wachsender Gehölze – errichtet, um Innovationen beim Holzanbau zu erforschen.

Die verschiedenen regionalen Konzepte waren bisher nur lose mit der Energiestrategie des Landes verbunden. Sie bezogen sich zwar auf die Vorgaben des Landes Brandenburg in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Einsparungen und den Ausbau erneuerbarer Energien, aber es existierte keine formelle Verbindung. Außerdem waren die regionalen Konzepte bislang nicht flächendeckend vorhanden. Dies sollte durch einen landesweit koordinierten Prozess behoben werden. Im Jahr 2010 warb der Minister für Wirtschafts- und Europaangelegenheiten, Ralf Christoffers, bei fünf der Planungsregionen des Bundeslandes für die Erstellung regionaler Energiekonzepte. Aus dem RENplus-Programm (Richtlinie zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien, von Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und Versorgungssicherheit im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie des Landes Brandenburg) wurden Mittel für die Umsetzung des Vorhabens bereitgestellt. Die Planungsgemeinschaften wiederum nahmen das Angebot an und beantragten die finanzielle Unterstützung für die Erstellung der jeweiligen Konzepte. Bei der Zukunftsagentur Brandenburg wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus den Vertretern der Planungsgemeinschaften und der Landesregierung eingerichtet (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2010a). Um den einseitigen Aufbau von Kompetenzen auf der Seite des Auftragnehmers zu verhindern, soll der Prozess jeweils durch einen regionalen Energiemanager begleitet werden (Zukunftsagentur Brandenburg 2010).

Bei zu erstellenden Konzepten geht es vor allem um die Erstellung einer Datenbasis im Bereich Energie, die dann für konzeptionelle Planungen auf den unteren Ebenen eingesetzt werden können. Zur Erreichung dieses Ziels wird durch den Fördermittelgeber zentrale Inhalte der Konzepte vorgegeben (s. Tabelle 10).

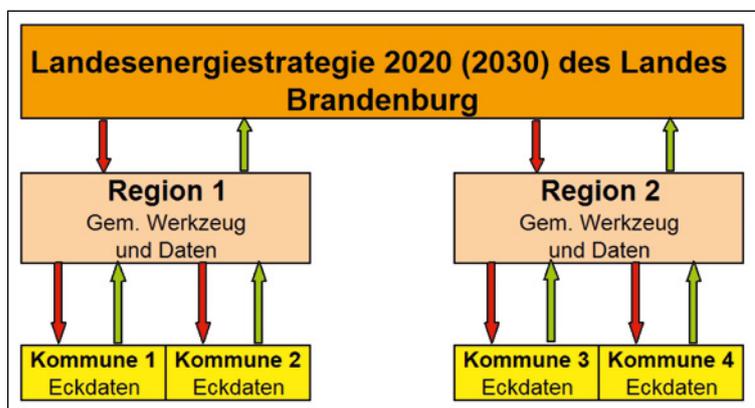
**Tabelle 10: Zentrale Vorgaben für die regionalen Energiekonzepte der Regionalen Planungsgemeinschaften**

Untersuchungsraum (kurze Darstellung der Strukturdaten)
Räumlich differenzierte Bestandsaufnahme der Energiebereitstellung und des Energieverbrauchs
CO <sub>2</sub> -Bilanzen nach Energieträgern und Verbrauchergruppen
Ermittlung der regionalen Energie- und Einsparpotentiale (darunter Potentiale für erneuerbare Energien, Veränderung der Stromnetze)
Szenarien und Leitbildentwicklung (darunter die Entwicklung eines energie- und klimapolitischen Leitbildes für die Region)
Handlungsfelder, Instrumente und Organisationsstrukturen
Öffentlichkeitsarbeit
Ergebnisdarstellung (und Bereitstellung der Daten für Landesbehörden und Kommunen)

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2010b

Um eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Konzepte zu gewährleisten, sollte methodisch einheitlich vorgegangen werden (Mixdorf/Zschau 2011). Deswegen wurden im ersten Schritt alle regionalen Konzepte an das sächsische Planungsbüro Faktor 13 vergeben. Allerdings schrieben die Planungsregionen Prignitz-Oberhavel und Havelland-Fläming die Konzepte im Jahr 2011 erneut aus (Webseiten Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel, Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming). Auch wenn der zu dieser Entscheidung führende Konflikt nicht öffentlich bekannt ist, ist absehbar, dass diese den Prozess der Erstellung verzögern und die Einheitlichkeit dieser regionalen Konzepte gefährden kann.

**Abbildung 14: Regionale Energiekonzepte – Zusammenwirken von regionaler, kommunaler und Landesebene**



Quelle: Mixdorf/Zschau 2011

In diesen Prozess sollen bereits bestehende kommunale Konzepte einbezogen und die Planungsgemeinschaften wiederum bei der Erstellung kommunaler Konzepte eingebunden werden (s. Abbildung 14, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2010: 1). Auffällig ist, dass in den Veröffentlichungen zu den Energiekonzepten der Regionalen Planungsgemeinschaften kein Bezug zu bereits bestehenden regionalen Ansätzen auf Kreisebene hergestellt wird. Damit bleibt das Verhältnis zwischen den neuen regionalen Energiekonzepten und den bereits auf Kreisebene bestehenden ungeklärt und es besteht die Gefahr der Entstehung einer Parallelstruktur.

**Zusammenfassung**

- In den letzten Jahren wurden in der Mehrzahl der Landkreise des Landes Brandenburg regionale Energiekonzepte erarbeitet. Diese unterscheiden sich in ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung nach Energieträgern, ihres räumlichen Zuschnitts und den gewählten Steuerungsformen. Der Trend zur Erstellung solcher Konzepte beschleunigte sich in den Jahren 2009 und 2010.
- Um regionale Energiekonzepte flächendeckend und einheitlich zu entwickeln, fördert das Land Brandenburg die Erstellung solcher Konzepte durch die Regionalen Planungsgemeinschaften. Mit diesen soll eine einheitliche Datenbasis geschaffen werden, die für konzeptionelle Planung auf der Ebene der Kommunen verwendet werden kann. Das Verhältnis zu bereits bestehenden regionalen Energiekonzepten bleibt jedoch ungeklärt.

**4.2 AUCH BEI UNS VOR ORT? LOKALE ENERGIE- UND KLIMASCHUTZKONZEPTE**

Neben den im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Energiekonzepten und -planungen auf der Ebene der Landkreise und Planungsregionen, hat sich auch auf der Maßstabsebene der Städte und Gemeinden eine große Dynamik entwickelt, lokale Konzeptionen zu Energie und Klimaschutz zu erstellen. Städte und Gemeinden werden dabei nicht nur als unterste administrative Ebene der Energiepolitik wahrgenommen, sondern ihnen wird als Ort, in denen sich die gegenwärtige Transformation des Energiesektors direkt vollzieht, eine besondere Bedeutung beigemessen (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011: 8f). Somit werden die Aktivitäten einzelner Kommunen zur Basis bei der Umsetzung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele höherer Politikebenen, etwa des Bundes oder des Landes Brandenburg. In ihnen können vor Ort Daten über Emissionen und Energieverbrauch erhoben werden, die dann in Energiekonzepten von Regionen und Bundesländern aggregiert werden. Durch die größere Nähe zu privatwirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und anderen Akteuren vor Ort können diese einerseits direkt in den Prozess einer lokalen Energiepolitik einbezogen werden. Andererseits können lokale Konzepte und energiepolitische

Prozesse auf lokaler Ebene direkt auf die verschiedenen Konstellationen, Interessen und Bedürfnisse dieser Akteure reagieren. Städte und Gemeinden sind jedoch wegen ihrer häufig prekären Haushaltssituation bei der Erstellung von Energiekonzepten und der Etablierung lokaler energiepolitischer Prozesse auf Fördermittel höherer Politikebenen angewiesen, zumal Energie- und Klimaschutzpolitik nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehören.

In den meisten Fällen orientieren sich die lokalen Konzepte daher inhaltlich an den Vorgaben der Förderprogramme des Bundes und des Landes Brandenburgs. Infolgedessen spielt die Formulierung von Alleinstellungsmerkmalen, die zur Stärkung des eigenen Profils und zur Anwerbung von Investoren nach Außen kommuniziert werden, eine weitaus geringere Rolle als bei regionalen Energiekonzepten. Trotzdem existiert eine große Bandbreite energiepolitischer Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene (s. Tabelle 11).

**Tabelle 11: Mögliche Handlungsfelder kommunaler Energie- und Klimaschutzkonzepte**

Ausbau eines Umweltmanagements für kleine und mittlere Unternehmen
Ausbau des ÖPNV
Energieeffiziente Stadtbeleuchtung
Abwärmennutzung aus Abwasser oder Industrieanlagen
Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
Energetische Nutzung von Biomasse
Nutzung von Geothermie
Ausbau von Solarthermie und/oder Photovoltaik
Ausbau von Windkraft
Energetische Gebäudesanierung und Neubauplanung
Abfallvermeidung/nachhaltige Abfallverwertung
Klimaschutz-Bildung in Schulen und Hochschulen
Energieberatung/Öffentlichkeitsarbeit
Berücksichtigung von Klimaschutz in der Bauleitplanung
Umweltfreundliche Beschaffung im öffentlichen Dienst
Energetische Optimierung kommunaler Liegenschaften
Kommunales Energiemanagement für städtische Einrichtungen
Aufbau einer Klimaschutzleitstelle

Quelle: Webseite Klimaplatzform

Lokale Energiekonzepte werden aus unterschiedlichen Programmen gefördert. Dadurch ist in Brandenburg eine etwas unübersichtliche Situation entstanden. Dieses Kapitel stellt den Versuch dar, einen ersten Überblick über die Vielfalt der bestehenden und sich derzeit

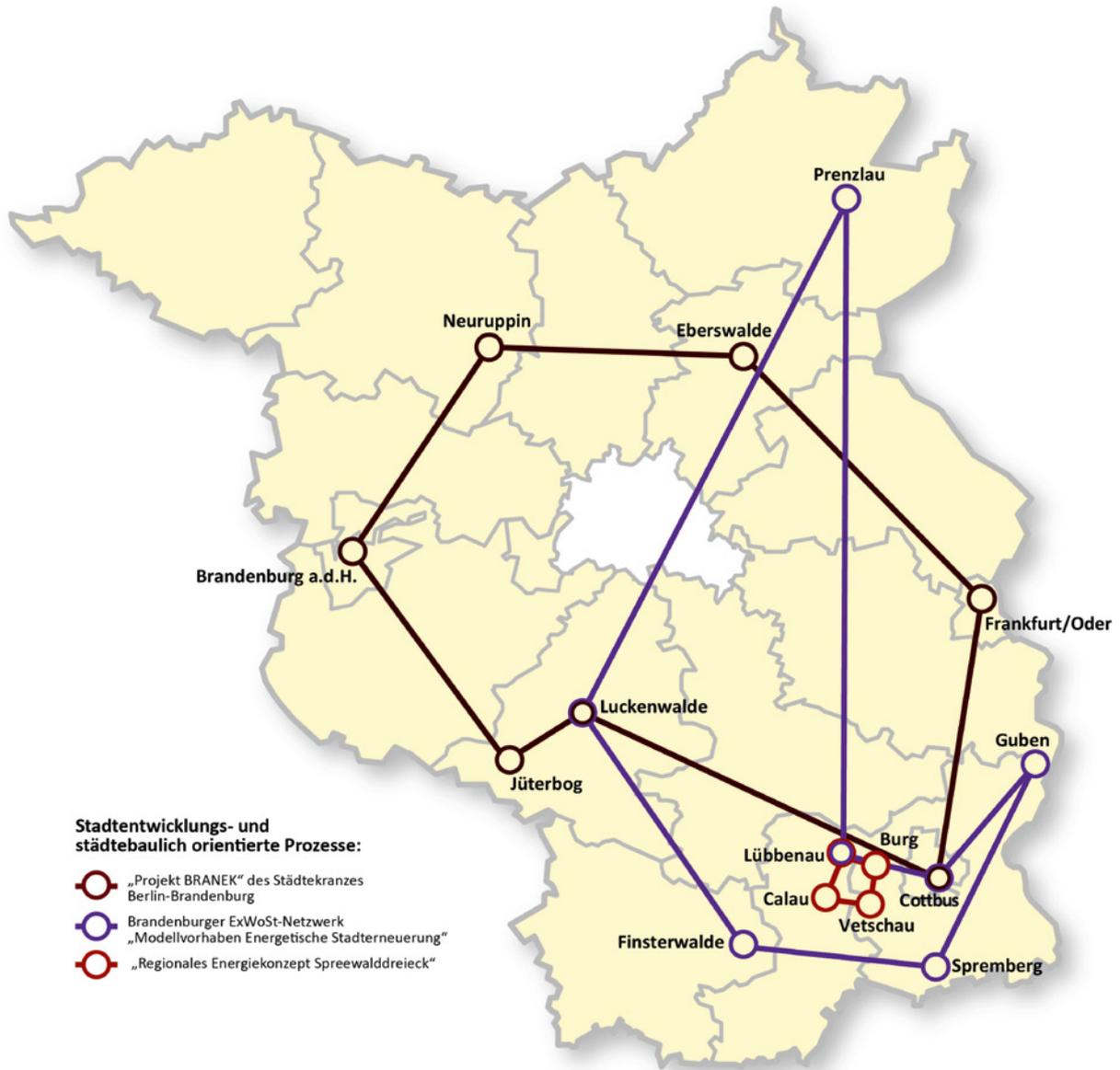
im Prozess befindenden lokalen Initiativen und Konzepten zu geben. Dabei wird eine Typologie verwendet, die sich nach den Förderquellen für lokale Energie- und Klimaschutzkonzepte richtet. So werden stadtentwicklungs- und städtebaulich orientierte Prozesse, die aus der Bundesinitiative «Nationale Stadtentwicklungspolitik» des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklungspolitik finanziert werden, von den übrigen lokalen Energie- und Klimaschutzkonzepten abgegrenzt. Die Förderprogramme des Landes Brandenburg spielen bei lokalen Energiekonzepten nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn das RENplus-Programm auch die Möglichkeit von einer Förderung von lokalen Konzepten vorsieht. Diese Typologisierung hat dabei eher provisorischen Charakter. Zwar nehmen bei den Projekten der «Nationalen Stadtentwicklungspolitik» städtebauliche Zielstellungen eine Hauptrolle ein, während bei anderen Konzepten Monitoringfunktionen im Vordergrund stehen können. Trotzdem sind zwischen den jeweiligen Typen lokaler Energie- und Klimaschutzkonzepte große Überschneidungen möglich. In diesem Kapitel werden weiterhin auch Fälle betrachtet, in denen nicht nur auf der Ebene einer Kommune gearbeitet wird, sondern in Kooperationsprojekten mit anderen Kommunen Energie- und Klimaschutzkonzepte erstellt und in Modellprojekten zusammengearbeitet wird. Zudem werden mit der Bioenergieregion Ludwigsfelde, der «Stadt der erneuerbaren Energien» Prenzlau und der «energieautarken Gemeinde» Feldheim ausgewählte Beispiele lokaler energiepolitischer Konzepte und deren Realisierung vorgestellt.

Lokale Energie- und Klimaschutzkonzepte existieren mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg. In knapp 30 Kommunen des Landes bestehen bereits solche Konzepte oder werden derzeit erarbeitet (s. Abbildungen 15 und 16). Hinzu kommen acht interkommunale Kooperationsprojekte, so dass von einer flächendeckenden Verbreitung lokaler Konzepte gesprochen werden kann. Auffällig ist eine Häufung lokaler in der Lausitz, am Berliner Ostrand, sowie in den Kreisen Oberhavel und Teltow-Fläming. Im Kreis Oberhavel sind die Kommunen das durch Fehlen regionaler Aktivitäten auf Kreisebene der Hauptträger von Energie- und Klimaschutzkonzepten. Das Zusammenwirken der verschiedenen Planungsebenen dürfte auch die Erklärung sein, warum in den Kreisen Havel- und Potsdam-Mittelmark sowie Uckermark und

Barnim vergleichsweise wenige lokale Konzeptionen bestehen. Hier haben sich Regionale Planungsgemeinschaften beziehungsweise die Landkreise sehr aktiv bei der Entwicklung regionaler Konzepte gezeigt (vgl. Kap. 4.1). Vor diesem Hintergrund wirkt wiederum die große Anzahl von lokalen Energiekonzepten in der Lausitz überraschend. Schließlich finden hier mit den Aktivitäten der Energieregion Spreewald-Lausitz GmbH ebenso regionale Aktivitäten statt.

Wichtige Projekte, die im Bereich Stadtentwicklung und Städtebau verankert sind, sind die Kooperationen der Kommunen Burg (Spreewald), Calau, Lübbenau (Spreewald) und Vetschau (Spreewald) im Energiekonzept Spreewalddreieck sowie das Projekt Brandenburger Städtenetzwerk Energieeffiziente Stadt und Klimaschutz (BraNEK), in dem die Städte Brandenburg (Havel), Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Jüterbog, Luckenwalde und Neuruppin zusammenarbeiten. Ziel des Vorhabens ist es, zwischen den teilnehmenden Städten eine dauerhafte Kommunikation zu den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz und damit einen interkommunalen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen (Basler+Partner 2011). Ebenso zu erwähnen ist das Netzwerk das im Modellvorhaben Energetische Stadterneuerung im Rahmen des ExWoSt-Programms (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) entstanden ist. Die Städte Cottbus, Finsterwalde, Guben, Lübbenau (Spreewald), Luckenwalde, Prenzlau, Spremberg und Vetschau nahmen an diesem Modellvorhaben teil und realisierten Projekte wie die energetische Modernisierung von Schulen, ein nachhaltiges Wärmenetz (Guben) oder den «Masterplan Energie 2021» in Lübbenau (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011). Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat zudem in den Jahren 2009 und 2010 an Hand von Fallbeispielen zwei Gutachten erstellen lassen, die sich mit energiepolitischen Handlungsansätzen in Großwohnsiedlungen und gemischten innerstädtischen Quartieren beschäftigen. Interessant bei diesen Gutachten ist die Betonung eines integrierten Ansatzes für energiepolitische Maßnahmen, der durch den schrumpfenden finanziellen Spielraum der Brandenburger Kommunen und die Prozesse des demographischen Wandels alternativlos erscheint (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft/BBP Bauconsulting GmbH 2010, Institut für neue Industriekultur INIK GmbH 2010).

Abbildung 15: Lokale Energiekonzepte in Brandenburg:  
Stadtentwicklungs- und städtebaulich orientierte Prozesse



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 16: Lokale Energiekonzepte:  
ausgewählte lokale Beispiele im Land Brandenburg



Quelle: eigene Darstellung

Die aktuelle Ausweitung von Fördermöglichkeiten für kommunale Energie- und Klimaschutzkonzepte, insbesondere im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundes, hat in Brandenburg zu einem starken Anstieg in der Fallzahl solcher Projekte geführt. Allein aus dieser Initiative werden derzeit 13 kommunale Klimaschutzkonzepte in Brandenburg gefördert. Hinzu kommen hier nicht erfasste Klimaschutzteilkonzepte für Maßnahmen in kleineren Städten.

Im Landkreis Oberhavel werden durch diese Bundesinitiative auch interkommunale Klimaschutzkonzepte für die Gemeinden Hennigsdorf, Oranienburg und Velten sowie Fürstenberg, Gransee und Zehdenick gefördert (Webseite Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit). Ähnlich wie bei den regionalen Energiekonzepten im Rahmen des RENplus-Programms (s. Kapitel 4.1) sind die Inhalte der in diesem Projekt geförderten Energie- und Klimaschutzkonzepte durch den Fördermittelgeber festgelegt (s. Tabelle 12).

**Tabelle 12: Inhalte kommunaler Klimaschutzkonzepte der Klimainitiative des Bundes**

Energie- und CO <sub>2</sub> -Bilanz
Potenzialanalyse (Energieeinsparungen und Effizienzpotentiale)
Akteursbeteiligung (Einbeziehung von Verwaltung, Investoren, Energieversorgern, Interessenverbände, Umweltverbände und Bevölkerung)
Maßnahmenkatalog (bereits durchgeführte sowie mögliche Maßnahmen im Bereich Klimaschutz)
Controlling-Konzept (Energieverbrauch, CO <sub>2</sub> -Emissionen und Wirksamkeit der Maßnahmen)
Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2011

Jenseits der bereits angesprochenen Konzepte und Programme gibt es in Brandenburg einzelne Beispiele einer bewussten kommunalen Profilierung von Orten und Gemeinden als Standorte erneuerbarer Energien. Als Beispiele für diese Entwicklung sollen hier die «Bioenergieregion Ludwigsfelde», die «Stadt der erneuerbaren Energien» Prenzlau, die «energieautarke Gemeinde» Feldheim kurz vorgestellt werden. In allen drei Orten handelt es sich um spezifische lokale Entwicklungen, die durch das zielgerichtete Engagement lokaler Akteure ermöglicht wurden. Häufig hängen diese Entwicklungen von besonders engagierten Einzelakteuren ab, wie zum Beispiel Einzelpersonen, die Institutionen vertreten, oder regional engagierten Unternehmen. Keppler et al. sprechen in diesem Zusammenhang von regionalen Pionieren, «die sich stark für erneuerbare Energien einsetzen und entsprechende Aktivitäten initiieren. Diese regionalen Pioniere (Zugpferde, Vorreiter/Vorreiterinnen) zeichnen sich dadurch aus, dass sie Ideen haben und Willens sowie in der Lage sind, diese auch umzusetzen» (Keppler et al. 2008: 22 f.). Vergleichbare Prozesse haben auch in anderen Gemeinden des Landes stattgefunden. Dies wären zum Beispiel der Windpark Schlalach, in dem sich die Anwohner des Ortes die Pachteinnahmen des Windparks teilen, der Solarpark Turnow-Preilack, der die Dekontaminierung einer großen Fläche von militärischen Altlasten zu Folge hatte, und das Bioenergie-dorf Kerkow, in dem eine lokale Selbstversorgung aus erneuerbaren Energien angestrebt wird.

#### Die «Bioenergieregion» Ludwigsfelde

Dass die Bioenergieregion Ludwigsfelde im Kapitel zu kommunalen Energieinitiativen aufgeführt wird, mag auf den ersten Blick missverständlich erscheinen, doch umfasst das Gebiet des Projekts vor allem das Territorium der Stadt Ludwigsfelde (Bioenergieregion Ludwigsfelde 2009: 4). Wie der Landkreis Märkisch-Oderland nahm die Stadt am Wettbewerb «Bioenergieregionen» des Bundesumweltministeriums im Jahr

2008 teil (vgl. Kap. 4.1). Hauptziel des Projekts ist die Ablösung fossiler Brennstoffe durch lokale erzeugte Energie aus Biomasse und anderen erneuerbaren Energieträgern (Jähne et al. 2011). Dieses Ziel ist bemerkenswert, da die Kernstadt Ludwigsfelde ein Industriestandort ist, an dem auch nach der Wende 1989/90 die Tradition des Automobilbaus fortgeführt wurde. Gleichzeitig gehören durch Eingemeindungen landwirtschaftlich geprägte Ortsteile mittlerweile ebenso zum Stadtgebiet. Trotzdem ist die Nutzfläche für konventionelle Landwirtschaft in der Region gering (Bioenergieregion 2009). Das im Rahmen des Prozesses der Bioenergieregion erarbeitete Regionale Entwicklungskonzept sticht dadurch hervor, dass innovative Maßnahmen entwickelt wurden, welche die räumlichen Gegebenheiten des Stadtgebiets direkt einbeziehen. So soll ein regionales Biogasnetz aufgebaut und im Netz der Stadtwerke fossiles Erdgas durch Biogas ersetzt werden. Biomasse soll aus der Anpflanzung von Energiepflanzen auf nicht mehr genutzten Rieselfeldern im Norden der Stadt und durch die Nutzung von Bioabfall und Klärschlamm gewonnen werden. Ein weiteres Projekt ist die Gewinnung von Dünger aus Biomasse im Verfahren der hydrothermalen Karbonisierung (ebd.). Die Entwicklung der Bioenergieregion wurde durch ein Netzwerk bestehend aus Landwirten, den Stadtwerken und dem Wasserver- und Abwasserentsorgungsverband, dem Kraftwerksbetreiber ENRO Ludwigsfelde, Industrieunternehmen sowie von Großabnehmern wie Mercedes Benz und der Kristall Sauna-Therme Ludwigsfelde getragen (ebd.). Die Öffentlichkeit sollte durch eine «Ecotainment»-Kampagne mit dem Prozess der Bioenergieregion vertraut gemacht werden, eine geplante Haushaltsbefragung konnte jedoch nicht durchgeführt werden (Jähne et al. 2011: 78).

#### Prenzlau – «Stadt der erneuerbaren Energien»

In der Diskussion um die lokale Umsetzung der Energiewende im Land Brandenburg ist die Stadt Prenzlau eines der prominentesten Beispiele. Tatsächlich hat sich die Stadt in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Standort erneuerbarer Energien entwickelt. Zum einen haben sich mit dem Windstromerzeuger ENERTRAG und dem Solarmodulproduzenten aleo solar zwei international tätige Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien in Prenzlau angesiedelt. Neben einem Windpark mit einem Potential von knapp 50 MW bestehen im Stadtgebiet mehrere Biogasanlagen, von denen die größte Anlage 2 MW elektrische Leistung und 1,6 MW thermische Leistung aufbringt (Busch 2010: 20). Geplant ist, die Wärme, die im Sommer nicht abgenommen werden kann, in einem unterirdischen Grundwasserspeicher für den Winter zu erhalten (Kommunal Erneuerbar 2009). Die Stadtwerke betreiben zusätzlich eine geothermische Wärmeerzeugungsanlage, deren Ursprünge auf Versuche mit dieser Energiequelle zu DDR-Zeiten zurückgehen, sowie mehrere Solaranlagen (Busch 2010: 23). Überre-

gionale Bekanntheit als Energiestandort hat Prenzlau zudem durch ein durch ENERTRAG in Kooperation mit den Konzernen Vattenfall und Total errichtetes Hybridkraftwerk erlangt. In dieser Pilotanlage wird durch Windstrom CO<sub>2</sub>-freier Wasserstoff erzeugt, der an windarmen Tagen in einem Biogaskraftwerk Wärme und Strom produzieren soll. So soll Windenergie gespeichert werden (ENERTRAG 2011). Der Wasserstoff wird außerdem als Biogas im Rahmen einer Kooperation mit dem Hamburger Stromanbieter Greenpeace Energy in das Netz eingespeist und als Kraftstoff an den Tankstellen des französischen Konzerns Total verkauft (ENERTRAG 2011, 2012). Das starke Prenzlauer Cluster im Bereich erneuerbare Energien hat auch direkte Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Derzeit arbeiten in Prenzlau rund 1.000 Menschen in der Branche der erneuerbaren Energien (Stadt Prenzlau 2011).

Die Stadt Prenzlau hat die Bezeichnung «Stadt der erneuerbaren Energien» als einen der Eckpunkte ihres Leitbildes verankert. Das Ziel ist, den Energiebedarf der Stadt bis 2020 komplett aus heimischen und erneuerbaren Energien zu decken (ebd.). Dieses Leitbild wird unter anderem in einer kommunalen Förderung für privat errichtete Photovoltaik- und Solarthermeanlagen sowie in Veranstaltungen wie der «Prenzlauer Energiemesse» und der «Langen Nacht der erneuerbaren Energien» umgesetzt. Ein Konzept für Freiflächenanlagen soll noch erarbeitet werden (ebd.). Verfolgt man jedoch die Entwicklung der Stadt als Standort erneuerbarer Energien, fällt die große Rolle der bereits erwähnten Unternehmen auf. So legten vor allem die Gründung von ENERTRAG Anfang der 1990er und die Ansiedlung von aleo solar im Jahr 2001 den Grundstein für die spätere Entwicklung. Beide Firmen wurden von Unternehmern gegründet, die aus der Region Uckermark stammen (Busch 2010: 23). Das ist ein Hinweis auf die große Bedeutung von einzelnen Akteuren und Personen für die Entwicklung Prenzlaus. Neben den genannten Unternehmern und dem Bürgermeister der Stadt wird der Chef der Stadtwerke als weiterer Schlüsselakteur genannt. Er schaffte ein Betriebsklima, das unkonventionelle Lösungen und Innovationen im Bereich erneuerbarer Energien begünstigte (ebd.). So besteht in der Stadt ein enges Netzwerk von Schlüsselpersonen, aber kein formalisierter Austausch zwischen diesen (Bürgermeister Sommer in Busch 2010: 24). Während die Unternehmen ihrem jeweiligen Kerngeschäft nachgehen, übernimmt die Stadtverwaltung dabei die Funktion eines Informationsvermittlers und Moderators. Sie sammelt Informationen über die Vorgänge in der Stadt und gibt sie bei Bedarf, z. B. zur Akquise von Fördermitteln oder bei Genehmigungsverfahren, an die höheren Verwaltungsebenen weiter. So pflegt der Bürgermeister auch seine Kontakte zur Landesregierung (Busch 2010: 23). Die Stadtverwaltung versucht ebenso einen Dialog mit Bürgerinitiativen zu etablieren, die sich gegen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien – vor allem der Windkraft in der Uckermark wehren (vgl. Kap. 5.2).

### Die «Energieautarke Gemeinde» Feldheim

Mindestens ebenso bekannt wie die Stadt Prenzlau ist das Dorf Feldheim, das zur Stadt Treuenbrietzen im Kreis Potsdam-Mittelmark gehört. Das Dorf mit 150 Einwohnern ist die erste «energieautarke Gemeinde» Deutschlands (Backofen 2011). Das bedeutet, dass der gesamte Bedarf an elektrischer und Wärmeenergie vor Ort aus erneuerbaren Quellen produziert wird. Damit gilt der Ort als «das energiepolitische Schaufenster Brandenburgs» (Webseite Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten). Um das Dorf herum stehen 43 Windkraftanlagen mit einem Leistungspotential von 74,1 MW, eine Biogasanlage mit einer elektrischen Leistung von 500 kW sowie ein Hackschnitzelheizkraftwerk. Die Biomasse wird direkt von der örtlichen Agrargenossenschaft geliefert. Darüber hinaus ist im Ort ein lokales Nahwärme- und Stromnetz installiert. Der Aufbau eines Batteriespeichers für Strom ist geplant (ebd.). Die Energie aus den lokalen Anlagen versorgt die Privathaushalte und Wirtschaftseinrichtungen – die Agrargenossenschaft und ein Werk zur Herstellung von beweglichen Trägern für Freiflächenanlagen – des Ortes komplett.

Betrachtet man die Entwicklung, die zum Status Feldheims als energieautarke Gemeinde führte, wird wiederum die Bedeutung von Schlüsselakteuren und der Kooperation zwischen einem Akteur aus der Privatwirtschaft und der lokalen Verwaltung und Politik deutlich. Im Zentrum der Entwicklungen steht dabei die Energiequelle GmbH, ein Windkraftunternehmen mit Sitz in Zossen südlich von Berlin. Diese Firma installierte 1998 die ersten Windkraftanlagen im Ort (Backofen 2011). Die Standortwahl erfolgte dabei eher zufällig. Der Geschäftsführer der Firma Energiequelle hat in der ersten Hälfte der 1990er noch als Student Standorte für mögliche Windkraftanlagen erkundet und hat sich dann aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen für Feldheim entschieden (Frohwitter/Kappert 2011). Der Installation der Anlagen ist dann ein langer Überzeugungsprozess vorausgegangen. Während die damalige Ortsvorsteherin dem Projekt aufgeschlossen gegenüberstand, gab es zunächst Widerstände seitens der Agrargenossenschaft (ebd.). Durch einen Wechsel des Vorsitzenden der Genossenschaft konnten diese dann behoben werden.

Das Besondere am Fall Feldheim ist jedoch, dass Einwohner der kleinen Gemeinde direkt an den Entwicklungen beteiligt wurden. Die Idee war neu, die Einwohner Feldheims direkt über die im Ort installierten Windturbinen mit Strom zu versorgen. Dies führte zu einem Konflikt mit dem Regionalversorger E.ON edis, der die Gemeinde als Versorgungsgebiet nicht aufgeben wollte. Das Unternehmen weigerte sich, den Windstrom in seine Leitungen einzuspeisen, so dass in Feldheim ein lokales Stromnetz aus Eigenmitteln installiert wurde (ebd.). Gleichzeitig wurde das lokale Wärmenetz errichtet. Diese Investitionen wurden über die Feldheim GmbH & Co KG abgewickelt. An dieser Gesellschaft sind die Energiequelle GmbH, die Stadt Treu-

enbrietzen sowie bis auf eine Ausnahme alle Hauseigentümer in Feldheim beteiligt. Die Anwohner zahlten für den Anschluss an das Strom- bzw. Nahwärmenetz jeweils 1.500 Euro und wurden so zu Gesellschaftern des Unternehmens (Backofen 2011). Dabei gehört der Großteil der Energieerzeugungsanlagen der Energiequelle GmbH. Die einzigen Ausnahmen sind ein Biomassekraftwerk, dass in Kooperation mit der Agrargesellschaft betrieben wird und ein Bürgerwindrad, dass in Besitz der Feldheim GmbH & Co KG ist.

Der Prozess hin zur energieautarken Gemeinde entwickelte sich dabei ohne eine Gesamtkonzeption im Sinne eines Energiekonzepts. Eher inkrementalistisch reihten sich die einzelnen Entwicklungsschritte als Antworten auf aufkommende Probleme aneinander. Weder die Stadt noch der Investor hatten eine genaue Vision für die weiteren Maßnahmen. Der für den Ort verantwortliche Ingenieur der Energiequelle GmbH, Werner Frohwitter, bezeichnete den Prozess selbst als «organisch» (Busch 2010: 26). Trotzdem arbeitete der Investor eng mit der Stadt Treuenbrietzen zusammen. So wurden die einzelnen Entwicklungsetappen, wie die Einrichtung eines lokalen Netzes, miteinander abgestimmt (ebd.). Durch das große Echo seitens der Medien und der Landesregierung plant die Stadt Treuenbrietzen jetzt jedoch den Bereich Energie als Kernthema ihrer weiteren Entwicklung auch konzeptionell zu erfassen (Busch 2010: 27).

### Zusammenfassung

- In vielen Brandenburger Städten und Gemeinden bestehen lokale Energie- oder Klimaschutzkonzepte bzw. befinden sich im Prozess der Entste-

hung. Obwohl Kommunen als Umsetzungsebene der energiepolitischen Ziele höherer Verwaltungseinheiten gelten, sind Energie- und Klimapolitik keine Pflichtaufgabe der Gemeinden. Daher hängt die Erstellung lokaler energiepolitischer Konzeptionen in hohem Maße vom politischen Willen in den Stadt- und Gemeinderäten sowie von möglichen Förderprogrammen für eine Konzepterstellung ab.

- Die Ausweitung der Fördermöglichkeiten, vor allem durch die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums, hat zu einer starken Verbreitung lokaler Energie- und Klimaschutzkonzepte geführt. Da die Inhalte der Konzepte durch Förderrichtlinien stark vorgegeben sind, steht dabei jedoch im Gegensatz zu regionalen Konzepten nicht die Betonung von Alleinstellungsmerkmalen im Vordergrund. Die wichtigsten Förderquellen für lokale Programme im Bereich Energie- und Klimaschutz sind städtebauliche und stadtentwicklungsorientierte sowie umweltpolitische Programme. Stehen bei ersteren konkrete Projekte im Vordergrund, erfüllen Konzepte, die aus der zweiten Quelle gefördert werden, vor allem Monitoringfunktionen.
- In Brandenburg existieren überregional bekannte Beispiele für die lokale Nutzung erneuerbarer Energien. Neben den nötigen Potentialen an erneuerbaren Energieträgern wurde die Entwicklung in diesen Orten vor allem durch Schlüsselakteure («regionale Pioniere») bestimmt. In den Fällen Prenzlau und Feldheim spielten dabei Investoren aus dem Bereich der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle.

## 5 ENERGIEWENDE UND ZIVILGESELLSCHAFT IN BRANDENBURG

Nachdem sich Kapitel 3 mit den wirtschaftlichen Akteuren im Brandenburger Energiesektor und Kapitel 4 mit politischen Planungen und Konzeptionen auf regionaler wie lokaler Ebene beschäftigt hat, soll dieses Kapitel nun eine dritte Akteursgruppe beleuchten: die Zivilgesellschaft. Darunter stehen für den Zweck dieser Studie ganz allgemein die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg. Diese können sich in Vereinen und Bürgerinitiativen organisieren, und damit für eine Studie wie diese sichtbar werden, aber auch Einstellungen vertreten, die nur schlaglichtartig in anonymen, aber repräsentativen Umfragen erfasst wird. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung stellt dabei eine der größten Herausforderungen für die Gestaltung der Energiewende dar.

Gerade die in Brandenburg häufig auftretenden energiebezogenen Konflikte, sei es in Bezug auf die Tagebaue in der Lausitz oder die Errichtung von Windenergieanlagen in der Uckermark, haben dazu geführt, dass die Bürger auch von der Politik als Akteur im derzeitigen Umbruch des Energiesystem im Bundesland stärker wahrgenommen werden. So gilt das Ziel der «Akzeptanz und Beteiligung» neben Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit als Teil des energiepolitischen Vierecks des Landes Brandenburg (A.T. Kearney/Decision Institute 2011, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012b). Diesen beiden Begriffen wohnt jedoch ein Spannungsverhältnis inne. Die Begriffe Partizipation und Akzeptanz sind nicht deckungsgleich. Zwar sind beide Begriffe in ihrer politischen Verwendung an die Interessen derer, die sie aussprechen, gebunden. Doch während Partizipation in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung «als Beteiligung von Akteuren an (im weitesten Sinne) politischen Entscheidungen sowie Beteiligung im Sinne unterschiedlichen bürgerschaftlichen Engagements für eine Energiewende» (Walk et al. 2011: 58) begriffen wird, suggeriert der Begriff Akzeptanz den «Bürger als Betroffenen», der nur dann ein Akteur wird, wenn er mit geplanten Projekten und Anlagen nicht einverstanden ist (Keppler et al. 2008: 57). Walk et al. (2011) kritisieren an dieser Auffassung zu Recht, dass diese den Erkenntnissen einer differenzierten Akzeptanzforschung nicht gerecht wird. So bezieht zum Beispiel das Modell des BMU-Netzwerks «Querschnittsforschung im Bereich erneuerbare Energien» das Handeln von Bürgern in seine Analyse ein und erweitert damit den Akzeptanzbegriff um eine aktive Komponente (s. Abbildung 17).

**Abbildung 17: Akzeptanzmodell des BMU-Netzwerks «Querschnittsforschung im Bereich erneuerbare Energien»**

Handlung/ Bewertung	Passiv	Aktiv
Positiv	Befürwortung	Aktive Unterstützung/ Engagement
Negativ	Duldung/ Ablehnung	Widerstand

Quelle: Walk et al. 2011: 60, vereinfachte Darstellung

Wie in den vorangegangenen Kapiteln, wird im Folgenden auf der Basis von bereits vorliegenden Studien und Erhebungen und einer porträtartigen Vorstellung einzelner Beispiele ein Überblick über Aktivitäten der «Brandenburger Zivilgesellschaft» zum Thema Energie gegeben werden. Es erfolgt dabei eine Konzentration auf im Land bestehende Konflikte, auch wenn hier die Gefahr einer Verengung des Blickfelds besteht. Mit dieser Perspektive trägt dieses Kapitel jedoch der Warnung Walkers (1995) Rechnung, dass bei einer Betrachtung der Öffentlichkeit in Meinungsfragen allzu oft der Blick für «lokale und akteursspezifische Besonderheiten und Konfliktlinien» verschleiert werde (Keppler et al. 2008: 12). Entsprechend den verschiedenen Entwicklungspfaden, die die Energielandschaft in Brandenburg bestimmen (vgl. Kap. 2.1), werden dabei erstens Konflikte um den Abbau, die Verstromung und die Folgeprodukte des fossilen Energieträgers Braunkohle beleuchtet. Das zweite Unterkapitel widmet sich der Akzeptanz erneuerbarer Energien in Brandenburg, um dann drittens den Bereich der aktiven Unterstützung anhand von Energiegenossenschaften und anderen Modellen von Bürgerbeteiligung zu diskutieren.

### 5.1 GEHT ES NICHT ANDERS? KONFLIKTE UM FOSSILE ENERGIETRÄGER

Wenn in Brandenburg über fossile Energieträger gesprochen und gestritten wird, dann geht es in den meisten Fällen nicht um die im Land bestehenden Erdgaskraftwerke oder Benzin als Kraftstoff für Automobile, sondern um die Zukunft der Braunkohle im Lausitzer Revier. In diesem sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen liegendem Gebiet, wird seit 1924 in Tagebauen Braunkohle gefördert. In der DDR galt das Gebiet, das zum Großteil im Bezirk Cottbus lag, als «Energiezentrum der DDR» (Landesamt für Bauen und Verkehr 2006: 113). Um die Lagerstätten in der Lausitz wurde eine Infrastruktur mit Großkraftwerken wie Schwarze Pumpe, Boxberg und Jänschwalde aufgebaut, die eine fast komplette Verstromung der abgebauten Kohle vor Ort ermöglichten (Keppler et al. 2008: 18). Um die Rohstoffautarkie der DDR zu fördern, wurde in den Tagebauen des Lausitzer Reviers im Mehrschichtbe-

trieb «äußerst aggressiv» Braunkohle gefördert (Gatzweiler/Heusgen 1994: 4). So wurden allein im Jahr 1988 310 Millionen Tonnen Braunkohle in 17 Tagebauen gefördert. Insgesamt konnte mit der in der Lausitz gewonnenen Braunkohle 70 Prozent des Primärenergieaufkommens der DDR gewonnen werden, die Energiewirtschaft sicherte 60.000 Menschen einen Arbeitsplatz in der Region (Keppler et al. 2008: 17). Diese Vergangenheit prägt weiterhin das Bild der «Energieregion Lausitz» bei der Bevölkerung (ebd.: 24).

Auch wenn nach der politischen Wende 1989/90 sowohl die Braunkohleförderung als auch die Beschäftigung in diesem Sektor drastisch zurückgingen, wird heute in der Lausitz in fünf Tagebauen weiter Braunkohle abgebaut. So bleibt die Braunkohlewirtschaft bis heute der wichtigste Wirtschaftszweig der Lausitz mit den meisten Arbeitsplätzen (Keppler et al. 2008: 17). Die Kritikpunkte an der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz – und generell – sind auch hinlänglich bekannt. Neben den CO<sub>2</sub>-Emissionen, die im Widerspruch zu den politisch gesetzten Klimazielen stehen, spielen die Zerstörung der Landschaft, die Auswirkungen auf das Grundwasser sowie der Abbau von noch bewohnten Orten und die Umsiedlung deren Einwohner eine Rolle. Seit Beginn der Braunkohleförderung in der Lausitz wurden 136 Dörfer teilweise oder komplett abgetragen (Webseite Archiv der verschwundenen Orte). Generell wird von den Kritikern die Weiterführung der Braunkohleförderung und -verstromung in Frage gestellt, weil sie als Blockade für eine weitere Entwicklung des Pfades der erneuerbaren Energien gesehen wird (vgl. Webseite Klimaallianz Deutschland, Webseite Lausitzer Braunkohle). Derzeit sind im Brandenburger Teil der Lausitz drei Tagebaue aktiv und vier neue Förderungen sind durch den Betreiber Vattenfall Mining Europe geplant (s. Tabelle 13). Für die möglichen Tagebaue Bagenz Ost und Spremberg Ost plant Vattenfall für das Jahr 2015 die Eröffnung des Genehmigungsverfahrens (Greenpeace 2010).

**Tabelle 13: Liste bestehender und geplanter Braunkohle-Tagebaue in der Brandenburger Lausitz**

Bestehende Tagebaue	Größe in Hektar	Abbau seit/ ab Jahr	Anzahl abgetragener Dörfer und Ortsteile
Cottbus-Nord	2 699,7	1974	7
Jänschwalde	7 996,5	1971	8
Welzow-Süd I	9 000	1972	12
Geplante Tagebaue			
Bagenz Ost	k. A.		
Jänschwalde Nord	3 164,3	2022	3
Spremberg Ost	k. A.		
Welzow-Süd II	2 160	2027	4

Quelle: Greenpeace 2010

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Diskussionen um die Zukunft der Braunkohle ein großes Konfliktpotential freisetzen. Dieses entlädt sich sowohl auf landespolitischer Ebene als auch direkt in der Region. Im Herbst 2011 kam es in der Brandenburger Landesregierung zu einem offenen Streit. Auslöser war die Diskussion um einen Neubau des Kraftwerks Jänschwalde in den 2020er Jahren im Rahmen der Fortschreibung des Energiekonzeptes der Landesregierung. Während Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) die Option für einen Neubau des Kraftwerks offen halten wollte, sprach sich ein Gutachten aus dem ebenfalls von der Linkspartei geleiteten Umweltministerium gegen einen eventuellen Neubau aus (Fröhlich 2011, Fröhlich/Tiede 2011). Im von beiden Ministerien vorgestellten Entwurf der neuen Energiestrategie 2030 des Landes soll dieser Konflikt mit einer «Überprüfungsklausel» gelöst werden. So soll der jeweilige Ausbaustand der erneuerbaren Energien regelmäßig überprüft und damit die weitere Notwendigkeit für den Bau eines neuen Kohlekraftwerks eingeschätzt werden (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012a, 2012b). Der Klima-Allianz Deutschland, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, dem Naturschutzbund, der Grünen Liga, Greenpeace und Robin Wood setzen sich regionale und überregionale Umweltverbände gegen eine Weiterführung der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz ein.

Vorliegende Studien formulieren die These, dass in der strukturschwachen Region Lausitz pessimistische Zukunftsaussichten und Resignation in der Bevölkerung weit verbreitet sind (Keppler et al. 2008: 23). Auch die Bergbaugeschichte der Region, in der DDR keine Einflussnahme auf die Pläne zum Braunkohleabbau möglich war, hat in einer wahrgenommenen Unsicherheit und Machtlosigkeit ihre Spuren hinterlassen (ebd.). Dennoch erscheint bei einem genaueren Blick die Brandenburger Lausitz als sehr konfliktreiche Region (s. Tabelle 14).

Bereits zu Zeiten der DDR gab es organisiert in Friedens- und Umweltkreisen einen marginalisierten Widerstand gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz – wenn auch ohne reale Möglichkeit einer politischen Mitbestimmung. Mit der politischen Wende 1989/90 wurde in der Hoffnung, im neuen System öffentlich gegen den Braunkohleabbau vorzugehen, die Grüne Liga als überparteilicher Umweltverband gegründet (Webseite Lausitzer Braunkohle). Seitdem fokussiert sich der Protest neben der landespolitischen Ebene in jenen Ortschaften, die von einer Abtragung im Zuge einer Tagebauerweiterung bedroht sind. In den 1990er Jahren waren dies die Orte Horno und die Teichlandschaft im Cottbusser Stadtteil Lakoma (Webseite Archiv der verschwundenen Orte). Neben verschiedenen Demonstrationen und Aktionen wurde ebenso versucht, rechtlich gegen die Erweiterung der Tagebaue vorzugehen. Dabei beschränkten sich nicht nur die Einwohner bedrohter Ortschaften, sondern auch die Gemeinden selbst den Klageweg. So bekam die Gemeinde Grießen im Jahr

2000 in einem Urteil des Landesverfassungsgerichts Recht. Der Ort hatte gegen einen Einfluss der Landesplanung auf das Gemeindegebiet geklagt. Damit wurde die bisherige Braunkohleplanung des Landes als «systemunstimmtig» erklärt (Verfassungsgericht des Landes Brandenburg 2000). Im Zuge musste die gesamte Braunkohleplanung des Landes erneuert werden.

Nach der vollständigen Abtragung Hornos im Jahr 2005 standen die Orte im Zentrum der Aufmerksamkeit, die nach den aktuellen Planungen für die Tagebaue Jänschwalde-Nord und Welzow-Süd II in Zukunft abgetragen werden könnten. Dies sind die Dörfer Atterwasch (Gemeinde Schenkendöbern, voraussichtliche Abtragung 2035), Grabko (Gemeinde Schenkendöbern, 2041), Kerkwitz (Gemeinde Schenkendöbern, 2030) sowie Proschim (Stadt Welzow, 2025) (Greenpeace 2010). Aus den Konflikten um diese Ortschaften entwickelte sich ein regionales Netzwerk, das aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Gemeindevertretungen bestand. Motor für diese Entwicklungen war das 2007 ins Leben gerufene Volksbegehren «Keine neuen Tagebaue in Brandenburg – für eine zukunftsfähige Energiepolitik.» Im gleichen Jahr gründete sich in Forst die Bürgerinitiative «Klinger Runde», die seit den Kommunalwahlen 2008 mit zwei Abgeordneten im Kreistag des Kreises Spree-Neiße vertreten ist. Zur Unterstützung des Volksbegehrens vernetzten sich Bürgermeister von über 40 Lausitzgemeinden, um politischen Einfluss gegen neue Tagebaue zu entwickeln (DDP 2007). Ein Volksbegehren ist eine in der Landesverfassung enthaltene Form direkter Demokratie, die im zweiten Schritt einen Volksentscheid herbeiführen kann. Trotz der massiven Unterstützung scheiterte das Volksbegehren auf Landesebene. Mit etwas über 25.000 Unterschriften wurde das Quorum für einen Volksentscheid von 3,9 Prozent im Land deutlich verfehlt. Im Kreis Spree-Neiße unterstützten hingegen 5,3 Prozent das Volksbegehren, in den Gemeinden Jänschwalde und Guben war die Unterstützung besonders groß. Die Grüne Liga interpretiert das Ergebnis in diesen Kommunen als Zeichen mangelnder Akzeptanz für die Tagebaupläne für Jänschwalde-Nord (Webseite Lausitzer Braunkohle).

**Tabelle 14: Kurze Geschichte des Protests gegen Braunkohle in Brandenburg**

1980er	Friedens- und Umweltkreise in der DDR
1990	Gründung der GRÜNEN LIGA
1990–2005	Proteste und Klagen gegen die Abtragung der Teiche von Lakoma (Cottbus) und des Dorfes Horno
1998–2000	Verfassungsbeschwerde der Gemeinde Grießen
2007–2009	Volksbegehren «Keine neuen Tagebaue in Brandenburg – für eine zukunftsfähige Energiepolitik»
2007	Klinger Runde und 43-Dörfer-Runde entstehen

2010	Gemeinde Schenkendöbern beantragt Änderung des Braunkohleplans Jänschwalde Nord
2010	Solargenossenschaft Lausitz errichtet Photovoltaik-Anlage in Kerkwitz
2011	Bündnis «Heimat und Zukunft in Brandenburg» gegründet
2011	4.000 Einwendungen gegen Tagebauplanung Welzow-Süd II
2011/12	Klima- und Energiecamp in der Lausitz (Jänschwalde)

Quelle: eigene Darstellung

Auch nach Scheitern des Volksbegehrens gingen die Aktivitäten gegen die Tagebaue weiter. Wie in den 1990er Jahren wurde sowohl durch Aktionen und Demonstrationen außerparlamentarischer Druck aufgebaut, als auch weiter juristisch gegen die Braunkohleplanung des Landes vorgegangen. Gegen die Tagebauplanung Welzow-Süd II wurden innerhalb der 4.000 Einwendungen von Institutionen, Einwohnern und Prominenten eingereicht (epd 2011). Zur weiteren Vernetzung wurde das Bündnis Zukunft und Heimat Brandenburg gegründet. Neben dem Bauernbund Brandenburg sind hier auch zahlreiche Landtagsabgeordnete vertreten (Webseite Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg). Des Weiteren fand im Jahr 2011 ein Klima- und Energiecamp in der Lausitz statt, für 2012 ist eine Wiederholung geplant (Webseite Klima- und Energiecamp in der Lausitz).

Die Gemeinde Schenkendöbern profiliert sich unter ihrem derzeitigen Bürgermeister Peter Jeschke (CDU) als aktive Gemeinde gegen die bestehenden Tagebauplanungen. Dieser versucht gezielt erneuerbare Energien auf dem Gebiet der Gemeinde anzusiedeln, um symbolisch gegen die Tagebauplanungen und insbesondere die Abtragung der drei Orte im Gemeindegebiet vorzugehen. So unterstützte die Gemeinde auch das Solargroßprojekt Lieberoser Heide, welches in den benachbarten Ortsteilen Widerstände hervorrief (s. Kap 5.2). Außerdem beantragte die Gemeinde Schenkendöbern eine Änderung des Braunkohleplans für den Tagebau Jänschwalde. So sollte entgegen der ursprünglichen Planung ein Abstand von 1.000 Metern zum Ortsteil Taubendorf gehalten werden und zum Schutz des Grundwasser eine Spundwand einzogen werden (Webseite Lausitzer Braunkohle). Die Gemeinde fiel außerdem durch ihre öffentliche Kritik an der Fortschreibung der Energiestrategie des Landes auf (o. N. 2011c). Schenkendöbern wird damit zu einem Brennpunkt der Brandenburger Energiepolitik, an dem sich beide Entwicklungspfade – die fossile Energieversorgung mit Braunkohle und die erneuerbaren Energien – auf engstem Raum überlagern.

Der Konflikt um die Braunkohle ist jedoch nicht auf nur auf die Lausitz beschränkt. Durch die Diskussionen um die Anwendung der CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung), bei der in der Kohleverstromung

entstandenes CO<sub>2</sub> in unterirdische Speicher gepresst werden soll, ist im Osten des Bundeslandes ein neues regionales Konfliktfeld entstanden. Auch wenn Vattenfall am Standort Jänschwalde entgegen der ursprünglichen Pläne kein CCS-Pilotkraftwerk errichten möchte, hält die Energiestrategie 2030 an der Erforschung der Technologie fest (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012a). In Brandenburg sind derzeit wissenschaftliche Pilotanlagen unter den Gemeinden Neutrebbin (Landkreis Märkisch-Oderland) und Beeskow (Landkreis Oder-Spree) geplant. In beiden Kommunen haben sich nach Bekanntgabe der Pläne Bürgerinitiativen gegen die Erprobung dieser Technologie gegründet. Diese Initiativen wehren sich vor allem wegen den unbekanntem Langzeitfolgen dieser Technologie und die unklare Rechtslage im Haftungsfall (Webseite Bürgerinitiative CO<sub>2</sub>ntra Endlager).

### Zusammenfassung

- Auch wenn die Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eine lange Tradition hat und heute weiterhin als wichtigster Wirtschaftszweig der Region gilt, lösen der Widerspruch zu den Emissionszielen der Landesregierung und die enormen Auswirkungen auf Landschaft und Bevölkerung einen breiten Widerstand gegen deren Fortführung aus. In diesem sind neben regionalen und überregionalen Umweltverbände und Bürgerinitiativen auch Gemeinden der Region engagiert. Neueste Proteste gegen geplante CCS-Versuchsanlagen erweitern den Konflikt um fossile Energieträger dabei über die Lausitz hinaus.
- Ein wichtiger Meilenstein des Protests gegen die Braunkohle in den letzten Jahren war das Volksbegehren «Keine neuen Tagebaue in Brandenburg – für eine zukunftsfähige Energiepolitik.» Auch wenn das Vorhaben scheiterte, bewirkte es einen Vernetzungsschub zwischen den Initiativen in der Region. Die starke Befürwortung im Kreis Spree-Neiße lässt dabei Zweifel an der regionalen Akzeptanz der Braunkohlewirtschaft vor Ort zu.

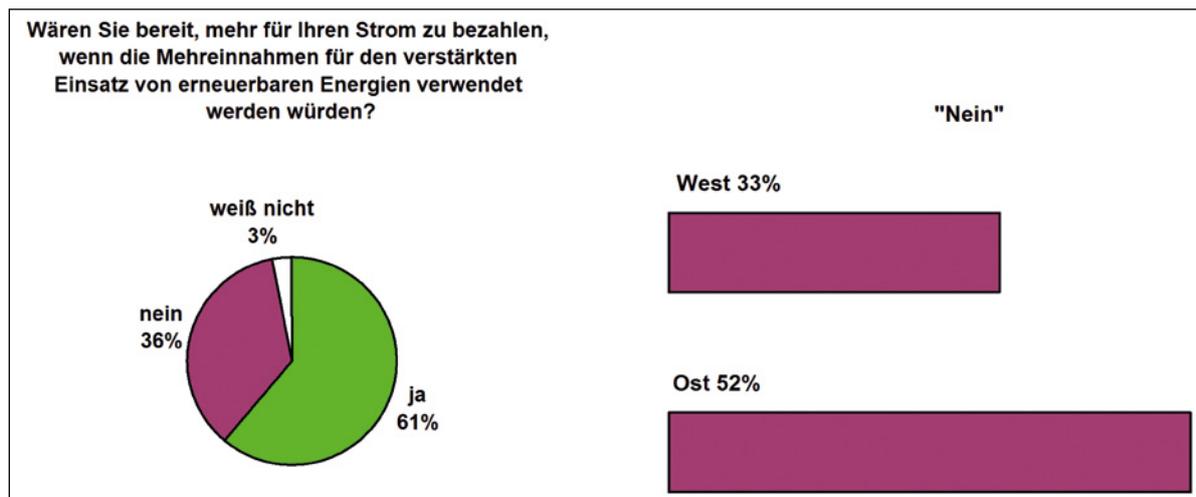
## 5.2 MUSS DAS SEIN? ZUR AKZEPTANZ ERNEUERBARER ENERGIEN

Doch nicht nur um den fossilen Energieträger Braunkohle entwickelten sich energiepolitische Konflikte im Land Brandenburg. Auch die Nutzung erneuerbarer Energien ist im Bundesland nicht unumstritten. Stichworte wie die «Verspargelung der Landschaft» durch Windräder und die «Vermaisung der Landwirtschaft» aufgrund des Anbaus von Biomasse haben nicht nur in die Medien des Landes gefunden, sondern auch zu einer breiten Debatte um die Akzeptanz erneuerbarer Energien in Brandenburg geführt (vgl. u. a. Keppler et al. 2008). Auch in diesem Bereich gilt, dass der aktive Widerstand, etwa die Gründung von Bürgerinitiativen und die Durchführung von Protestaktionen gegen die verschiedenen Formen der erneuerbaren Energien, nur die sichtbarste Form in der oben erwähnten

Akzeptanzmatrix ist. Doch lassen sich durch diverse Meinungsumfragen (z. B. Verband Kommunalen Unternehmen/forsa 2011) auch passive Befürwortung beziehungsweise Ablehnung erfassen. Im Gegensatz zu den Konflikten um die Braunkohle fällt im Bereich der erneuerbaren Energien sofort auf, dass die Anzahl der involvierten Umweltverbände geringer ist, und die Bewegung eher von lokal oder auf Kreisebene agierenden «Betroffeneninitiativen» dominiert wird. Nach einer allgemeinen Betrachtung zur Akzeptanz erneuerbarer Energien in Brandenburg, stellt dieses Kapitel die räumliche Verbreitung und Grundanliegen der Bürgerinitiativen gegen die verschiedenen Typen erneuerbarer Energien dar. Dabei spielt der Widerstand gegen Windenergieanlagen eine herausgehobene Rolle. Außerdem werden Widerstände gegen Veränderung der Netzinfrastrukturen einbezogen, auch wenn letztere nur bedingt auf den Einsatz erneuerbarer Energien zurückzuführen sind.

Mehrere Studien stellen eine besondere Skepsis der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber Veränderungen heraus (Nölting et al. 2011, Keppler et al. 2008). Durch die hohen sozialen Kosten bei der Transformation im Zuge der Wende 1989/90 hat sich bei großen Teilen der Bevölkerung eine pessimistische Grundeinstellung bezüglich der Zukunftsaussichten und eine Resignation gegenüber der persönlichen Zukunft entwickelt (Keppler et al. 2008: 23). Die kollektive Erfahrung wirtschaftlichen Niedergangs und von Arbeitslosigkeit sowie das Erleben gescheiterter Großprojekte wie der Cargolifter-Halle in Brand (Lausitz) oder der Chipfabrik in Frankfurt (Oder) haben «die Menschen gegenüber jedweden neuen Perspektiven skeptisch werden lassen» (ebd.). Diese Beobachtung, die in der Lausitz gewonnen wurde, trifft vor allem auf peripher gelegene Landesteile zu und lässt sich jedoch nur bedingt auf die Wachstumsregionen im direkten Berliner Umland anwenden. Trotzdem geben aggregierte Daten für Ostdeutschland und Brandenburg Aufschluss über die Akzeptanz erneuerbarer Energien. In einer repräsentativen Umfrage, die im Dezember 2011 vom Meinungsforschungsunternehmen forsa im Auftrag des Verbandes der kommunalen Unternehmen durchgeführt wurde, zeigt sich zwischen Ost und West eine große Differenz bei der Bereitschaft, mehr für Strom aus erneuerbare Energien zu zahlen (s. Abbildung 18, Verband kommunaler Unternehmen/forsa 2011). Eine im Jahr 2009 vom gleichen Institut bundesweit durchgeführte Umfrage offenbarte, dass zwar 93 Prozent der Brandenburger einen weiteren Ausbau und eine verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien für wichtig oder besonders wichtig hielten. Allerdings würden nur 65 Prozent der Bürger eine Anlage in ihrer Nachbarschaft akzeptieren. Das ist im Bundesvergleich der schlechteste Wert. Die geringste Akzeptanz fanden dabei Biogasanlagen (39 Prozent) und Windkraftwerke (44 Prozent). Lediglich die Nutzung von Solarenergie weist mit 75 Prozent einen relativ hohen Akzeptanzwert auf (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2012b: 26).

Abbildung 18: Akzeptanz höherer Strompreise durch erneuerbare Energien



Quelle: Verband kommunaler Unternehmen/forsa 2011

Für die Region Lausitz-Spreewald und für die Planungsregion Havelland-Fläming liegen noch differenziertere Erhebungen vor. Keppler et al. (2008) fanden in ihrer Studie zur Akzeptanz erneuerbarer Energien in der Region Lausitz-Spreewald ein vielschichtiges Bild vor. Während erneuerbare Energien generell als notwendige Antwort auf den Klimawandel und als Chance für die Region gesehen werden, wird bezweifelt, dass sie jemals so viele Arbeitsplätze schaffen und die gleiche Bedeutung erlangen können wie die Braunkohle in der Region. Skeptiker erleben Windräder sogar als fremd in der Region und sehen keinen Zusammenhang zwischen erneuerbaren Energien und der Identität der Region (ebd.: 62f.). Ein ähnliches Bild, jedoch ohne den Bezug auf eine Tradition als Braunkohleregion, fanden Schöbel et al. (2008) bei einer Erhebung in der Planungsregion Havelland-Fläming. Hier wird Windenergie als wichtige Energiequelle der Zukunft gesehen. Gleichzeitig gaben 80 Prozent der Befragten an, dass sie Windkraftanlagen als eine Form der Landschaftszerstörung sehen. Trotzdem betonen die Autoren, dass sich knapp die Hälfte der Menschen, die in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen leben, sich durch diese nicht gestört fühlen (Schöbel et al. 2008). Auch wenn es methodisch fahrlässig wäre, diese Daten zu verallgemeinern, geben sie doch einen Hinweis auf die unterschiedlichen semantischen Schichten der Einstellungen gegenüber erneuerbaren Energien. Während die Entwicklung dieser Energiequellen im Allgemeinen gutgeheißen wird, werden die ökonomischen Effekte zurückhaltend bewertet und Ablehnung kann bei persönlicher Betroffenheit entstehen, wie zum Beispiel einem höheren Strompreis. Bei persönlicher Betroffenheit direkt vor Ort kann sich sogar Widerstand nach dem Muster eines «Not-In-My-Backyard»-Protestes entwickeln (u. a. Thomsett 2004). Diese Widerstände sollen nun anhand der Energieträger Windenergie, Photovoltaik, Biomasse sowie geplante Erweiterungen des Stromnetzes im Land Brandenburg genauer betrachtet werden.

Entsprechend der weiten Sichtbarkeit der Anlagen und wegen ihrer großen Verbreitung im Land (s. Kap. 2.1) scheint die Windenergie diejenige erneuerbare Energiequelle, die in Brandenburg die meisten Widerstände hervorruft. Außerdem erscheinen die Windkraftkritiker am besten organisiert. So sind rund 30 windkraftkritische Initiativen in der landesweiten «Volksinitiative gegen Windräder» organisiert (Haas/Bzroska 2011). Ähnlich wie die Klinger Runde in der Lausitz ist mit der Initiative «Rettet die Uckermark» eine Initiative im Kreistag vertreten, die aus einem energiebezogenen Konflikt heraus entstanden ist (Webseite Initiative Rettet die Uckermark). Den Erwartungen entsprechend entwickelten sich die Bürgerinitiativen, die der Windkraft kritisch gegenüberstehen, vor allem in Gebieten mit einem hohen Windpotential, vor allem im Havelland und in der Uckermark (s. Abbildung 19). Es lässt sich jedoch kein eindimensionaler Zusammenhang zu Windgroßprojekten und dem Entstehen einer Bürgerinitiative belegen. Das bedeutet, dass nicht überall, wo ein Windkraftgroßprojekt entsteht, sich eine Bürgerinitiative dagegen gründet. Vielmehr müssen aus unserer Sicht jeweils im Einzelfall noch weitere Einflussfaktoren für die Gründung einer Initiative untersucht werden.

Trotzdem möchten wir einige lokale oder regionale Bürgerinitiativen gegen Windkraft, die im Internet vertreten sind, genauer beleuchten. Ein Faktor, der in fast allen bekannten Windenergiekonflikten deutlich wird, ist der Bezug auf die Veränderung der Landschaft. So tragen sechs der acht untersuchten windkraftkritischen Initiativen einen direkten Landschaftsbezug in ihrem Namen. Dieser Ortsbezug betont auf der einen Seite die lokale Verankerung der Initiative, auf der anderen Seite wird zusätzlich die Landschaft, die nicht verändert werden soll, angesprochen. Diese Landschaftsbezüge finden sich auch in den Selbstbeschreibungen der Bürgerinitiativen wieder. So kämpft die «Bürgerinitiative Stahnsdorf-Süd» «gegen raum-

bedeutsame Windräder auf Riesefeldern», der Verein «Gegenwind Nauener Platte» wehrt sich «gegen die rücksichtslose Vollpflasterung des Osthavellandes mit 150 m hohen Windrädern» und «Initiative Freier Wald e. V.» setzt sich «für den Fortbestand unserer Region und deren von Einheimischen und Touristen so geliebten Landschaftsbildes» ein. Die Initiative «Hände weg vom Liepnitzwald» stellt dabei auch einen starken Bezug zum Naturschutz her und wendet sich gegen «die sinnlose Zerstörung von schützenswerten Wäldern und Tierpopulationen.» Die zweite Dimension, die bei den inhaltlichen Zielen der Initiativen auffällt, hängt mit ihrer Selbstbezeichnung als Bürgerinitiative zusammen. Die Betonung des «Bürgers» weist darauf hin, dass sich die Aktivisten in ihren Rechten eingeschränkt sehen. Die «Volksinitiative gegen Windräder» spricht von einer Beeinträchtigung der Lebensqualität durch «Schlagschatten, Dauergeräusche und Infraschall» sowie einer Enteignung «auf kalten Wege» durch die Wertminderung von Grundstücken in Windparknähe. Die Windenergiewirtschaft wird in unterschiedlichem Maße von den Bürgerinitiativen als mächtiger Akteur gesehen, dessen Interessen mehr gelten als die eigenen. So beschwert sich die «Bürgerinitiative Dretzen – Bürger gegen Windkraft» darüber, dass die «Windkraftlobby (...) stärker» war und der Verein «Rettet die Uckermark» sieht sich selbst «als Gegengewicht zum in der Uckermark grassierenden Windmühlenkapitalismus» (alle Zitate von den Webseiten der Initiativen und der Website Windkraftgegner). Ähnlich argumentiert die Homepage «Windmüllers Land». Bei vielen Initiativen existiert die Wahrnehmung einer rücksichtslosen Inwertsetzung ihrer Umgebung durch Windkraftinvestoren. So klagt eine Aktivistin: «Die Investoren fallen über uns her, weil sie in Brandenburg am meisten Rendite machen können» (zitiert in: Taubert 2011). Wie jedoch positive Beispiele wie das Dorf Feldheim (s. Kap. 4.2) zeigen, könnte diese Dimension des Protests durch eine gezielte Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen, aber auch an den ökonomischen Vorteilen von Windkraftanlagen zumindest abgeschwächt werden.

**Tabelle 15: Untersuchte Initiativen gegen Windkraft in Brandenburg**

**Beispiele von Windkraftinitiativen mit direktem Landschaftsbezug im Namen**

Bürgerinitiative gegen ein Windfeld Wolfsmoor, Brüssow (Uckermark)

Bürgerinitiative Schutz des Rhin-/Havelländischen Luches, Friesack u. a. (Havelland)

Freier Wald e. V., Zossen (Teltow-Fläming)

Gegenwind Nauener Platte e. V., Nauen u. a. (Havelland)

Hände weg vom Liepnitzwald, Wandlitz (Barnim)

Pro Spree+Wald e. V., Märkische Heide u. a. (Dahme-Spree)

Rettet die Uckermark e. V., Prenzlau (Uckermark)

**Weitere untersuchte Windkraftinitiativen**

Bürgerinitiative Dretzen – Bürger gegen Windkraft

Bürgerinitiative Stahnsdorf Süd

**Weitere Bürgerinitiativen gegen Windanlagen**

Crussow (Uckermark)

Greiffenberg (Uckermark)

Hohenbucko (Elbe-Elster)

Jacobsdorf (Oder-Spree)

Lüdendorf (Treuenbrietzen, Potsdam-Mittelmark)

Wiesenhagen (Teltow-Fläming)

Quelle: eigene Recherche

Abbildung 19: Auswahl energiebezogener Konflikte im Land Brandenburg



Quelle: eigene Recherche

Doch Windanlagen sind nicht die einzige Form erneuerbarer Energieträger, gegen die sich Proteste entwickeln. Auch die im Land geplanten Solargroßprojekte stießen auf Widerstände. Das prominenteste Beispiel war hier im Jahr 2011 der projektierte Solarpark Lieberoser Heide in der Lausitz. Auf einem Teil des ehemaligen Militärgeländes sollte ein 650 Hektar großer Solarpark mit einem Leistungspotential von 250 MW, und damit der größte Solarpark weltweit, entstehen. Gegen das Vorhaben gründete sich die «Bürgerinitiative Lieberoser Heide», die von verschiedenen größeren Naturschutzverbänden unterstützt wurde. Deren Hauptkritik an dem Vorhaben war, dass ein bisher frei zugängliches Waldgebiet in ein eingezäuntes Freifeld mit Solarmodulen verwandelt worden wäre (vgl. Kaufmann

2011). Wie bei der Braunkohle, gab es auch hier einen Konflikt innerhalb der Landesregierung. Während sich das Umweltministerium früh gegen die Pläne wandte, zog der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, Jörg Vogelsänger (SPD), seine Unterstützung für das Projekt erst zurück nachdem die forstfachliche und die landesplanerische Prüfung für das Projekt negativ ausgefallen waren (dpa 2011). Nach der Ablehnung des Projekts durch die Landesregierung soll nun eine «modifizierte Variante» erarbeitet werden (ebd.).

In der Stadt Brüssow (Uckermark) hingegen ist der dortigen Bürgerinitiative im Alleingang gelungen, ein Solarkraftwerk im Ortsteil Grimme zu verhindern. Nach einer einberufenen Bürgerversammlung stimmten die Mitglieder des Stadtrats einstimmig gegen die Er-

richtung einer 130 Hektar großen Anlage. Die Bürger wehrten sich hier «gegen die industrielle Überfrachtung der Landschaft» und feierten die Ablehnung des Projekts, da es «zum ersten Mal gelungen [sei], die ausschließlich fiskalisch orientierte Politik der Amtsverwaltung und der Mehrheit der Stadtverordneten auszuhebeln» (Randowkurier 2011). Analog zu den Protesten gegen Windenergieanlagen werden hier die beiden Dimensionen «Veränderungen der Landschaft» und «Leugnung der Interessen der Bürger» deutlich.

Auch bei Biogasanlagen gilt der Widerspruch zwischen negativen externen Effekten für die Anwohner und den Gewinninteressen Einzelner den Kritikern als wichtiges Argument. So gibt es auch in Brandenburg Bürgerinitiativen, die sich gegen die Errichtung einer Biogasanlage in ihrer Nachbarschaft wehren. Diese befürchten eine Belastung durch Geruch und Lärm durch die Anlage selbst und durch mit der Größe der Anlage steigenden Zufahrtsverkehr sowie eine Veränderung des Landschaftsbildes durch die zylindrischen Bauten der Anlage – das könnte dann wiederum Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige wie den Tourismus haben. Die Bürgerinitiativen richten sich zumeist gegen Anlagen, bei denen die externen Effekte direkt wahrnehmbar sind, weil sie im Ort errichtet werden oder sehr groß sind (vgl. Dassler 2007, Heflik 2007, Buder 2011). Unterstützung erhalten die Initiativen von Verbänden wie dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und dem Naturschutzbund. Diese stellen sich nicht grundsätzlich gegen Biogasanlagen, bevorzugen jedoch kleinere Modelle, da sonst eine Ausbreitung von Monokulturen und gentechnisch optimierten Energiepflanzen befürchtet werden (Heflik 2007). Proteste gegen Biogasanlagen finden in Brandenburg bereits seit einigen Jahren statt. Einige der in Brandenburg ansässigen Bürgerinitiativen sind Mitglied des bundesweiten Netzwerkes «Biogas-Anlagen versus Anwohner». Beispiele für weitere Proteste gab es im Jahr 2011 in Ruhlsdorf im Kreis Teltow-Fläming, in Britz im Landkreis Barnim und zur Stadt Beeskow gehörenden Oegeln. Der letzte Fall ist insofern spannend, als dass die Stadt Beeskow auf Druck der Oegeler Bürger sich gegen die Anlage gestellt hat und gegen die Genehmigung des Landesumweltamts Klage erhoben hat (Buder 2011). Ein weiterer interessanter Fall sind die Planungen einer Biogasanlage in Großbeuthen (Stadt Trebbin) südlich von Ludwigsfelde. Hier plant ein Hofbesitzer in Kooperation mit der Bioenergie-region Ludwigsfelde (vgl. Kap. 4.2) eine größere Anlage zu errichten. Das weckt bei anderen Einwohnern des Ortes die Angst vor einem «Biogas-Monster», mit den bereits genannten negativen externen Effekten (Franke 2011). Aber auch im Bereich Biogas gibt es Beispiele, wo die Anwohner direkt vom Aufbau einer Anlage profitieren. In Neutrebbin im Oderbruch sollen von einer neuen Biogasanlage nicht nur die Ställe des ortsansässigen Agrarbetriebs, sondern auch das Gemeindehaus, die Schule, die Kindertagesstätte des Ortes und mehrere Wohnhäuser mit Wärme versorgt werden.

Initiator dieses Projekts ist mit der Biogas Neutrebbin GmbH wiederum ein privater Investor (Grieger 2011).

Der letzte Konfliktbereich, der in diesem Kapitel angesprochen werden soll, sind Konflikte bezüglich des Umbaus der Stromnetze. Innerhalb der neuen Geographie der Stromproduktion verlagert (vgl. Kap. 2.1), wodurch auch die derzeitige Netzinfrastruktur so angepasst werden muss, dass die momentanen Schwerpunkte der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern mit den Gebieten, in denen viel Strom konsumiert wird, verbunden werden müssen. Werden neue Leitungen verlegt, entspannen sich die Konflikte vor allem an der Frage, ob Freileitungen oder Erdkabel verlegt werden. So wendet sich die Initiative «Hochspannung tieflegen» aus der Prignitz gegen eine geplante Freilandleitung über 110 kV von Perleberg nach Wittstock. Damit steht sie im Konflikt mit Netzbetreiber E.ON edis, für den der Bau einer Freilandleitung deutlich kostengünstiger ist (Homepage Bürgerinitiative Hochspannung tieflegen). Ein ähnlicher Konflikt existiert bei einer geplanten Leitung von Neuenhagen im Nordosten Berlins nach Letschin an der Oder. Hier besteht zwischen den Vertretern des Gemeinderats und den engagierten Bürgern auf der einen sowie der Genehmigungsbehörde Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe und dem Netzbetreiber E.ON edis eine unterschiedliche Auffassung über die Vorschriften zur Erdverkabelung in § 43 des Energiewirtschaftsgesetzes (Homepage Bürgerinitiative Keine Freileitung Neuenhagen-Letschin). Während das Landesamt von einer Soll-Regelung zur Erdverkabelung ausgeht, interpretiert die Gemeinde das Gesetz im Sinne einer verpflichtenden Muss-Regelung. Die Argumente der Bürgerinitiativen wiederum beziehen sich auf die Veränderung der Landschaft, mögliche Gesundheitsgefahren und die Wertminderung von Grundstücken in der Nähe der möglichen Freilandleitungen (ebd.).

### Zusammenfassung

- Verschiedene Studien und Umfragen zeichnen das Bild einer grundsätzlichen Akzeptanz für erneuerbare Energien im Land Brandenburg. Doch ist die Bereitschaft, für ökologisch erzeugten Strom mehr zu bezahlen im Land eher gering ausgeprägt. Gleiches gilt für die Duldung von Anlagen erneuerbarer Energieerzeugung im direkten Wohnumfeld. Hier entstehen Bürgerinitiativen, die nach dem Modell «Not-in-my-backyard» (NIMBY) gegen projektierte Anlagen vorgehen.
- Im Bereich Windenergie existieren in Brandenburg die meisten kritischen Bürgerinitiativen, Proteste gibt es aber auch bei Solarenergie, Biogasanlagen und Freilandleitungen. Die in den Initiativen engagierten Bürger argumentieren vor allem gegen Landschaftsveränderungen und Belastungen durch Lärm oder Gerüche im direkten Wohnumfeld. Oft wird zudem beklagt, dass die eigenen Interessen weniger wiegen würden, als

das Interesse von Investoren. Gegenbeispiele wie das Energiedorf Feldheim zeigen einen Weg, wie durch eine stärkere Einbindung der Bürger in die Entscheidungen und den ökonomischen Nutzen der Anlagen die Akzeptanz erhöht werden kann.

### 5.3 ENERGIELAND IN BÜRGERHAND! BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN UND SOZIALE TEILHABE AN DER STROMERZEUGUNG

Wie das vorige Kapitel gezeigt hat, lässt sich in Brandenburg nicht von einer allgemeinen Akzeptanz erneuerbarer Energien sprechen. Zwar werden Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien von vielen Bürgerinnen und Bürgern als sinnvoll angesehen, um dem Klimawandel zu begegnen. Doch gegen einzelne Projekte regt sich vor Ort häufig Widerstand, oft verbunden mit der Wahrnehmung, dass die vertraute landschaftliche Umgebung zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen massiv umgestaltet wird. Diese Veränderung wird als Beeinträchtigung erlebt, die keinen Nutzen für die lokale Bevölkerung bringt. So fassen Nölting et al. zusammen:

*«Wenn Ostdeutschland lediglich als Stellfläche für die Anlagen genutzt wird, haben die Menschen weder die Chance, von diesen neuen Technologien Vorteile zu erzielen, noch können sie Einfluss auf deren Gestaltung nehmen. Das führt zu negativen Erfahrungen statt zu öffnenden Lernprozessen.»* (Nölting et al. 2011: 31)

Die Frage der Akzeptanz wird damit auch zu einer Frage der sozialen Teilhabe an den derzeitigen Umbrüchen in der Brandenburger Energielandschaft. Wie diese konkret aussehen kann, ist dabei noch eine Frage weiterer gesellschaftlicher Aushandlungen. Schließlich befindet sich das Konzept der sozialen Teilhabe derzeit selbst im Umbruch. Wurde Teilhabe in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem als Möglichkeit verstanden, über Konsum Zugang zum gesellschaftlich produzierten Wohlstand zu gewinnen, treten in den letzten Jahrzehnten Fragen der gesellschaftlichen Mitbestimmung und Gestaltung auf den Plan (Nölting et al. 2011: 22). Im Energiebereich ist dabei eine Entwicklung besonders wichtig: Im Zuge der politischen Strategie der Emissionsreduktion und Dezentralisierung wurde auch für Privathaushalte, welche die anfänglichen Investitionen schultern können, der Aufbau von eigenen Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung attraktiv (Monstadt 2008: 199). Mit diesen «Prosumenten» (Matthes 2005) verschwimmt der Unterschied zwischen der Produktion und dem Konsum von elektrischer Energie. Auch wenn es sich hierbei oft um eine private Entscheidung einzelner Haushalte handelt, birgt die gemeinschaftliche Selbstproduktion von Energie ein großes Potential für den Bereich der sozialen Teilhabe. In diesem Modell könnte einerseits durch selbst produzierten Strom ökonomisch profitiert und zum anderen durch die Entscheidung für oder gegen einen spezifischen Energieträger die Energiewende selbst mitgestaltet werden. Für eine solche

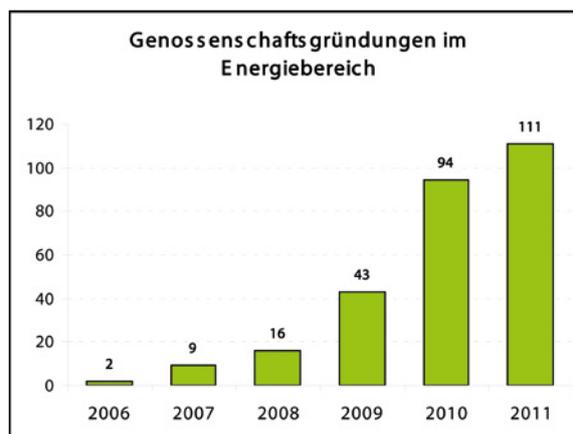
gemeinschaftliche Gestaltung der Energiewende sind Energiegenossenschaften ein wichtiges Instrument.

#### Wie funktioniert eine Energiegenossenschaft?

Energiegenossenschaften sind Zusammenschlüsse mehrerer Privatpersonen oder Unternehmen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, Energie zu erzeugen. Diese kann entweder selbst genutzt oder verkauft werden. Häufig geschieht dies durch den Aufbau eigener Anlagen zur Energieproduktion, zum Beispiel von Photovoltaik-, Windenergie- oder Biogasanlagen. Eine Genossenschaft muss mindestens drei Mitglieder haben, die sich durch eine festgeschriebene Einlage an der Genossenschaft beteiligen. Die Mitglieder sind gleichzeitig Eigentümer und Nutznießer der genossenschaftlichen Anlagen. So profitiert jedes Mitglied direkt von der Genossenschaft. Eine Genossenschaft hat drei Organe. Die Generalversammlung, auf der jedes Mitglied unabhängig von seiner Kapitalanlage eine Stimme hat, einen Aufsichtsrat und einen Vorstand. Der Vorstand führt leitungsbefugt die Geschäfte der Genossenschaft und wird in seiner Arbeit vom Aufsichtsrat kontrolliert. Die Regeln für den Ein- und Austritt werden durch die Satzung festgelegt. Da die Haftung der Genossenschaft auf die Einlage begrenzt ist und Stimmgleichheit der Mitglieder garantiert ist, gelten Genossenschaften sowohl als sichere Geldanlage als auch als demokratische Unternehmensform, die vor einer Dominanz finanzstarker Anleger und feindlichen Übernahmen geschützt ist (Agentur für Erneuerbare Energien e. V./DGRV 2011: 44f.).

Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren ein starker Trend zur Gründung von Energiegenossenschaften entwickelt. Seit 2006 wurden ungefähr 300 Genossenschaften zur Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen gegründet (Agentur für erneuerbare Energien e. V./DGRV 2011: 4). Allein im Jahr 2010 hat sich dabei die Anzahl der Gründungen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (s. Abbildung 20).

**Abbildung 20: Neugründungen von Energiegenossenschaften in Deutschland 2006–2011**



Quelle: Agentur für erneuerbare Energien e. V./DGRV 2011: 4

Trotz dieses starken Wachstums auf Bundesebene haben nur vier solcher genossenschaftlicher Unternehmungen ihren Sitz in Brandenburg: Die Naturenergie Fläming eG in Bad Belzig, die SoGeLA – Solargenossenschaft Lausitz in Guben, die Neue Energiegenossenschaft Solarstrom in Potsdam und die in der Ostprignitz beheimatete Regional- und Energiegenossenschaft Regio Energie Werk (REW). Das älteste der vier Unternehmen ist die im Jahr 2008 gegründete Neue Energiegenossenschaft in Potsdam. Ein Jahr später gründete sich die Genossenschaft in Guben, die beiden weiteren wurden im Jahr 2011 ins Leben gerufen. Ein verwandtes Projekt ist der Verein UniSolar Potsdam e. V. Dieser finanzierte eine Solaranlage auf dem Dach der Universität Potsdam jedoch in Form eines Gruppendarlehens und nicht als Genossenschaft (Webseite UniSolar Potsdam). Außerdem kooperiert der in Berlin ansässige Solarverein Berlin-Brandenburg auch mit Hausbesitzern, die im Berliner Umland eine Photovoltaikanlage auf ihrem Dach installieren wollen. Hier wurden bisher sechs Projekte verwirklicht, darunter eines in Teltow, in Werder (Havel) und im Kreis Ostprignitz-Ruppin. Dabei zeichnen jedoch nicht nur Berliner Anteile an den Anlagen, sondern auch Einwohner in der Nachbarschaft der geplanten Anlagen (Webseite Solarverein Berlin Brandenburg).

Die Gründe für die vergleichsweise geringe Anzahl gemeinschaftlicher Energieinitiativen in Brandenburg dürften sowohl im ökonomischen als auch im kulturellen Bereich liegen. Auch wenn Genossenschaften durch relativ geringe Beiträge ihrer Mitglieder finanziert werden, ist es trotzdem notwendig, die nötigen Mittel für eine Beteiligung an einer Genossenschaft bereitzustellen. So kostet der Beitritt in die Neue Energiegenossenschaft Potsdam 500 Euro (Agentur für erneuerbare Energien e. V./DGRV 2011: 4). Zum anderen ist es wahrscheinlich, dass hier auch die im vorigen Kapitel beschriebene Skepsis gegenüber erneuerbaren Energien in Ostdeutschland ebenfalls einen Einfluss hat (vgl. Kap 5.2).

Alle vier Genossenschaften streben an, Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden zu installieren. Auf diese Weise sollen die Möglichkeit einer sicheren Geldanlage mit dem politischen Ziel des Umwelt-

schutzes durch einen allgemeinen Ausbau erneuerbarer Energien kombiniert werden (Winter 2009). Dieses Engagement ist vor allem in der Lausitz mit einem symbolischen Engagement gegen die Braunkohlewirtschaft in der Region verbunden. Sie wurde direkt nach dem Scheitern des Volksbegehrens gegen die Braunkohletagebaue in der Lausitz gegründet (vgl. Kap. 5.1). So installierte die Solargenossenschaft Lausitz nicht nur Anlagen auf den Dächern in der Stadt Guben, sondern handelte mit der Gemeinde Schenkendöbern einen Kooperationsvertrag aus, der dort ebenfalls den gezielten Aufbau von Photovoltaikkapazitäten auf öffentlichen Gebäuden vorsieht. Eine erste Anlage wurde auf dem Dach der Freiwilligen Feuerwehr des vom Tagebau Jänschwalde Nord bedrohten Ortes Kerkwitz installiert (Remus 2010, Schwab 2010). Die beiden Genossenschaften Naturenergie Fläming eG und Regio Energiewerke verstehen sich außerdem als Teil einer regionalen Wertschöpfungskette im Bereich erneuerbarer Energien. So sollen Aufträge vor allem an regionale Handwerks- und Zulieferbetriebe vergeben werden. Diese Unternehmen sind teilweise selbst in Genossenschaften organisiert. Die REW plant außerdem, über den Solarbereich hinaus aktiv zu werden (Fabian 2011).

### Zusammenfassung

- Um die Akzeptanz für erneuerbare Energien zu erhöhen, wird das Thema der sozialen Teilhabe immer wichtiger. Dabei geht es weniger um die Möglichkeit durch Konsum an der Gesellschaft teilzuhaben, sondern gesellschaftliche Prozesse aktiv mitzugestalten. Da es immer mehr Möglichkeiten für Bürger gibt selbst als Stromproduzent tätig zu werden, können Genossenschaften hier eine große Rolle spielen.
- Trotzdem ist die Zahl der Energiegenossenschaften in Brandenburg im Bundesvergleich sehr gering. Die wenigen Genossenschaften konzentrieren sich vor allem auf die Installation von Solaranlagen auf den Dächern öffentlicher und privater Gebäude. Besonders in der Lausitz stehen die Aktivitäten im Kontext eines symbolischen Protests gegen die Braunkohlewirtschaft.

## 6 FAZIT: WEITERGEHENDER HANDLUNGS- UND FORSCHUNGSBEDARF FÜR EINE SOZIAL UND ÖKOLOGISCH GERECHTE ENERGIEPOLITIK

Die vorliegende Studie versuchte auf der Basis bereits vorhandener Literatur, Daten und Medienberichte einen Überblick über zentrale Entwicklungen in der Brandenburger Energiewirtschaft zu geben. Für die Bereiche der ökonomischen Strukturen der Energieversorgung, energiepolitischen Planungen und Konzeptionen von Kommunen und Regionen sowie für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Energiewende wurden allgemeine Trends herausgearbeitet und mit Beispielen aus dem Land Brandenburg illustriert. Der Fokus lag dabei auf den räumlichen und institutionellen Ausprägungen der Energiewende. Es wurde danach gefragt, welche konkreten Auswirkungen politische Entscheidungen, ökonomische Veränderungen und technologische Innovationen auf die Entwicklung Brandenburger Städte und Regionen haben und welche neuen «Akteurslandschaften» aus den Veränderungen im Energiesektor resultieren. Ziel war es, auf Grundlage einer ersten Bestandsaufnahme Handlungs- und Konfliktfelder einer sozialen und ökologisch gerechten Energiepolitik für Brandenburg, aber auch darüber hinaus bestimmen zu können.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass zum einen für die sozial- und raumwissenschaftliche Forschung zum Thema «Energie» und zum anderen für energiepolitische Handlungsfelder in Städten, Gemeinden und Regionen ein weitergehender Forschungs- und Handlungsbedarf besteht.

### 6.1 ENERGIE: EIN REGIONALES GEMEINSCHAFTSGUT

Für die sozial- und raumwissenschaftliche Energieforschung stellt sich die Herausforderung, Energie als ein regionales Gemeinschaftsgut zu verstehen und zu konzeptionalisieren. Nach fast zwei Jahrzehnten der vorrangigen Betrachtung von Energie als Ware, deren Beschaffung und Verteilung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu optimieren sei, bietet sich nun im Zuge der Energiewende die Gelegenheit, Fragen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit in der Betrachtung von Energieversorgungssystemen stärker zu berücksichtigen. Damit diese Fragen nicht zu Allgemeinplätzen werden, sind sie immer wieder konkret auf regionale und lokale Bedingungen zu beziehen. Wie können bei der Planung und Steuerung von Energieinfrastrukturen die verschiedenen Dimensionen des Gemeinwohls bereits von Anfang an berücksichtigt werden? Wie ist mit unterschiedlichen und zum Teil miteinander in Widerspruch stehenden Zielen des Gemeinwohls umzugehen? Was sind überhaupt die wesentlichen Gemeinwohlaspekte der Energieversorgung?

An die gesellschaftliche Aushandlung einer gemeinwohlorientierten Energieversorgung schließt die Thematisierung von Macht in energiepolitischen Konstellationen an. Wer hat die Macht, bestimmte Innovationen

im Energiesektor durchzusetzen bzw. zu verhindern? Wie haben sich die lokalen und regionalen Kräfteverhältnisse in der Energiewirtschaft verschoben? Welche Rolle können hierbei soziale Bewegungen, die Zivilgesellschaft, die (kommunale) Politik spielen?

Eine sozial- und raumwissenschaftliche Energieforschung muss darüber hinaus die sozial und räumlich ungleichen Verteilungswirkungen der Energiewende in den Blick nehmen. Wer profitiert von neuen Formen der Energieversorgung? Wer ist davon ausgeschlossen? Welche Rolle spielt der Trend zum «produzierenden Konsumenten» in diesem Zusammenhang? Welche neuen räumlichen Ungleichheiten sind mit dem Umbau der Energiewirtschaft verbunden – welche Räume profitieren, welche Räume werden benachteiligt? Wie lassen sich lokale bzw. regionale Dimensionen von Klimagerechtigkeit erfassen?

Die Untersuchung der neuen Geographien der Energiewirtschaft wirft auch die Frage nach unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen auf. Wie wirken sich globale Veränderungen auf die Entwicklung in Städten und Regionen und wie wirken lokale Prozesse zurück auf die globale Ebene? In welchem Verhältnis stehen internationale, nationale, regionale und lokale Initiativen und Planungen zueinander?

Schließlich ist es aufschlussreich, die Wechselwirkungen zwischen Veränderungen in der Energiewirtschaft und anderen netzgebundenen Infrastruktursektoren sowie weiteren Wirtschaftszweigen in den Blick zu nehmen. Welche Kopplungen und möglichen Synergieeffekte bestehen bereits bzw. ließen sich herstellen? Wie kann der Umbau der Energieversorgung mit einer nachhaltigen Gestaltung anderer Infrastrukturen sowie der Gesellschaft insgesamt forciert werden?

Die Beantwortung dieser Fragen erfordert zum einen flächendeckende Datenerhebungen über aktuelle Entwicklungen im Energiesektor. Die Ermittlung von Daten zu privaten Beteiligungen, Rekommunalisierungen und deren Ausprägungen, Planungen und Konzepte für Energieregionen und -gemeinden sowie zu zivilgesellschaftlichen Initiativen ist eine notwendige Grundlage für Aussagen zur Energiepolitik, die über tagesspolitische Momentaufnahmen hinausgehen. Zum anderen ist es notwendig, lokale und regionale energiepolitische Prozesse wie der Rekommunalisierung oder auch der Herausbildung von «Energieregionen» detaillierter zu untersuchen. Wie aus den Ausführungen in dieser Studie deutlich wurde, sind weder die Stärkung kommunalen Einflusses auf die Energieversorgung noch die Formulierung lokaler bzw. regionaler energiepolitischer Ziele «Selbstläufer» mit klarem Ausgang und frei von Konflikten. Hier sind Analysen nötig, die die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteure sowie die jeweilige Durchsetzungsmacht energiebezogener Diskurse erfassen.

## 6.2 ENERGIEWENDEN: LOKALE UND REGIONALE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Für die Energiepolitik in Städten, Gemeinden und Regionen stellt sich die grundsätzliche Herausforderung, nach Möglichkeiten für demokratische Teilhabe zu suchen. Wie in der Studie deutlich wurde, stellen sich Rekommunalisierungen in der Energiewirtschaft durchaus heterogen dar. Die Sicherstellung des kommunalen Einflusses ist stark von den jeweiligen Konstellationen und Organisationsformen abhängig. Hier gilt es, über kommunale Unternehmen hinaus, nach Formen zu suchen, die eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Dabei besteht die Anforderung, Diskussions- und Aushandlungsprozesse um die zukünftige Energieversorgung auch für weitere Interessengruppen zu öffnen. Wie kann es gelingen, stärker als bisher auch Verbraucherinnen und Verbraucher einzubeziehen? Welche Möglichkeiten bestehen, die Beschäftigten in der Energiewirtschaft besser zu beteiligen? Gibt es Potentiale für beteiligungsorientierte Bottom-Up-Prozesse, in denen die Bürgerinnen und Bürger eigene Zielstellungen für den Umbau der Energiewirtschaft und den Schutz des Klimas formulieren?

Die im Land Brandenburg identifizierten Pfadabhängigkeiten von Energieversorgungssystemen stehen exemplarisch für die Schwierigkeit von Städten und Gemeinden, gleichzeitig mit traditionellen wie mit innovativen Wegen der Energienutzung umzugehen. Welche Möglichkeiten zur Anpassung der physischen Netze an neue Formen der Energieversorgung bestehen? Welche der institutionellen Rahmenbedingungen sind für einen Pfadwechsel hin zu einer sozial und ökologisch gerechten Energiepolitik notwendig?

Die Präsenz von privatwirtschaftlichen, teilweise international agierenden Energieversorgungsunternehmen stellt Kommunen vor die Aufgabe, lokale Wissensbestände zu erhalten und aufzubauen, um in der Zusammenarbeit mit privaten Investoren bestehen zu können. Wie können die lokalen und regionalen Pioniere gestärkt werden, um ein Know-how zu entwickeln, das passfähig zu den Bedingungen in der Region ist? Inwieweit sind diese Modelle von ihren lokalen

Kontexten abhängig und sind sie auf andere Orte und Regionen übertragbar? Können durch interkommunale Kooperationen zwischen Bürgern und Kommunen die Einflussmöglichkeiten auf die Energiewende erhöht werden?

Die Energiewende bietet auch für Städte und Regionen die Möglichkeit, stärker als bisher Einfluss auf die Energieversorgung zu nehmen und diese mit umwelt-, aber auch sozialpolitischen Zielen zu verknüpfen. Hierfür gilt es, die oben genannten Herausforderungen in einem offenen Diskurs zu benennen und die Energieversorgung damit wieder stärker zu politisieren. Die in der Studie dargestellten Ergebnisse zu privaten Beteiligungen, Re-Kommunalisierungen und lokalen Konflikten sind immer als Ergebnis von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu begreifen und damit immer auch veränderbar. Das Engagement von Kommunen oder die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind weniger technische oder administrative Themen, sondern grundsätzliche Fragen nach der politischen Ausrichtung der Energiewirtschaft.

Das Land Brandenburg kann hierbei als ein «Brennglas» für die politische Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der Energieversorgung in Deutschland und Europa verstanden werden. Zum einen sind neben privaten, teilweise international agierenden Energieversorgungsunternehmen, zahlreiche kommunale Unternehmen aktiv und Land, Regionen und Kommunen versuchen auf unterschiedlichen Wegen auf die Energieversorgung Einfluss zu nehmen. Zum anderen besteht in Brandenburg nach wie vor ein Nebeneinander der Nutzung von fossilen Energieträgern wie auch von erneuerbaren Energieträgern. Diese unterschiedlichen Entwicklungspfade und -logiken der Energieversorgung werden abgebildet bzw. überlagert von zahlreichen lokalen Konflikten, in denen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an energiepolitischen Entscheidungen ein zentrales Thema ist. Die weitere Entwicklung des Brandenburger Energiesektors ist noch offen. Daher ist die kontinuierliche Thematisierung von Fragen der sozialen wie ökologischen Gerechtigkeit in der Energieversorgung in Brandenburg und darüber hinaus eine wichtige Aufgabe.

## LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

## A

**Aden, Hermann 2010:** So eine Chance hat man nur alle zwanzig Jahre. Vom auslaufenden Konzessionsvertrag zum Relaunch der Stadtwerke, in: *AKP-Alternative Kommunalpolitik*, 4/2010, S. 46–48.

**Agentur für Erneuerbare Energien e. V./DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (Hrsg.) 2011:** *Energiegenossenschaften: Bürger, Kommunen und lokale Wirtschaft in guter Gesellschaft*. Berlin.

**Altrock, Martin 2007:** Die Bedeutung der Erneuerbaren Energien in der kommunalen Wirtschaft, in: Held, Christian/Theobald, Christian (Hrsg.): *Kommunale Wirtschaft im 21. Jahrhundert. Rahmenbedingungen, Strategien und Umsetzungen*. Berlin et al.: EW Medien und Kongresse.

**Altrock, Uwe (Hrsg.) 2011:** *Gewinnen, verlieren, transformieren. Die europäischen Stadtregionen in Bewegung*. Berlin: Riemer.

**Ambrosius, Gerold 2003:** Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in historischer Perspektive – vornehmlich im Hinblick auf die kommunale Ebene, in: Harms, Jens/Reichard, Christoph (Hrsg.): *Die Ökonomisierung des öffentlichen Sektors. Instrumente und Trends*. Baden-Baden: Nomos, S. 29–46.

**Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2003–2011:** *Statistisches Jahrbuch für das Land Brandenburg 2002–2010*. Berlin.

**A.T. Kearney/Decision Institute 2011:** *Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg*. Berlin.

## B

**Backofen, Andreas 2011:** *Energieautarker Ortsteil Feldheim. Ein Gemeinschaftsprojekt der Energiequelle GmbH, der Stadt Treuenbrietzen und der Feldheimer Bürgerinnen und Bürger*, auf: [http://www.fnr-server.de/cms35/fileadmin/allgemein/images/veranstaltungen/l%C3%A4ndertour2011/Backofen\\_Feldheim.pdf](http://www.fnr-server.de/cms35/fileadmin/allgemein/images/veranstaltungen/l%C3%A4ndertour2011/Backofen_Feldheim.pdf), Zugriff: 9. Januar 2012.

**Balser, Markus/Bauchmüller, Michael 2011:** *Stadtwerke attackieren Stromriesen*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.12.2011, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energiemarkt-stadtwerke-attackieren-stromriesen-1.1241748>, Zugriff: 5. Januar 2012.

**BARUM111/B.A.U.M. Consult 2004:** *Gesamtkonzept für die Entwicklung einer zukunftsweisenden Energie-Initiative in den Landkreisen Barnim und Uckermark*, auf: [http://landkreis.uckermark.de/media/custom/553\\_4393\\_1.PDF?1248401437](http://landkreis.uckermark.de/media/custom/553_4393_1.PDF?1248401437), Zugriff: 10. Januar 2012.

**Basler+Partner 2011:** *BraNEK. Brandenburger Städtetzwerk Energieeffiziente Stadt und Klimaschutz. Vortrag vom 21.06.2011*. Potsdam.

**Becker, Roland 2011:** *Hennigsdorf. Übernahme der Strom- und Gaskonzessionen verzögert sich*, in: *Mär-*

*kische Oderzeitung*, 22.06.2011, <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/973683/>, Zugriff: 5. Dezember 2011

**Berlo, Kurt 2008:** *Die Möglichkeiten der Stadtwerke zur Sicherung einer dezentralen Energieversorgung*, in: *Solarzeitalter*, 3/2008, S. 72–77.

**Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.) 2008:** *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

**Bioenergieregion Ludwigsfelde 2009:** *Regionales Entwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigsfelde*, auf: <http://www.bioenergie-region-ludwigsfelde.de/files/Regionalentwicklungskonzept%20Ludwigsfelde.pdf>, Zugriff: 10. Januar 2012.

**Bontrup, Heinz-J./Marquardt, Ralf-M. 2010:** *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft*. Berlin: Edition Sigma.

**Böttcher, Gabi/Kompalla, Peggy 2009:** *Elbe-Elster schert aus Energieregion aus*, in: *Lausitzer Rundschau*, 28.05.2009, auf: <http://www.lr-online.de/regionen/luckau/Elbe-Elster-schert-aus-Energieregion-aus;art1062,2543924,0>, Zugriff: 10. Januar 2012.

**Brandenburgische Technische Universität Cottbus o.J.:** *Netzintegration erneuerbarer Energien in Brandenburg. Eine Studie im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg*. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus.

**Brenneke, Friedhelm 2011a:** *Stadtwerke-Kauf. Heftiger Streit ums Geld*, in: *Oranienburger Generalanzeiger*, 11.11.2011, <http://www.die-mark-online.de/heimat/gransee/gransee-artikel/dg/0/1/996586/>, Zugriff: 5. Dezember 2011.

**Brenneke, Friedhelm 2011b:** *25 Millionen Euro für den Rückkauf*, in: *Oranienburger Generalanzeiger*, 19.12.2011, <http://www.die-mark-online.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1001392/>, Zugriff: 21. Dezember 2011.

**Brücher, Wolfgang 2009:** *Energiegeographie. Wechselwirkungen zwischen Ressourcen, Raum und Politik*. Berlin: Borntraeger.

**Buder, Ruth 2011:** *Oegelner gegen Ausbau der Biogasanlage*, in: *Märkische Oderzeitung*, 28.11.2011, auf: <http://www.die-mark-online.de/artikel-ansicht/dg/0/1/998177/>, Zugriff: 19. Januar 2011.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2011:** *Merkblatt Erstellung von Klimaschutzkonzepten*, auf: [http://www.kommunalerklimaschutz.de/files/pdf/111123\\_Merkblatt\\_Klimaschutzkonzepte.pdf](http://www.kommunalerklimaschutz.de/files/pdf/111123_Merkblatt_Klimaschutzkonzepte.pdf), Zugriff: 19. Januar 2012.

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011:** *Modellvorhaben zur Energetischen Stadterneuerung in Städten der Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt*. ExWoSt-Informationen Heft 36/4. Berlin.

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland 2011: Der Weg zur Energie der Zukunft. Sicher, bezahlbar, umweltfreundlich. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_\\_\\_Anlagen/2011/06/2011-06-06-energiekonzept-eckpunkte.property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2011/06/2011-06-06-energiekonzept-eckpunkte.property=publicationFile.pdf), Zugriff: 5. Dezember 2011.

**Busch, Henner 2010:** Local success stories. An analysis of the motivations of municipalities in Germany to support renewable energies. Master thesis. Lund.

## C

**Candeias, Mario 2009:** Krise der Privatisierung, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (Hrsg.): Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen. Berlin: Dietz Verlag.

**Czada, Roland/Lütz, Susanne 2003:** Einleitung. Probleme, Institutionen und Relevanz regulativer Politik, in: Czada, Roland/Lütz, Susanne/Mette, Stefan (Hrsg.): Regulative Politik. Zählungen von Markt und Technik. Opladen: Leske + Budrich, S. 13–33.

## D

**Dassler, Sandra 2007:** Den Bürgern stinkt's. In der Uckermark sind neue Biogasanlagen geplant. Die Bürger befürchten Verkehrschaos und Monokultur, in: Der Tagesspiegel, 13.09.2007, auf: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/biogas-den-buergern-stinkts/1040178.html>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**DDP 2007:** Lausitz. 40 Dörfer protestieren gegen weitere Tagebaue, in: Der Tagesspiegel, 15.07.2007, auf: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/lausitz-40-doefer-protestieren-gegen-weitere-tagebaue/1069814.html>, Zugriff: 12. Januar 2012

**Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.) 2010:** dena-Netzstudie II. Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung im Zeitraum 2015–2020 mit Ausblick 2025. Berlin.

**Dietrich, Michael 2011:** Wettstreit um Stromkunden, in: Märkische Oderzeitung, 5.2.2011, <http://www.diemark-online.de/artikel-ansicht/dg/0/1/281479/>, Zugriff: 28. Dezember 2011.

**DPA 2011:** Prüfung negativ ausgefallen. Ministerien gegen Mega-Solarpark in Lieberose, in: Märkische Allgemeine, 24.11.2011, auf: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12226310/2242247/>, Zugriff: 19. Januar 2012.

## E

**Edeling, Thomas 2008:** Institutionelle Umbrüche im öffentlichen Sektor. Das Ende der kommunalen Daseinsvorsorge?, in: Sackmann, Reinhold/Jonda, Bernadette/Reinhold, Maria (Hrsg.): Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS Verlag, S. 145–162.

**Eggers, Joachim 2011:** Keine Mehrheit für eigene Stadtwerke, in: Märkische Oderzeitung, 20.04.2011, <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/frankfurt-oder-artikel/dg/0/1/292539/>, Zugriff: 6. Dezember 2011.

**Eising, Rainer 2000:** Liberalisierung und Europäisierung. Die regulative Reform der Elektrizitätsversorgung in Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

**Energiebüro Märkisch-Oderland 2009:** Konzept Märkisch-Oderland geht den Holzweg, auf: [http://www.holzweg-mol.de/downloads/Konzept\\_MOL-geht-den-Holzweg.pdf](http://www.holzweg-mol.de/downloads/Konzept_MOL-geht-den-Holzweg.pdf), Zugriff: 10. Januar 2012.

**ENERTRAG 2011:** Wasserstoff-Hybridkraftwerk in Prenzlau geht in Betrieb. Pressemitteilung vom 25.10.2011, auf: [https://www.enertrag.com/download/presse/pm\\_de\\_2011\\_10\\_25\\_hybridkraftwerk\\_eroffnung.pdf](https://www.enertrag.com/download/presse/pm_de_2011_10_25_hybridkraftwerk_eroffnung.pdf), Zugriff: 12. Januar 2012.

**ENERTRAG 2012:** Grüner Wasserstoff ins Gasnetz. ENERTRAG schließt Liefervertrag mit Greenpeace Energy. Presseinformation vom 17.01.2012, auf: [https://www.enertrag.com/download/presse/2012-01-17\\_PM\\_\\_EAG\\_Greenpeace.pdf](https://www.enertrag.com/download/presse/2012-01-17_PM__EAG_Greenpeace.pdf), Zugriff: 18. Januar 2012.

**Engartner, Tim 2009:** Kehrt der Staat zurück? Rekommunalisierungen in den Aufgabenbereichen Entsorgung und Gebäudereinigung, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 32/4, S. 339–355.

**EPD (Evangelischer Pressedienst) 2011:** Fast 4.000 Einwendungen gegen neuen Lausitztagebau, auf: <http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/fast-4000-einwendungen-gegen-neuen-lausitz-tagebau>, Zugriff: 12. Januar 2011.

**Erneuerbare Energien 2011:** Google steigt in Solarkraftwerk Brandenburg/Havel ein, <http://www.erneuerbareenergien.de/google-steigt-in-solarkraftwerk-in-brandenburghavel-ein/150/406/30689/>, Zugriff: 9. Januar 2012.

**Ernst & Young/Verband der Energiewirtschaft 2003:** Erfolgreiche Strategien für Stadtwerke und regionale Energieversorgungsunternehmen. Ausgewählte Ergebnisse einer Expertenbefragung bei Entscheidern von Stadtwerken und regionalen Energieversorgungsunternehmen. Hamburg/Frankfurt a. M.

## F

**Fabian, Nadine 2011:** Energiewende hausgemacht. In Vichel hat sich die Genossenschaft «Regio Energie Werk» gegründet, in: Märkische Allgemeine, 09.08.2011, auf: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12146559/61299/In-Vichel-hat-sich-die-Genossenschaft-Regio-Energie.html>, Zugriff: 23. Januar 2011.

**Fischer, Jens/Mader, Toni/Philipp, André/Schmidt, Martin/Scholz, Dominik 2011:** Energieregion Barnim-Uckermark, in: Kilper, Heiderose/Naumann, Matthias (Hrsg.): Energieregionen. Regionalentwicklung und der Wandel der Energiewirtschaft. Projektbericht. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus.

**Franke, Uta 2011:** Großbeuthener wollen kein Biogas-Monster, in: Märkische Allgemeine, 02.02.2011,

auf: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12004428/61939/Visionen-des-Landwirts-Stephan-Icking-und-der-Stadt.html>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Fröhlich, Alexander 2011:** Platzreck irritiert Linke. Regierungschef für Neubau von Braunkohlekraftwerken auch ohne CCS, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 26.01.2011, S. 1.

**Fröhlich, Alexander/Tiede, Peter 2011:** Tack gegen Christoffers. Offener Streit zwischen Linke-Ministern, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 30.11.2011, S. 1.

**Frohwitter, Werner/Kappert, Siegfried 2011:** Bürgerfreundlich. Regional. Erneuerbar. Das Beispiel Feldheim. Vortrag vom 24. November 2011. Potsdam.

**Fromme, Jörg 2007:** Wandel der Stromversorgung und räumliche Verteilungswirkungen, in: Gust, Dieter (Hrsg.): Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik. Hannover: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 227, S. 126–152.

## G

**Gallrein, Britta 2011:** E.ON edis droht mit Abzug, in: Märkische Oderzeitung, 26.10.2011, auf: <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/strausberg/artikel8/dg/0/1/982195/>, Zugriff: 5. Dezember 2011.

**Gatzweiler, Cornelia/Heusgen, Monika 1994:** Sanierung und Rekultivierung im Lausitzer Braunkohlerevier. Ökologische Ziele und wirtschaftliche Chancen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Gemeinde Kleinmachnow 2010:** Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm der Gemeinde Kleinmachnow. Kleinmachnow.

**George, Wolfgang/Bonow, Martin/Hoppenbrock, Cord/Moser, Peter 2009:** Regionale Energieversorgung. Chance für eine zukunftsfähige Ziel- und Ressourcensteuerung in der Energiewirtschaft, in: Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie, 33(1), S. 13–21.

**Gerstlberger, Wolfgang 2009:** Zwei Jahrzehnte Privatisierungen in deutschen Kommunen. Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06374.pdf>, Zugriff: 17. Dezember 2011.

**Gottschalk, Wolf 2003:** Auswirkungen von Liberalisierung und Privatisierung. Kommerzialisierung kommunaler Unternehmen, in: Harms, Jens/Reichard, Christoph (Hrsg.): Die Ökonomisierung des Öffentlichen Sektors. Instrumente und Trends. Baden-Baden: Nomos, S. 201–212.

**Greenpeace 2010:** Vattenfalls dreckige Braunkohlepläne, auf: [http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/klima/Lausitzkarte\\_mit\\_Infos\\_zum\\_Ausdrucken.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Lausitzkarte_mit_Infos_zum_Ausdrucken.pdf), Zugriff: 12. Januar 2012.

**Grieger, Ulf 2011:** Neutreibbener knüpfen Wärmenetz, in: Märkische Oderzeitung, 17.11.2011, Zugriff: 19. Januar 2012.

## H

**Haas, Birgit/Brzoska, Ina 2011:** Schon 3.000 Windräder drehen sich in Brandenburg, in: Berliner Morgenpost, 18.05.2011, auf: <http://www.morgenpost.de/printarchiv/brandenburg/article1643529/Schon-3000-Windraeder-drehen-sich-in-Brandenburg.html>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Harvey, David 1989:** From managerialism to entrepreneurialism. The transformation of urban governance in late capitalism, in: Geografiska Annaler Series B: Human Geography, 81(1), S. 3–17.

**Heflik, Roman 2007:** Aufstand gegen Bio, in: Stern, 15.09.2007, auf: <http://www.stern.de/wirtschaft/familie/protest-aufstand-gegen-bio-597430.html>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Held, Christian 2003:** Struktur und rechtliche Rahmenbedingungen des Energiemarkts in Deutschland, in: Associated European Energy Consultants EWIV (AEEC) (Hrsg.): Der Energiebinnenmarkt in Europa. Frankfurt a. M.: AEEC, S. 61–88.

**Herschel, Tassilo/Tallberg, Pontus (Hrsg.) 2011:** The role of regions? Networks, scale, territory. Kristianstad: Kristianstads Boktryckeri.

**Herter, Marc 2008:** Gut für die Entwicklung vor Ort. Der Stellenwert öffentlicher Unternehmen in der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitik, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 166, S. 34–37.

**Hohenhaus, Heiko 2011:** Zerschlagung der Stadtwerke befürchtet, Aufsichtsratschef zur Stromkonzession, in: Märkische Allgemeine, 13.05.2011, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12083996/61129/Aufsichtsratschef-zur-Stromkonzession-Zerschlagung-der-Stadtwerke-befuerchtet-ENERGIE.html>, Zugriff: 5. Dezember 2011.

## I

**Institut für angewandtes Stoffstrommanagement 2008:** Stoffstrommanagement Master-Plan Null-Emissions-Landkreis Barnim, auf: [http://www.erneuerbar.barnim.de/fileadmin/user/schink/barum111/Zusammenfassung\\_Master\\_Plan\\_LK\\_Barnim.pdf](http://www.erneuerbar.barnim.de/fileadmin/user/schink/barum111/Zusammenfassung_Master_Plan_LK_Barnim.pdf), Zugriff: 10. Januar 2012.

**Institut für neue Industriekultur INIK GmbH 2010:** Handlungsansätze und Strategien der lokalen Energie- und Klimaschutzpolitik in Altbauquartieren der Innenstädte (Stadtquartieren mit kleinteiliger, heterogener Bau-, Akteurs- und Nutzerstruktur). Cottbus.

## J

**Jähne, Jano/Herrmann, Lisa/Hartmann, Claudia 2011:** Bioenergieregion Ludwigsfelde, in: Kilper, Heiderose/Naumann, Matthias (Hrsg.): Energieregionen. Regionalentwicklung und der Wandel der Energiewirtschaft. Projektbericht. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, S. 67–83.

**Jahnke, Harald 2010:** Geplanter Erwerb durch der Stromnetze durch die Stadt Prenzlau, in: Verband kommunaler Unternehmen (Hrsg.): Konzessionsverträge.

**Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke.** Berlin: Verband kommunaler Unternehmen, S. 34–36.  
**Jänicke, Martin 2008:** Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München: oekom.

**Jansen, Dorothea/Barnekow, Seven/Stoll, Ulrike 2007:** Innovationsstrategien von Stadtwerken. Zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen. Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.

**Jenssen, Till 2010:** Einsatz der Bioenergie in Abhängigkeit von Raum- und Siedlungsstruktur. Wärmetechnologien zwischen technischer Machbarkeit, ökonomischer Tragfähigkeit, ökologischer Wirksamkeit und sozialer Akzeptanz. Wiesbaden: Vieweg+Teubner.

## K

**Kammer, Johannes/Naumann, Matthias 2010:** Wandel der Energiewirtschaft – Chance für regionale Profilbildung. Einfluss wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen am Beispiel Hamburgs, in: Raumplanung, 149, S. 11–15.

**Kaufmann, Marion:** Sonne auf dem Holzweg. 650 Hektar sollen in der teils unter Naturschutz stehenden Lieberoser Heide fallen – für eine riesige Solaranlage, in: Märkische Oderzeitung, 12.11.2011, auf: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12216598/62249/>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Kepler, Dorothee/Töpfer, Eric/Döring, Uta 2008:** Energieregion Lausitz. Neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien. Berlin.

**Kepler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.) 2011:** Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang.

**Kilper, Heiderose/Naumann, Matthias (Hrsg.) 2011:** Energieregionen. Regionalentwicklung und der Wandel der Energiewirtschaft. Projektbericht. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus.

**Klaerwerk 2011:** Demokratie-Simulation oder Lichtblick? Konzessionsverträge in Blankenfelde-Mahlow, auf: <http://www.klaerwerk-blog.de/2011/03/29/demokratie-simulation-oder-lichtblick-konzessionsvertrage-blankenfelde-mahlow>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**Kniesburg, Alissa/Litfin, Marcel/Schichan, Christiane/Schmidt, Josefine/Wehmeier, Björn 2011:** Märkisch-Oderland geht den Holzweg, in: Kilper, Heiderose/Naumann, Matthias (Hrsg.): Energieregionen. Regionalentwicklung und der Wandel der Energiewirtschaft. Projektbericht. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, S. 23–44.

**Knopf, Axel:** Klares Votum für einen Wechsel. Der Kyritzer Hauptausschuss empfiehlt, die Gas- und Stromkonzessionen an die PVU zu vergeben, in: Märkische Allgemeine, 26.01.2012, auf: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12265368/61299/Der-Kyritzer-Hauptausschuss-empfoehlt-die-Gas-und-Strom.html>, Zugriff: 27. Januar 2012.

**Köhler, Oliver 2011:** Wandlitz mit eigenem Energiekonzept, in: Märkische Oderzeitung, 16.09.2011, <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/bernaeu/artikel3/dg/0/1/976294/>, Zugriff: 6. Dezember 2011.

**Kommunal Erneuerbar 2009:** Prenzlau. Erneuerbare Energien-Kommune des Monats August, auf: <http://www.kommunal-erneuerbar.de/de/nc/print/energiekommunen/2009/august.html>, Zugriff: 12. Januar 2012.

**Kreistag Landkreis Barnim 2008:** Umsetzung der Nullemissionsstrategie im Landkreis Barnim. Beschlussantrag zum 23.04.2008, auf: <http://www.erneuerbar.barnim.de/fileadmin/user/schink/barum111/T693.pdf>, Zugriff: 10. Januar 2012.

## L

**Land Brandenburg 2006:** Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg. Bericht der Landesregierung. Potsdam.

**Landesamt für Bauen und Verkehr 2006:** Brandenburg regional 2006 – eine räumliche Bestandaufnahme der Regionen, Landkreise und kreisfreien Städte. Region Lausitz-Spreewald. Potsdam.

**Landesamt für Bauen und Verkehr 2011:** Strukturatlas Brandenburg, auf: [www.strukturatlas.brandenburg.de](http://www.strukturatlas.brandenburg.de), Zugriff: 12. Dezember 2011.

**Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg 2011:** Ausbaustand der erneuerbaren Energien im Land Brandenburg für das Jahr 2010 (Stand 31.12.2010). Datenblatt.

**Landeshauptstadt Dresden 2009:** Dresden startet den Rückkauf der Stadtwerke DREWAG. Pressemitteilung vom 12.10.2009, auf: [http://www.dresden.de/de/02/035/01/2009/10/pm\\_055.php](http://www.dresden.de/de/02/035/01/2009/10/pm_055.php), Zugriff: 3. Januar 2012.

**Lesage, Dries/Van de Graaf, Thijs/Westphal, Kirsten 2010:** Global energy governance in a multipolar world. Farnham et al.: Ashgate.

**Libbe, Jens/Hancke, Stefanie/Verbücheln, Maic 2011:** Rekommunalisierung. Eine Bestandaufnahme. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

**Lienbacher, Georg/Gruber, Karl-Heinz (Hrsg.) 2010:** Naturschutz an der Wende? Umweltverträglichkeit und Energieversorgung. Wien: Facultas.

**Link, Cornelia 2011:** Heftiger Streit um Öl, Biogas und Windkraft, in: Märkische Oderzeitung, 22.01.2011, auf: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/278447/>, Zugriff: 23. Januar 2012.

**Linke, Carsten 2011:** Eckpunkte der Energie- und Klimaschutzstrategie des Landes Brandenburg, Vortrag 14.09.2011. Groß Glienicke, auf: [http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.2334.de/linke\\_solar.pdf](http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.2334.de/linke_solar.pdf), Zugriff: 21. November 2011.

**Linse, Sophie/Mutschke, Magnus/Petzoldt, Felix/Straka, Andreas/Uckert, Philipp 2011:** Energieregion Lausitz-Spreewald, in: Kilper, Heiderose/Naumann, Matthias (Hrsg.): Energieregionen. Regionalentwicklung und der Wandel der Energiewirtschaft. Projektbericht. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, S. 97–114.

Lippert, Inge 2005: Öffentliche Dienstleistungen unter EU-Einfluss. Berlin: Edition Sigma.

Ludwig, Hagen 2011: Eon-Edis behält das Netz, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 01.07.2011, <http://www.pnn.de/pm/498044/>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

## M

Maluszczak, Carsten 2008: Die innovative Energieregion Lausitz-Spreewald, auf: [http://www.eti-brandenburg.de/fileadmin/user\\_upload/vortraege2008/WorkshopEnergieRegional\\_25.06/Vortrag-Maluszcak.pdf](http://www.eti-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/vortraege2008/WorkshopEnergieRegional_25.06/Vortrag-Maluszcak.pdf), Zugriff: 10. Januar 2012.

Matthes, Felix Christian 2005: Die Elektrizitätswirtschaft der Zukunft: Klimafreundlich und vernetzt, in: Loske, Reinhard/Schaeffer, Roland (Hrsg.): Die Zukunft der Infrastrukturen: Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung. Marburg: Metropolis, S. 115–138.

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg/BBP Bauconsulting GmbH 2010: Handlungsansätze und Strategien der lokalen Energie- und Klimaschutzpolitik in Großsiedlungen. Potsdam/Berlin.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg 2010a: Vorfahrt für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz. Neue Richtlinie RENplus geht an den Start. Presseinformation vom 02.08.2010, auf: <http://www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.220216.de>, Zugriff: 10. Januar 2012.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg 2010b: Leitfaden zur Erstellung regionaler Energiekonzepte, auf: [http://www.ilb.de/rd/files/documents/RENplus\\_2010\\_MWE\\_Leitfaden\\_Energiekonzepte\\_regional.pdf?PHPSESSID=q2c5l233v1](http://www.ilb.de/rd/files/documents/RENplus_2010_MWE_Leitfaden_Energiekonzepte_regional.pdf?PHPSESSID=q2c5l233v1), Zugriff: 9. Januar 2012.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg 2012a: Energiestrategie 2030. Entwurf vom 06.01.2012. Potsdam.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg 2012b: Entwurf für die «Energiestrategie 2030» vorgelegt. Verbände und Energiewirtschaft können ab heute Stellung nehmen. Presseinformation vom 10.01.2012, auf: <http://www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.276385.de>, Zugriff: 11. Januar 2012.

Mixdorf, Uwe/Zschau, Burkhard 2011: Regionales Energiekonzept. Planungsregion Uckermark-Barnim. Vortrag vom 28.04.2011. Eberswalde, auf: [http://www.uckermark-barnim.de/projekte/regionales\\_energiekonzept/vortrag\\_startbesprechung\\_faktor.pdf](http://www.uckermark-barnim.de/projekte/regionales_energiekonzept/vortrag_startbesprechung_faktor.pdf), Zugriff: 9. Januar 2012.

Monstadt, Jochen 2007: Energiepolitik und Territorialität. Internationalisierung und Regionalisierung der Energieversorger als Herausforderung staatlicher Steuerung, in: Gust, Dieter (Hrsg.): Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik. Hannover: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 227, S. 186–216.

Monstadt, Jochen 2008: Der räumliche Wandel der Stromversorgung und die Auswirkungen auf die Raum- und Infrastrukturplanung, in: Moss, Timothy/Naumann, Matthias/Wissen, Markus (Hrsg.): Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung. München: oekom, S. 187–225.

Moss, Timothy/Naumann, Matthias/Wissen, Markus (Hrsg.) 2008: Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung. München: oekom.

## N

Naumann, Matthias 2011: Kommunale Unternehmen der Zukunft. Corporate Social Responsibility, öffentliche Unternehmen und die aktuelle Debatte um Rekommunalisierungen, in: Sandberg, Berit/Lederer, Klaus (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 67–81.

Naumann, Matthias/Moss, Timothy 2012, im Erscheinen: Neukonfiguration regionaler Infrastrukturen. Chancen und Risiken neuer Kopplungen zwischen Energie- und Abwasserinfrastruktursystemen. Münchenberg: Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, ELaN-Working Paper 1.

Nölting, Benjamin/Thomas, Michael/Land, Rainer 2011: Energie im Osten. Die Energiewende als Chance für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad für Ostdeutschland, in: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang, S. 15–35.

## O

Osang, Alexander 2011: Durch den Wind, in: Der Spiegel, 21.11.2011, auf: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-81933540.html>, Zugriff: 12. Januar 2012.

o. N. 2011a: Havelland/Konzessionsverträge. Schulterchluss soll sich auch finanziell lohnen, in: Märkische Oderzeitung, 13.07.2011, auf: <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/frankfurt-oder-artikel/dg/0/1/969859>, Zugriff: 9. Dezember 2011.

o. N. 2011b: Die Stadt Guben nimmt ab 2013 ihr Stromnetz selbst in die Hand, in: Lausitzer Rundschau, 08.12.2011, auf: <http://www.lr-online.de/regionen/guben/Die-Stadt-Guben-nimmt-ab-2013-ihr-Stromnetz-wieder-selbst-in-die-Hand;art1051,3599122>, Zugriff: 9. Dezember 2011.

o. N. 2011c: Schenkendöbern fordert mehr Transparenz bei Energiekonzept, in: Lausitzer Rundschau, 17.12.2011, auf: <http://www.lr-online.de/regionen/guben/Schenkendoeborn-fordert-mehr-Transparenz-bei-Energiekonzept;art1051,3611241>, Zugriff: 12. Januar 2012.

o. N. 2011d: Gemeinde gründet neue Gesellschaft, in: Märkische Oderzeitung, 22.10.2011, auf: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/981511/>, Zugriff: 12. Januar 2011.

**R**

**Rakitin, Sabine 2011:** Stadtwerke erhalten Zuschlag, in: Märkische Oderzeitung, 29.10.2011, auf: <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/bernaeu/artikel3/dg/0/1/982530/>, Zugriff: 5. Dezember 2011.

**Randowkurier 2011:** Kein Solarkraftwerk in Grimme! Von 130 Hektar auf Null, auf: <http://www.randowkurier.de/solargrimme.htm>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald (Hrsg.) o. J.:** Energieatlas. Innovative Energieregion Lausitz-Spreewald. Cottbus.

**Reichelt, Tobias 2010:** Kleinmachnow will auf den Strom- und Gasmarkt, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.12.2010, auf: <http://www.pnn.de/pm/361348>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**Reichelt, Tobias 2011a:** Teltows Abschied von den Stadtwerken, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 28.01.2011, <http://www.pnn.de/pm/369474/>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**Reichelt, Tobias 2011b:** Kleinmachnow will das Netz, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 9.3.2011, <http://www.pnn.de/pm/382290/>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**Remus, Barbara 2010:** Gubener Solargenossenschaft fängt bald Sonne auf sechs Dächern ein, in: Lausitzer Rundschau, 30.05.2010, auf: <http://www.solar-lausitz.de/Presse-Dateien/100530%20LR%20Gub.jpg>, Zugriff: 23. Januar 2012.

**Röber, Manfred 2009:** Privatisierung adé? Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen im Lichte des Public Managements, in: Verwaltung & Management, 15(5), S. 55–84.

**Rügemer, Werner 2008:** Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.

**S**

**Scheele, Ulrich 2007:** Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung in netzverbundenen Infrastruktursystemen, in: Gust, Dieter (Hrsg.): Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik. Hannover: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 227, S. 35–67.

**Schlandt, Jakob 2011:** Kommunale Versorger. Energie in Bürgerhand, in: Frankfurter Rundschau, 14.02.2011, <http://www.fr-online.de/energie/kommunale-versorger-energie-in-buergerhand,1473634,7193302.html>, Zugriff: 28. Dezember 2011.

**Schilling, Werner 2007:** Energiepolitik aus Brandenburger Sicht, in: Kleinwächter, Lutz (Hrsg.): Deutsche Energiepolitik. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S. 80–90.

**Schluchter, Wolf 2011:** Energiewirtschaft und Politik. Zeit für einen positiven Lobbyismus, in: politische ökologie, 126, S. 52–58.

**Schmeja, Tobias 2010:** Lokale Klimaschutzstrategien in der integrierten Stadtentwicklung im Land Brandenburg. Diplomarbeit. Berlin/Potsdam.

**Schöbel, Sören et al. (Hrsg.) 2008:** windKULTUREN. Windenergieanlagen und Kulturlandschaft. München: Technische Universität München.

**Schultz, Dieter:** ... billiger als von Konzern, auf: [http://www.heidekrautjournal.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1004&Itemid=87](http://www.heidekrautjournal.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1004&Itemid=87), Zugriff: 5. Dezember 2011.

**Schwab, Waltraud 2010:** Genossenschaft in der Lausitz. Solardächer statt Abraumhalden, in: die tageszeitung, 16.07.2010, auf: <http://www.taz.de/!55725/>, Zugriff: 23. Januar 2012.

**Schwers, Oliver 2011:** Proteste gegen Windkraft in Wäldern, in: Märkische Oderzeitung, 14.12.2012, auf: <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/uckermark/artikel9/dg/0/1/1000573>, Zugriff: 19. Januar 2012.

**Späth, Philipp/Koblmüller, Manfred/Kubeczko, Klaus/Faber, Florian et al. 2007:** «Energieregionen». Wirksame Leitbildprozesse und Netzwerke zur regionalen Gestaltung sozio-technischen Wandels. Endbericht zum Forschungsprojekt 810717. Graz: Interuniversitäres Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur.

**Stadt Prenzlau 2011:** Prenzlau. Stadt der Regenerativen Energien, auf: [http://www.prenzlau.eu/sixcms/media.php/569/Pr%C3%A4sentation\\_EE\\_Homepage.pdf](http://www.prenzlau.eu/sixcms/media.php/569/Pr%C3%A4sentation_EE_Homepage.pdf), Zugriff: 9. Januar 2012.

**Stadt Teltow/Ingenieurbüro für neue Energien 2009:** Das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Teltow. Teltow.

**Stadtwerke Prenzlau 2011:** Stadtwerke Zeitung, 7(3).

**Stich, Jürgen 2010:** Kleinmachnow will Strom erzeugen. Langfristig Gründung von Stadtwerken geplant – Stahnsdorf und Teltow als Partner, in: Märkische Allgemeine, 20.12.2010, auf: <http://www.maerkische-allgemeine.de/cms/beitrag/11966791/60889/Langfristig-Gruendung-von-Stadtwerken-geplant-Stahnsdorf-und-Teltow.html>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**Stich, Jürgen 2011:** Abgeordnete gegen Stadtwerke-Gründung. Teltower Hauptausschuss lehnt weiteres Verfahren ab und stellt sich damit gegen Kleinmachnow, in: Märkische Allgemeine, 19.01.2011, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11992240/60889/Teltower-Hauptauschuss-lehnt-weiteres-Verfahren-ab-und-stellt.html>, Zugriff: 2. Dezember 2011.

**T**

**Taschner, Stefan:** Konzessionsverträge – ein Thema für Bürgerbeteiligung? Argumentationspapier, <http://www.boell-sachsen-anhalt.de/wp-content/uploads/2011/07/Konzessionsvertr%C3%A4ge-ein-Thema-f%C3%BCr-B%C3%BCrgerbeteiligung.pdf>, Zugriff: 28. Dezember 2011.

**Taubert, Christian 2011:** Windradgegner streiten in Groß Leine mit dem Minister, in: Lausitzer Rundschau, 11.04.2011, auf: <http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/Windradgegner-streiten-in-Gross-Leine-mit-Minister;art25,3298644>, Zugriff: 19. Januar 2012.

Thomsett, Michael 2004: NIMBYism. Navigating the politics of local opposition. Arlington: Center Line.

**V**

**Vallée, Dirk 2011:** Veränderte Rahmenbedingungen für Ver- und Entsorgungssysteme aufgrund gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, in: Tietz, Hans-P./Hühner, Tanja (Hrsg.): Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung. Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme. Hannover: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 23, S. 142–161.

**Verband kommunaler Unternehmen e. V. (Hrsg.) 2010a:** Konzessionsverträge. Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke. Berlin: Verband kommunaler Unternehmen.

**Verband kommunaler Unternehmen e. V. 2010b:** Rekommunalisierung – auch für meine Kommune eine Option?, auf: [http://www.vku.de/fileadmin/get/?14656/pub\\_faq\\_rekommunalisierung\\_101210.pdf](http://www.vku.de/fileadmin/get/?14656/pub_faq_rekommunalisierung_101210.pdf), Zugriff: 21. Dezember 2011.

**Verband kommunaler Unternehmen e. V./forsa 2011:** Meinungen zum Thema Energiewende, auf: [www.vku.de/fileadmin/get/?19363/hintergrundpapier\\_pm03\\_meinungen\\_zum\\_thema\\_energiewende.pdf](http://www.vku.de/fileadmin/get/?19363/hintergrundpapier_pm03_meinungen_zum_thema_energiewende.pdf), Zugriff: 3. Januar 2012.

**Verfassungsgericht des Landes Brandenburg 2000:** Landesverfassungsgericht stoppt Verbindlichkeitserklärung des Braunkohleplans Jänschwalde. Pressemitteilung vom 15.06.2000, auf: <http://www.verfassungsgericht.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.177156.de>, Zugriff: 13. Januar 2012.

**W**

**Wacker, Alexander/Porsche, Lars 2011:** Alles im grünen Bereich? Bioenergie: Beitrag zu bundespolitischen Zielen und Anforderungen an die räumliche Entwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 16(5+6), S. 265–277.

**Wagner, Oliver/Kristof, Kora 2001:** Strategieoptionen kommunaler Energieversorger im Wettbewerb. Energie nahe, ökoefiziente Dienstleistungen und kommunale Kooperationen. Wuppertal Papers, 115, Wuppertal.

**Wahl, Peter 2011:** Neue Zeiten, alte Stromquellen? Die Energiewende und weltpolitische Veränderungen, in: politische ökologie, 126, S. 106–111.

**Walk, Heike/Nölting, Benjamin/Keppler, Dorothee 2011:** Die Suche nach Wegen für eine Energiewende in Ostdeutschland. Eine Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Energieforschung, in: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang, S. 49–72.

Walker, Gordon 1995: Renewable energy and the public, in: Land Use Policy, 12(1), S. 49–59.

**Weissmüller, Gerhard 2009:** Rekommunalisierung der Strom- und/oder Gasnetze. Vortrag 24.9.2009. Bingen.

**WEMAG 2010:** Vattenfall schließt WEMAG-Verkauf an Thüga und Kommunen ab. Pressemitteilung vom

06.01.2010, auf: [http://www.wemag.com/unternehmen/presse/index.php?subaction=showfull&id=1262767327&archive=&start\\_from=&ucat=&](http://www.wemag.com/unternehmen/presse/index.php?subaction=showfull&id=1262767327&archive=&start_from=&ucat=&), Zugriff: 21. Dezember 2011.

**Wildhagen, Andreas/Patzkowsky, Tobias 2010:** Warum die Kommunen ihre Stadtwerke aufrüsten, in: Wirtschaftswoche, 21.10.2010, <http://www.wiwo.de/unternehmen/stadtwerke-warum-die-kommunen-ihre-stadtwerke-aufruesten/5612888.html>, Zugriff: 5. Januar 2012.

**Winter, Susann 2009:** Gubener gründen Solargenossenschaft, in: Lausitzer Rundschau, 24.09.2009, auf: <http://www.solar-lausitz.de/Presse-Dateien/090924%20LR%20Gub.jpg>, Zugriff: 23. Januar 2012.

**Z**

**Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) 2010:** Kommunale und regionale Energiekonzepte. Materialsammlung. Potsdam.

**VERWENDETE WEBSEITEN**

- 50 Hertz Transmissions GmbH: [www.50hertz.com](http://www.50hertz.com), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Alliander AG: [www.alliander.de](http://www.alliander.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Archiv der verschwundenen Orte: [www.verschwundene-Orte.de](http://www.verschwundene-Orte.de), Zugriff: 12. Januar 2012.
- Brandenburgische Energie-Technologie-Initiative: [www.eti-brandenburg.de](http://www.eti-brandenburg.de), Zugriff: 12. Dezember 2011.
- Bundesverband für Windenergie: [www.wind-energie.de](http://www.wind-energie.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg: [www.heimatzukunft.de](http://www.heimatzukunft.de), Zugriff: 27. Januar 2012.
- Bürgerinitiative «CO<sub>2</sub>-Endlager stoppen»: [www.co2-endlager-stoppen.de](http://www.co2-endlager-stoppen.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative «CO<sub>2</sub>ntra Endlager»: [www.co2bombe.de](http://www.co2bombe.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative Dretzen: [www.bi-dretzen.de](http://www.bi-dretzen.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative «Hände weg vom Liepnitzwald»: [www.pro-liepnitzwald.de](http://www.pro-liepnitzwald.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative «Hochspannung tieflegen»: [www.hochspannungtieflegen.wordpress.com](http://www.hochspannungtieflegen.wordpress.com), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative «Keine Freileitung Neuenhagen-Letschin»: [www.gruppe-weimar.de/freileitung](http://www.gruppe-weimar.de/freileitung), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Bürgerinitiative Stahnsdorf-Süd: [www.bistahnsdorfsued.org](http://www.bistahnsdorfsued.org), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Die LINKE – Fraktion im Landtag Brandenburg: [www.dielinke-fraktion.brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.

- E wie Einfach GmbH: [www.e-wie-einfach.de](http://www.e-wie-einfach.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Elektrizitätsversorgungsgesellschaft Velten mbH: [www.ev-strom.de](http://www.ev-strom.de), Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Energie Mark Brandenburg GmbH: [www.emb-gmbh.de](http://www.emb-gmbh.de), Zugriff: 18. November 2011.
- Energieregion Lausitz-Spreewald: [www.region-lausitz-spreewald.de](http://www.region-lausitz-spreewald.de), Zugriff: 10. Januar 2012.
- Energieversorgung Eisenhüttenstadt GmbH: [www.evg-ehst.de](http://www.evg-ehst.de), Zugriff: 22. November 2011.
- Envia Mitteldeutschland GmbH: [www.enviam.de](http://www.enviam.de), Zugriff: 29. November 2011.
- E.ON AG: [www.eon.de](http://www.eon.de), Zugriff: 29. November 2011.
- E.ON edis GmbH: [www.eon-edis.de](http://www.eon-edis.de), Zugriff: 29. November 2011.
- E.On Hanse GmbH: [www.eon-hanse.de](http://www.eon-hanse.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Energie- und Wasser Potsdam GmbH: [www.ewp-potsdam.de](http://www.ewp-potsdam.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Energieversorgung Guben GmbH: [www.ev-guben.de](http://www.ev-guben.de), Zugriff: 29. November 2011.
- EWE AG Oldenburg: [www.ewe.de](http://www.ewe.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Freier Wald e. V.: [www.freier-wald-ev.de](http://www.freier-wald-ev.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH: [www.dh-ffo.de](http://www.dh-ffo.de), Zugriff: 29. November 2011.
- GASAG Berlin AG: [www.gasag.de](http://www.gasag.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Gelsenwasser AG Gelsenkirchen: [www.gelsenwasser.de](http://www.gelsenwasser.de), Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg: [www.gl.berlin-brandenburg.de](http://www.gl.berlin-brandenburg.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Grüne Liga e. V.: [www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Havelländische Stadtwerke GmbH (Velten): [www.hswgmbh.de](http://www.hswgmbh.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Initiative «Rettet die Uckermark»: [www.rettet-die-uckermark.de](http://www.rettet-die-uckermark.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Klimaplattform: [www.klimaplattform.irs-net.de/](http://www.klimaplattform.irs-net.de/), Zugriff: 3. Januar 2012.
- Klima- und Energiecamp in der Lausitz: [www.lausitzcamp.info](http://www.lausitzcamp.info), Zugriff: 13. Januar 2012.
- Klimaallianz Deutschland: [www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de), Zugriff: 12. Januar 2012.
- Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: [www.bmu-klimaschutzinitiative.de](http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de), Zugriff: 10. Januar 2012.
- Lausitzer Braunkohle (Grüne Liga Brandenburg): [www.lausitzer-braunkohle.de](http://www.lausitzer-braunkohle.de), Zugriff: 12. Januar 2012.
- Local Energy GmbH: [www.local-energy.com](http://www.local-energy.com), Zugriff: 22. November 2011.
- Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) Brandenburg: [www.mugv.brandenburg.de](http://www.mugv.brandenburg.de), Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Naturenergie Fläming eG: [www.naturenergieflaeming.de](http://www.naturenergieflaeming.de), Zugriff: 23. Januar 2012.
- NBB Netzgesellschaft GmbH: [www.nbb-netzgesellschaft.de](http://www.nbb-netzgesellschaft.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Netzgesellschaft Forst/Lausitz: [www.netzgesellschaft-forst.de](http://www.netzgesellschaft-forst.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Nordostwerke GmbH: [www.nordostwerke.de](http://www.nordostwerke.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- PVU – Energieversorger in der Prignitz GmbH: [www.pvu-gmbh.de](http://www.pvu-gmbh.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Rathenower Wärmeversorgung GmbH: [www.rathenower-waermeversorgung.de](http://www.rathenower-waermeversorgung.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming: [www.havelland-flaeming.de](http://www.havelland-flaeming.de), Zugriff: 9. Januar 2012.
- Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree: [www.rpg-oderland-spree.de](http://www.rpg-oderland-spree.de), Zugriff: 9. Januar 2012.
- Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel: [www.rpg-po.de](http://www.rpg-po.de), Zugriff: 9. Januar 2012.
- Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim: [www.uckermark-barnim.de](http://www.uckermark-barnim.de), Zugriff: 9. Januar 2012.
- Solarverein Berlin-Brandenburg e. V.: [www.solarverein-berlin.de](http://www.solarverein-berlin.de), Zugriff: 23. Januar 2012.
- Stadt- und Überlandwerke Luckau-Lübbenau GmbH: [www.stadtwerke-luckau-luebbenau.de](http://www.stadtwerke-luckau-luebbenau.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Städtische Betriebswerke Luckenwalde GmbH: [www.sbl-gmbh.net](http://www.sbl-gmbh.net), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Städtische Werke Angermünde: [www.sw-angermuende.de](http://www.sw-angermuende.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Städtische Werke Spremberg GmbH: [www.swspremberg.de](http://www.swspremberg.de), Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Stadtwerke Bernau GmbH: [www.stadtwerke-bernaue.de](http://www.stadtwerke-bernaue.de), Zugriff: 17. November 2011.
- Stadtwerke Brandenburg an der Havel: [www.stwb.de](http://www.stwb.de), Zugriff: 22. November 2011.
- Stadtwerke Cottbus: [www.stadtwerke-cottbus.de](http://www.stadtwerke-cottbus.de), Zugriff: 22. November 2011.
- Stadtwerke Eisenhüttenstadt GmbH: [www.swest.de](http://www.swest.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Stadtwerke Finsterwalde GmbH: [www.swfi.de](http://www.swfi.de), Zugriff: 22. November 2011.
- Stadtwerke Forst GmbH: [www.stadtwerke-forst.de](http://www.stadtwerke-forst.de), Zugriff: 29. November 2011.
- Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH: [www.stadtwerke-ffo.de](http://www.stadtwerke-ffo.de), Zugriff: 29. November 2011.

- Stadtwerke Hennigsdorf: [www.swh-online](http://www.swh-online.de),  
Zugriff: 29. November 2011.
- Stadtwerke Ludwigsfelde GmbH:  
[www.stadtwerke-ludwigsfelde.de](http://www.stadtwerke-ludwigsfelde.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Neuruppin GmbH: [www.swn.de](http://www.swn.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Oranienburg GmbH: [www.sw-or.de](http://www.sw-or.de),  
Zugriff: 29. November 2011.
- Stadtwerke Potsdam GmbH:  
[www.swp-potsdam.de](http://www.swp-potsdam.de), Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Prenzlau GmbH:  
[www.stadtwerke-prenzlau.de](http://www.stadtwerke-prenzlau.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Pritzwalk: [www.sw-pritzwalk.de](http://www.sw-pritzwalk.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Schwedt (Oder) GmbH:  
[www.stadtwerke-schwedt.de](http://www.stadtwerke-schwedt.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Stadtwerke Stadt Senftenberg GmbH:  
[www.lausitzstrom.de](http://www.lausitzstrom.de), Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Stadtwerke Strausberg GmbH:  
[www.stadtwerke-strausberg.de](http://www.stadtwerke-strausberg.de),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Stadtwerke Wittenberge GmbH:  
[www.stadtwerke-wittenberge.de](http://www.stadtwerke-wittenberge.de),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Stadtwerke Zehdenick GmbH:  
[www.stadtwerke-zehdenick.de](http://www.stadtwerke-zehdenick.de),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Statistik der Kohlewirtschaft e. V.:  
[www.kohlenstatistik.de](http://www.kohlenstatistik.de), Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Stromauskunft: [www.stromauskunft.de](http://www.stromauskunft.de),  
Zugriff: 18. November 2011.
- Thüga-Gruppe: [www.thuega.de](http://www.thuega.de),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- UniSolar Potsdam e. V.: [www.unisolar-potsdam.de](http://www.unisolar-potsdam.de),  
Zugriff: 23. Januar 2011.
- Vattenfall Europe AG: [www.vattenfall.de](http://www.vattenfall.de),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Verband Kommunaler Unternehmen: [www.vku.de](http://www.vku.de),  
Zugriff: 5. Dezember 2011.
- Verbundnetz Gas AG: [www.vng.de](http://www.vng.de),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Volksinitiative gegen Windräder:  
[www.volksinitiativewindrat.de](http://www.volksinitiativewindrat.de),  
Zugriff: 19. Januar 2012.
- WEMAG AG Schwerin: [www.wemag.com](http://www.wemag.com),  
Zugriff: 2. Dezember 2011.
- Windkraftgegner – Unabhängiges Portal für Organi-  
sationen, Bürgerinitiativen und Privatleute:  
[www.windkraftgegner.de](http://www.windkraftgegner.de), Zugriff: 19. Januar 2012.
- Windmüllers Land – Nachrichten aus der nordöstli-  
chen Uckermark: [www.windmuellers-land.de](http://www.windmuellers-land.de),  
Zugriff: 19. Januar 2012.
- Wintershall Celle AG: [www.wintershall.com](http://www.wintershall.com),  
Zugriff: 1. Dezember 2011.
- Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB):  
[www.zab-brandenburg.de](http://www.zab-brandenburg.de),  
Zugriff: 12. Dezember 2011.

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Primärenergieverbrauch des Landes Brandenburg nach Energieträgern	6
Abbildung 2:	Beitrag erneuerbarer Energien zum Primärenergieverbrauch im Land	7
Abbildung 3:	Stromerzeugung: Installierte Kraftwerksleistung von Braunkohle und Erneuerbaren Energien in Brandenburg 2010	7
Abbildung 4:	Lokale Energieversorgungsunternehmen in Brandenburg	15
Abbildung 5:	Eigentumsverhältnisse lokaler Energieversorgungsunternehmen in Brandenburg	16
Abbildung 6:	Private Beteiligungen an Brandenburger Netzbetreibern und Energieversorgungsunternehmen	17
Abbildung 7:	Betrieb von Stromnetzen und Beteiligungen an lokalen EVU in Brandenburg	18
Abbildung 8:	Beteiligungsstruktur der Energie Mark Brandenburg GmbH – das Modell «komplexe Unternehmensbeteiligungen»	19
Abbildung 9:	Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Cottbus – das Modell «Branchenferne Privatisierung»	20
Abbildung 10:	Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Frankfurt (Oder) – das Modell «einfache Beteiligungen»	21
Abbildung 11:	Beteiligungsstruktur der Stadtwerke Brandenburg (Havel) – das Modell «komplexe Unternehmensbeteiligungen – Mehrebenenmodell»	21
Abbildung 12:	Rekommunalisierungen in der Brandenburger Energiewirtschaft	27
Abbildung 13:	Übersicht über regionale Energiekonzepte in Brandenburg	35
Abbildung 14:	Regionale Energiekonzepte – Zusammenwirken von regionaler, kommunaler und Landesebene	38
Abbildung 15:	Lokale Energiekonzepte in Brandenburg: Stadtentwicklungs- und städtebaulich orientierte Prozesse	41
Abbildung 16:	Lokale Energiekonzepte: ausgewählte lokale Beispiele im Land Brandenburg	42
Abbildung 17:	Akzeptanzmodell des BMU-Netzwerks «Querschnittsforschung im Bereich erneuerbare Energien	46
Abbildung 18:	Akzeptanz höherer Strompreise durch erneuerbare Energien	50
Abbildung 19:	Auswahl energiebezogener Konflikte im Land Brandenburg	52
Abbildung 20:	Neugründungen von Energiegenossenschaften in Deutschland 2006–2011	54

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Stromproduktion und Exportanteil in Brandenburg 2004–2008	7
Tabelle 2:	Installierte Leistung erneuerbarer Energien im Land Brandenburg 2010	8
Tabelle 3:	Ausgewählte Großstandorte erneuerbarer Energien im Land Brandenburg	8
Tabelle 4:	Folgen der Liberalisierung des Strommarkts	11
Tabelle 5:	Energiepolitik als Mehrebenenpolitik	13
Tabelle 6:	KWK und Erneuerbare-Energie-Anlagen der Brandenburger Stadtwerke	23
Tabelle 7:	Auswahl von Eigenmarken Brandenburger Stadtwerke mit lokalem Bezug	24
Tabelle 8:	Brandenburger Anteilseigner der Local Energy GmbH	25
Tabelle 9:	Formen von Rekommunalisierungen in Brandenburg	26
Tabelle 10:	Zentrale Vorgaben für die regionalen Energiekonzepte der Regionalen Planungsgemeinschaften	38
Tabelle 11:	Mögliche Handlungsfelder kommunaler Energie- und Klimaschutzkonzepte	39
Tabelle 12:	Inhalte kommunaler Klimaschutzkonzepte der Klimainitiative des Bundes	43
Tabelle 13:	Liste bestehender und geplanter Braunkohle-Tagebaue in der Brandenburger Lausitz	47
Tabelle 14:	Kurze Geschichte des Protests gegen Braunkohle in Brandenburg	48
Tabelle 15:	Untersuchte Initiativen gegen Windkraft in Brandenburg	51